

MEIN ERSTES SEMESTER

2012
2013

MEINERSTES SEMESTER

2012
2013



WWW.ASTAFU.DE



*Die AStA-Villa gegenüber der Silberlaube, aber was ist himm-beer-wurst?
Kreative Antworten könnt ihr an fsref@astafu.de schicken.*



IMPRESSUM

Redaktion:

Das Fachschaftsreferat AStA FU Berlin

Layout:

Medienwerkstatt

Druck:

AStA-Druckerei, Kelchstr. 31, 12169 Berlin

Belichtung: Medienraum HU

Auflage: 6000 Exemplare

Kontakt:

Allgemeiner Studierendenausschuß [AStA] der FU Berlin

Otto-von-Simson-Str. 23, 14195 Berlin

Tel: 030-8390910

Fax: 030-8314536

Homepage: www.astafu.de

Mail: fsref@astafu.de

Herausgegeben vom:

Fachschaftsreferat des AStA FU

21. neu überarbeitete Auflage, Juli 2012

Redaktionsschluss 31. Mai 2012



VORWORT

Freiheit ist immer Freiheit der Andersdenkenden

Du bist in der universitären Landschaft ganz oben angekommen und hier ist die Luft dünn. Machen, machen, machen und alles pünktlich abgeben, sonst gibt es Ärger!!! Nachtschichten, krankes Kind oder einfache Überwältigung der Masse an Forderungen sind in deiner Studienordnung nicht vorgesehen. Aber fangen wir mal ganz vorne an.

Herzlich willkommen an der FU in Berlin. Hier wird sich deine nähere Zukunft abspielen, ob nun in Dahlem, Lankwitz oder anderen Filialen der Uni oder in der Stadt. Es wartet einiges auf dich! Neues, Altes und Anderes. Damit du nicht gänzlich den Kopf verlierst haben wir dir einen bunten Mix an Interessantem und Wissensnwertem zusammengestellt. Das kleine Buch in deinen Händen ist durch die Zusammenarbeit vieler Menschen entstanden und ist damit sinnbildlich dafür wie das Leben an der FU aussehen kann – gemeinsam statt einsam! Dass das nicht immer einfach ist und einfach war, zeigt dir unser kleines Buch, genauso wie Möglichkeiten eben doch das Leben an der FU zu gestalten.

Hier findest du eine andere, kritische Perspektive auf die Hochschule und im Besonderen auf die FU. Schwierige Studienbedingungen, unkritische Inhalte, sowie Unvereinbarkeiten von Studium und Leben werden dir früher oder später begegnen. Wie wir die Uni gemeinsam verändern können, kannst du in den unterschiedlichen Kapiteln nachlesen. Es kommt eben darauf an, was du aus deiner Zeit hier machst und Dinge nicht so hinnimmst, wie sie sind. Denn wer nicht kämpft....

Aber dazu im Alltag mehr! Viel Spaß beim lesen. Wir wünschen dir interessante erste Tage und Wochen.

Deine Redaktion



INHALTSÜBERSICHT



Auf den Seiten 6-59

...findest du aktuelle Berichte und kritische Analysen zu hochschulpolitischen, universitären und studentischen Themen an der FU, in Berlin und Anderswo.

Auf den Seiten 60-91

...haben wir für dich die wichtigsten Ereignisse in der Geschichte der FU-Berlin von der Gründung im Jahre 1948 über die »68er« und die »befreite Uni« bis hin zu den Protesten in den vergangenen Semestern zusammengefasst.

Auf den Seiten 92-125

...gibt es einen kleinen Überblick der studentischen und universitären Gremien und die Möglichkeiten politischer Betätigung für Studierende.

Auf den Seiten 126-135

...stellen wir euch einige studentische Initiativen und Projekte vor, die es derzeit an der FU und in der Stadt Berlin gibt.

Auf den Seiten 136-173

...findest du von Beratungsangeboten bis Wohnungssuche, von Antiquariaten bis zur Zedat alle wichtigen Informationen und Adressen, die deinen Studienbeginn erleichtern und auch in den folgenden Semestern hilfreich sein werden.

THEORIE
HISTORY
PHYSIS
PROZENT
THEORIE

THEORIE

Thema	Seite
Zur Debatte über Studiengebühren	8
Geschichte des Semesterticket	18
Studentische Verbindungen und Burschenschaften in Berlin	24
Tutorien, Projektutorien, Projektwerkstätten	32
Germany's Next Topuni	42
Warum überhaupt Kritik an Wissenschaft?	48
GATS, Bologna und die deutsche Hochschullandschaft	52
Über den Unsinn von Anwesenheitskontrollen	58

DIE QUADRATUR DES KREISES

DAS MÄRCHEN VON SOZIALVERTRÄGLICHEN STUDIENGEBÜHREN

Jenny Simon

Seitdem das Bundesverfassungsgericht 2005 das Verbot von Studiengebühren für verfassungswidrig erklärte, zahlen bundesweit zigtausende Studierende für ihr Studium. Während in einigen Bundesländern bereits zwischen 100 Euro und 2.000 Euro pro Semester oder gar 50.000 Euro für einen Master verlangt werden, droht langfristig sogar der Kostendeckende Betrag von ca. 140.000 pro Studium. Spezielle Bezahlstudiengänge nehmen auch in Bundesländern ohne Studiengebühren - etwa an der FU Berlin - massiv zu. Dies alles soll jedoch »sozial verträglich« geschehen - eine Quadratur des Kreises! Die Märchen von »sozialverträglichen« Studiengebühren, einer Steigerung der finanziellen Ausstattung der Hochschulen oder eure Verbesserung der Qualität der Lehre entpuppen sich bei genauerem Hinsehen als Verkaufsargumente für die Kommerzialisierung der Hochschulen. Diese wird jedoch schwerwiegende Konsequenzen haben!

Allgemeine Studiengebühren

Die Einführung von allgemeinen Studiengebühren in den verschiedensten Formen hat sich seit 2005 in verschiedenen Bundesländern durchgesetzt. Nachdem unionsgeführte Länder vor dem Bundesverfassungsgericht gegen das bundesweite Verbot von allgemeinen Studiengebühren klagten und dieses 2005 für verfassungswidrig erklärt wurde, holten diverse Landesminister_innen ihre Studiengebührenpläne aus der Schublade. Politiker_innen aller großen Parteien sprechen sich ebenso für das

Bezahlstudium aus, wie Mitglieder der Hochschulrektorenkonferenz (HRK), privatwirtschaftliche Vertreterinnen des Bundesverbandes der deutschen Industrie, der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände oder der Konzern Bertelsmann und dessen Zentrum für Hochschulentwicklung (CHE). So führten Niedersachsen und NRW bereits zum Wintersemester 06/07 allgemeine Studiengebühren ein, es folgten Bayern, BaWü, Hamburg und Hessen. In Hessen wurden die Gebühren jedoch ein Jahr später wieder abgeschafft, auch NRW und BaWü planen derzeit die Abschaffung. Das Modell der allgemeinen Studiengebühren bedeutet dabei, dass alle Studierenden von Beginn des Studiums an jedes Semester oder Studienjahr gebührenpflichtig sind. Dies betrifft auch die bereits immatrikulierten Studierenden in den höheren Fachsemestern. Die Gebühren variieren dabei zwischen 100€ und 2.000€ pro Semester, mittelfristig drohen 5.000€ und langfristig sogar der kostendeckende Betrag bis zu 140.000€ pro Studium - die Gebührenspirale ist nach oben hin offen! Ausländische Studierende müssen mit deutlich höheren Beiträgen rechnen, in Hessen sollen sie beispielsweise das Dreifache zahlen. Zudem verbreiten sich auch in Bundesländern ohne eine allgemeine Studiengebührenregelung zunehmend kostenpflichtige Studiengänge mit exorbitanten Preisen. Diese werden zwar offiziell als über das Basisangebot der Universitäten hinausgehendes Bonusprogramm bezeichnet. Es zeigt sich aber, dass vor allem teure Masterprogramme schrittweise das gebührenfreie Studium ersetzen. Hier werden nicht selten 25.000€ bis 50.000€ pro Studiengang fällig. Die Gebühren werden dann entweder direkt eingezahlt, oder aber durch ein Darlehenssystem inklusive massiven Zinslasten finanziert.

Studienkonten und Bildungsgutscheine

Als »sozialverträgliche« Alternative zu direkten Studiengebühren wird vor allem das Modell der Studienkonten und Bildungsgutscheine dargestellt. Dieses Modell wurde bereits 2004 in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz und seit 2006 in Bremen praktiziert. Auch in Brandenburg und Berlin wurde schon mit dem Studienkontenmodell geliebäugelt. Bei dem Studienkontenmodell erhalten Studierende ein Guthaben an Hochschulsemestern, Semesterwochenstunden oder Credit-Points, das in Form von Gutscheinen ausgegeben oder auf so genannten Studienkonten verwaltet wird. Für jedes Semester werden nun Einheiten von dem Konto abgebucht oder mit Bildungsgutscheinen bezahlt. Dabei werden, etwa in Bremen, auch an anderen deutschen oder europäischen Universitäten absolvierte Studienzeiten vom Konto abgezogen. Ist das Konto leer bzw. die Gutscheine aufgebraucht, drohen entweder Strafgebühren von momentan 650€ in Rheinland-Pfalz oder die Zwangsexmatrikulation. Um das Studienkontenmodell zu entschärfen, soll das gewährte Guthaben ein Studium über die Regelstudienzeit hinaus ermöglichen. So werden beispielsweise



in Bremen nach ca. 14 Semestern Gebühren erhoben. Dies klingt versöhnlich, ermöglicht es doch scheinbar wenigstens ein gebührenfreies Erststudium. Die soziale Realität sieht jedoch anders aus: Die sogenannte Regelstudienzeit ist eine kaum erreichbare Minimalgrenze, die mit der tatsächlichen Studiendauer nichts zu tun hat. Mag das Gewähren der 1,5 fachen Regelstudienzeit in der Theorie großzügig erscheinen, erweist es sich in der Praxis als bittere Notwendigkeit, um überhaupt einen Abschluss zu erlangen - insbesondere bei stetig schlechteren Studienbedingungen. Ein zusätzlicher Sprachkurs, eine versiebtete Prüfung oder gar ein Studienfachwechsel werden hier zum kaum bezahlbaren Luxus. Zudem ist bislang unklar, ob das im Studienkontenmodell geplante Studienguthaben nach dem Bachelor- auch das Masterstudium umfassen soll. Die momentan vorherrschende Praxis, Hochschulsemester als Berechnungsgrundlage heranzuziehen, enthält darüber hinaus einen Pferdefuß, der gerade das Argument der Sozialverträglichkeit zur Heuchelei macht: Denn wie bei Langzeitstudiengebühren werden pauschal alle bestraft, die aufgrund von Erwerbsarbeit, Kindererziehung oder schlicht anderen Lebensentwürfen nicht alle Energien ins Schnellstudium stecken können.

Die Länderkinderregelung

Neben allgemeinen Studiengebühren und Studienkontenmodellen ist auch die rechtlich umstrittene Landeskinderregelung immer wieder in der Diskussion. Diese sieht vor, Studierenden mit einem Wohnsitz außerhalb des Hochschulstandortes extra zur Kasse zu bitten. So verlangte Hamburg bereits seit dem Sommersemester 2004 500€ pro Semester von auswärtigen Studierenden. Nachdem Hamburger Gerichte die Landeskinderregelung wegen Verletzung des Gleichheitsgrundsatzes für verfassungswidrig erklärten, wurde sie 2005 außer Kraft gesetzt. Dann startete Bremen einen erneuten Versuch, sich mit der Landeskinderregelung »vor Gebührenflüchtlingen zu schützen« bzw. die Landeskassen mit deren Gebühren zu füllen. Auch hier wurde das Vorhaben durch Eilanträge von Studierenden vorläufig gestoppt. Da die endgültige Entscheidung jedoch noch aussteht, ist das letzte Wort noch nicht gesprochen.

Zahlen und Arbeiten - ein Teufelskreis

Unabhängig von der konkreten Form der Studiengebühren sind bereits die unmittelbaren Folgen für die Studierenden fatal. Insbesondere Studierende mit finanziell schwachem Hintergrund geraten in einen Teufelskreislauf: Wer während des Studiums arbeiten muss, braucht länger und wer länger braucht, muss zusätzlich zahlen und so wiederum mehr arbeiten. Unter gegebenen Geschlechterrollen werden Frauen vor dem Hintergrund niedrigerer Einkommen nach wie vor in besonderem

Maße benachteiligt. Auch Härtefallregelungen bieten hier keine Lösung, wie ein Beispiel aus Baden-Württemberg zeigt. Erst nach lang anhaltendem politischen Druck wurden dort Studierende mit chronischer Krankheit und Behinderung zeitweilig von Langzeitstudiengebühren befreit. Einer der Hauptgründe für das Langzeitstudium - finanzielle Nöte und der Zwang der Erwerbsarbeit- werden nicht berücksichtigt. Gäbe es den individuellen Umständen entsprechend angemessene Härtefallregelungen, gäbe es wohl kaum gebührenpflichtige Studierende. Das Bezahlstudium würde sich selbst ad absurdum führen. Selbst wenn die Kosten für das Studium erst später zu zahlen sind, wird dies eine abschreckende Wirkung und damit eine Verschärfung des sozial selektiven Hochschulzugangs zur Folge haben. Das Pro- Studiengebühren-Argument, die gering verdienenden Steuerzahler_innen finanzierten das Studium der besser verdienenden Akademiker_innen, zeigt hier seinen ganzen Zynismus: Die Einführung von Studiengebühren wird mit den geringen Bildungschancen unterer Einkommensgruppen begründet. Die Benachteiligung der Studierenden aus niederen Einkommensverhältnissen wird hingegen mit der Einführung von Studiengebühren weiter verschärft und ist Bestandteil einer konsequenten Umverteilungspolitik »von unten nach oben«. Aber die verschiedenen Gebührenmodelle haben noch ein ganzes Bündel von weiteren unangenehmen Nebenwirkungen.

Big Brother is Watching You

Datenschutzrechtliche Probleme zeigt die technische Umsetzung von Studiengebühren, insbesondere des Creditpointsystems, Böses: Wer kann schon überprüfen, wer ihre/ seine Studiengebühren nicht bezahlt hat oder wie viele Semesterwochenstunden wir bereits »verbraucht« haben? Ohne eine detaillierte Aufstellung der gezahlten Gebühren und besuchten Veranstaltungen ließe sich ein Bezahlstudium nicht verwalten - der Datenschutz bleibt außen vor. Auch die Anwesenheits- und Zugangskontrollen an den Hochschulen sind seit der Einführung von Studiengebühren Dauerthema, um die Unis vor »Bildungsdieben« zu schützen. Derartige Überwachung kostet nicht nur zusätzliches Geld. Sie würde die Uni auch endgültig von einem öffentlichen in einen privaten Ort verwandeln. Der Studierendenausweis oder die Chipkarte wird zum Privileg. Wer das nicht hat, muss draußen bleiben.

Der Bildungsmarkt

Auch wenn die direkten Auswirkungen bitter genug sind - gravierender sind die langfristigen strukturellen Folgen, die sich aus der Einführung von Studiengebühren und den damit einhergehenden ökonomischen Prämissen ergeben. Setzt sich das Bezahlstudium durch, dann verabschieden wir uns endgültig von einem öffentlich garantierten und verwalteten Bildungssystem. Für Bildung zu zahlen, bedeutet

die Einführung eines Bildungsmarktes, auf dem Bildung als Ware gehandelt wird. Universitäten sind die kommerziellen Anbieter_innen, Studierende die zahlenden Kund_innen.

Die Gelder der Studierenden haben die finanzielle Situation der Universitäten aber keineswegs verbessert. Die momentane Praxis und Diskussion zeigt, dass die Studiengebühren vielmehr in die Haushaltslöcher der Länderkassen fließen. Wo die Gelder an die Hochschulen gehen, wurden wie in Baden-Württemberg gleichzeitig vom Volumen her größere Kürzungen der staatlichen Zuschüsse für die Hochschulen vorgenommen, sodass sich die Situation sogar verschlechterte. Und auch die einnahmen- oder leistungsbezogene Konkurrenz um staatliche Gelder wird die Situation nicht verbessern. Durch das bereits durch die Hochschulverträge festgeschriebene Nachfrageprinzip sollen die Hochschulen um ihre studentischen Kund_innen konkurrieren und via Wettbewerb um staatliche Gelder zu einer Verbesserung ihrer Leistungen gezwungen werden. Da die staatlichen Ausgaben für Bildung in Zukunft jedoch kaum steigen werden, handelt es sich um ein Nullsummenspiel: Was die eine Hochschule bekommt, verlieren die anderen. Die Folge sind Universitäten erster und zweiter Klasse. Denkt man die ökonomische Logik des Bildungsmarktes weiter, sind zusätzliche Auswahlkriterien für den Zugang zu einer Bildung erster Klasse nötig. Ohne verschärfte Zulassungsbeschränkungen könnten die begehrten Hochschulen ihre Qualität kaum aufrechterhalten, sie wären hoffnungslos überfüllt. Eine weitere Verschärfung des Numerus Clausus oder gesonderte Auswahltests werden bereits umgesetzt. Die logischere Variante eines kommerzialisierten Hochschulwesens wäre allerdings eine massive Preissteigerung für die »besseren« Leistungen der neuen Eliteuniversitäten. Das öffentliche Gut der Bildung wird durch die Einführung des Bezahlstudiums in eine Ware verwandelt und Warenförmigkeit bedeutet stets, dass sich einige mehr leisten können als andere. Die finanziellen Ausschlusskriterien illustrieren die soziale Ungerechtigkeit - nur begüterte Studierende können es sich leisten, für ihr Studium zu zahlen. Der Zugang zu Bildung wird damit alles andere als sozial verträglich oder gleichberechtigt organisiert. Im Gegenteil: Die ökonomische Logik führt auch hier zu einer Differenzierung des Bildungsangebotes in Luxus für eine kleine Elite, Billiges für die breite Masse und Ausgrenzung für finanziell Schwache.

Die Gewinner der Kommerzialisierung

Forciert wird die Kommerzialisierung der Hochschulen einerseits von Politikerinnen aller Parteien. Aber das Bezahlstudium kommt nicht nur dem staatlichen Interesse nach geringen Bildungsausgaben und einer Reproduktion von Bildungsunterschieden entgegen. Vor allem einflussreiche Unternehmen, wie z.B. Bertelsmann, sind in

das Geschäft mit Bildung eingestiegen und erwirtschaften mit den neuen Produkten erhebliche Profite. Dabei geht es nicht nur um privatisierte Schulen und Universitäten, wie etwa die „Deutsche Universität für Weiterbildung“, ein kommerzieller Zusammenschluss der FU Berlin und der Klett Gruppe. Die Akkreditierung der neuen Studiengänge ist ebenfalls privatwirtschaftlich organisiert und kostenpflichtig. Und auch die neuen Bildungskredite versprechen den ausgebenden Banken üppige Zinseinnahmen. All diese Profiteure versuchen durch gezielte Lobbyarbeit die Entwicklung Richtung Studiengebühren zu beschleunigen und heizen die Diskussion um die Kommerzialisierung von Bildung und Hochschule zusätzlich an. Der Staat versucht seinerseits die neuen kommerziellen Dienstleistungen zu fördern und konkurrenzfähig für den Weltmarkt zu gestalten. So erwirtschaften etwa Australien und die USA momentan mehrere Milliarden US \$ mit den Gebühren ausländischer Studierender. Diesen Vorreitern auf dem Weltmarkt würden es die europäischen Bildungsanbieter gerne gleichmachen, bevor der Markt gesättigt ist. Das Bezahlstudium sowie die europaweite Angleichung des Studiums zum einheitlichen Bachelor-/Mastersystem im Rahmen des Bologna-Prozesses werden die notwendige wettbewerbsfähige Bildungsware schaffen.

Qualität durch Wettbewerb?

Wettbewerb ist hier jedoch nicht mit Qualität gleichzusetzen. Das Versprechen der Qualitätssteigerung von Studium und Wissenschaft durch eine Konkurrenz der Hochschulen untereinander werden die neuen Modelle kaum einlösen können. So wird sich z.B. die Fächervielfalt mit der ökonomischen Steuerung weiter reduzieren. Denn zum einen verursachen Exotenfächer wie etwa Ägyptologie höhere Kosten als gut besuchte Studiengänge - auch bei der Produktion von Abschlüssen ist Massenproduktion eben billiger als Maßarbeit. Zum anderen werden auch weniger »marktförmige« Studiengänge langfristig eingeschränkt. Studiengebühren fördern in letzter Konsequenz ein Studierverhalten und indirekt auch eine Ausrichtung der Wissenschaft, die an marktwirtschaftlichen Verwertungskriterien orientiert ist. Bereits die Wahl des Studienfachs müsste wegen der immensen Kosten unter »Investitions Gesichtspunkten« getroffen werden. Da Investitionen »Rendite« in Form späteren Arbeitseinkommens abwerfen sollen, würde dies eine Orientierung des Studiums an gesellschaftlichen Leistungsmaßstäben und potentiellen ökonomischen Verwertungschancen fördern und nicht den individuellen Interessen und

Fähigkeiten folgen. Dies bedeutet nicht nur einen strukturellen Zwang, das eigene Leben am Bedarf des Marktes auszurichten. In dem Maße, in dem die Universitäten auf Einnahmen aus den Studiengebühren angewiesen sind, werden letztendlich die Fachbereiche ihre Angebote zunehmend auf den (Arbeits-) Markt ausrichten,



um Studierende anzuwerben. Die Konsequenz wäre eine Verstärkung opportunistischer und affirmativer Tendenzen eines standortorientierten Wissenschaftsbetriebes, der an kurzfristiger wirtschaftlicher Verwertung der Forschung orientiert ist. Wohin dieses kurzfristige Denken führt, zeigt nicht nur die aktuelle Finanz- und Wirtschaftskrise in geradezu beispielhafter Weise. Auch in Australien mussten nur wenige Jahre nach der Einführung von Studiengebühren staatliche Gegenmaßnahmen ergriffen werden, um weniger marktförmige Fächer vor dem Aus zu bewahren. Und auch die teure Grundlagenforschung in den Naturwissenschaften wird wohl noch stärker aus der Universität ausgelagert werden - und somit für Studierende unzugänglich sein. So oder so: Das derzeitige Desinteresse an Lehre und unabhängiger Wissenschaft durch ein ökonomisches Interesse zu ersetzen, wird die Lehre eher verschlechtern als verbessern.

Soziale Unsicherheit

Durch die zunehmende Konkurrenz der Universitäten und Fachbereiche untereinander müssen die Hochschulen auch ihre Personalpolitik flexibler gestalten. Schnelle Einstellungen und Entlassungen sind nötig, um das Angebot der Nachfrage anzupassen. Dieses Prinzip von »Hire and Fire« bedeutet für das wissenschaftliche und sonstige Personal der Hochschulen eine weitere Zunahme von prekären Arbeitsverhältnissen. Es ist bereits seit Jahren zu beobachten, dass tarifvertragliche und langfristige Arbeitsplätze Werkverträgen, Projektarbeiten, Kurzeitjobs und gar unbezahlter Lehre weichen. Diese Entwicklung wurde durch die Einführung von 1-Euro-Zwangsarbeitern an den Hochschulen noch begünstigt.

Hochschule ohne Demokratie

Auch die wenigen demokratischen Rechte, die sich Studierende und Mitarbeiterinnen bisher erkämpfen konnten, werden in einer marktorientierten Hochschullandschaft schrittweise abgeschafft. Mit den Tarifverträgen würden auch die Personalräte überflüssig, ebenso die Frauenbeauftragte, die verfasste Studierendenschaft und die marginalen Mitbestimmungsrechte in den akademischen Gremien. Sie widersprechen grundsätzlich der Idee vom »Unternehmen Universität«. Mitbestimmung und Rechte der Studierenden werden durch eine Marktbeziehung zwischen Verkäufer_innen und Käufer_innen ersetzt. So ist beispielsweise die Regulierung des Hochschulzugangs durch ein Auswahlrecht der Universitäten Bestandteil aller Studienkontenmodelle und wurde mit der siebten Novelle des Hochschulrahmengesetzes teilweise bereits ermöglicht. Die allgemeine Hochschulzugangsberechtigung bzw.

die Studienplatzvergabe via ZVS ist nicht vereinbar mit einem marktwirtschaftlich organisierten Hochschulwesen. Auch mit der sogenannten Erprobungsklausel läuft in Berlin seit 1997 bereits ein Modellversuch in diese Richtung: Sie erlaubt den Hochschulen, Teile des Berliner Hochschulgesetzes »zur Probe« außer Kraft zu setzen und eigene Leitungsmodelle zu entwickeln. Dies führte beispielsweise an der FU zu einer eklatanten Stärkung des Präsidiums und zur faktischen Entmachtung anderer Gremien wie des Kuratoriums oder der Kommission für Lehre - Demokratie hat auf dem Bildungsmarkt nichts zu suchen.

Fazit

Studiengebühren sind keine x-beliebige Sparmaßnahme. Sie sorgen vielmehr für eine Verknappung von Bildung und verwandeln ein staatlich garantiertes Recht in eine Ware. Die ökonomischen Steuerungsmechanismen begünstigen Elitenbildung, beschränken das Studium für den Großteil der Studierenden auf eine unzureichende »Grundversorgung« und schließen finanziell schwache Studierende aus den Hochschulen aus. Sozialverträglichkeit wird dabei reduziert auf die individuelle Zumutbarkeit von Kreditbedingungen und Zahlungsmodalitäten für Studiengebühren. Mit den Kosten der Ausbildung werden darüber hinaus auch die Risiken privatisiert. Wer studiert und keinen entsprechenden Arbeitsplatz bekommt, bleibt auf einem Schuldenberg sitzen. Die Intensivierung der Kontrolle, die fehlende Demokratie des Bildungsmarktes, die Entstehung einer zwei-Klassen-Bildung etc. - all diese Effekte können nur die grundsätzliche Ablehnung solcher Modelle zur Folge haben. Die Einstellung, gegen Studiengebühren könne nichts unternommen werden, ist Teil ihrer Durchsetzung! Studiengebühren werden nur dann eingeführt, wenn ihre Gegner_innen zu schwach sind, sie zu verhindern und die Befürworter_innen stark genug, die Einführung von Studiengebühren durchzusetzen. Die Haltung, Gebühren kämen eh, ist also Teil des Kampfes um Kräfteverhältnisse. Der nach langen Protesten letztlich erfolgreiche Widerstand gegen Studiengebühren in Hessen zeigt, dass Widerstand möglich ist. Es gilt, die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse zu verändern und dem herrschenden Verständnis von Bildung als Ware eigene Vorstellungen von selbstbestimmter Bildung entgegenzusetzen und offensiv zu vertreten.

SEMESTERTICKET

STATIONEN EINER UNENDLICHEN GESCHICHTE

DER KAMPF FÜR DAS SEMESTERTICKET WIRD VON DEN BERLINER ASTEN NUN SCHON SEIT JAHREN GEFÜHRT. BIS DAS SEMESTERTICKET IN BERLIN DURCHGESETZT WERDEN KONNTE, MUSSTEN VIELE POLITISCHE HÜRDEN GENOMMEN WERDEN. AUCH NACH DER EINFÜHRUNG DES TICKETS GINGEN DIE AUSEINANDERSETZUNG UM EINEN ANGEMESSENEN PREIS UND DIE LEISTUNGEN DES VBBS (VERKEHRSBETRIEBE BERLIN-BRANDENBURG) WEITER - SEI ES IM ZUGE DER ENTSCHÄDIGUNGSVERHANDLUNGEN MIT DER S-BAHN ODER BEI DEN NEUVERHANDLUNGEN DES SEMESTERTICKETVERTRAGS.

Jenny Simon

„Totgesagte leben länger“

So titelte einst eine große Berliner Tageszeitung im Zusammenhang mit dem Semesterticket und behielt recht: Obwohl die Berliner ASten für die Anfang der 1990er Jahre brandneue Idee eines Semestertickets kaum Unterstützung fanden und das Ticket zwischenzeitlich ausgesetzt wurde, ist es heute aus der Hochschullandschaft kaum mehr wegzudenken.

Bevor es soweit war, musste jedoch eine Fülle von Steinen aus dem Weg gerollt werden: Zunächst galt es alle Studierendenschaften davon zu überzeugen, dass ein Semesterticket eine sinnvolle Maßnahme und für die Verhandlungen ein gemeinsames Vorgehen notwendig ist. Die ablehnende Haltung von Politik, insbesondere den Berliner Senatsverwaltungen, und Verkehrsbetrieben musste Schritt für Schritt abgebaut werden. Preiskalkulationen und Vertragsbedingungen mussten mit den Verkehrsbetrieben, die häufig extrem unterschiedliche Interessen verfolgten, ausgehandelt werden. Schließlich mussten gesetzliche Regelungen in Verhandlungen mit dem Senat und den Fraktionen des Abgeordnetenhauses erzielt werden, die die praktische Umsetzung des Semestertickets tatsächlich gestatten.

Immer wieder schienen in diesen Jahren Durchbrüche erzielt worden zu sein, doch immer kurz vor (oder sogar auch nach) Urabstimmungen der Studierenden traten Umstände auf, die eine tatsächliche Realisierung des Semestertickets unmöglich

machten. Eine Landesregierung, die sich wie in Brandenburg aktiv für ein Semesterticket eingesetzt hat, fehlte in Berlin in den vergangenen Jahren zumeist.

Was lange währt...

Der Durchbruch gelang nach Jahren zäher Lobbyarbeit durch die Studierendenschaften im Herbst 1999. Im damaligen Koalitionsvertrag zwischen SPD und CDU zur Bildung des Berliner Senats wurde ein Semesterticket zum Preis von 215 DM für den Verkehrsverbund, also dem gesamten Verkehrsnetz der Länder Berlin und Brandenburg, geplant. Es dauerte bis zum Frühjahr 2000, bis diese politische Absicht in ein tatsächliches Angebot überführt wurde, da die Verkehrsbetriebe sich in dieser Frage nicht wirklich konstruktiv zeigten. Streitpunkt war damals wie heute vor allem der Preis und der Geltungsbereich des Semestertickets.

In einem Spitzengespräch im März 2000 machte der damalige Senator Strieder deutlich, dass die bisherige Strategie der Unternehmen, durch überhöhte Preisvorstellungen ein Semesterticket zu verhindern, nicht länger toleriert würde. Die Verkehrsbetriebe wiederum blieben bei ihrer Position, dass ein verbundweites Semesterticket zu dem genannten Preis von 215 DM ihnen Verluste in mehrstelliger Millionenhöhe bereiten würde. Sie boten stattdessen ein Ticket für das Berliner Stadtgebiet (Tarifbereich Berlin AB) für diesen Preis an und waren höchstens bereit, noch das Stadtgebiet Potsdam in den Gültigkeitsbereich mit einzubeziehen. Die dem Senat vorgelegten Berechnungsgrundlagen für die Preiskalkulation wurden jedoch den anwesenden Vertreter_innen der Studierendenschaften, die ja der eigentliche Vertragspartner des VBB sind, vorenthalten. Strieder ordnete nun an, dass ein Semesterticket für die Tarifbereiche Berlin ABC (Berlin und näheres Umland) zum Preis von 215 DM für eine Testphase von einem Jahr von den Betrieben angeboten werden solle. Nach dieser Testphase würde man sehen, ob das Ticket für die Betriebe auskömmlich sei oder nicht.

Die folgenden Verhandlungen über die Vertragsbedingungen waren wie auch zuvor durch eine massive Verzögerungstaktik seitens der Verkehrsbetriebe gekennzeichnet, die in der Verweigerung von Verhandlungen durch einige Verkehrsbetriebe gipfelte. Erst nach einem Gespräch bei der damaligen Staatssekretärin im Dezember 2000 konnte mit den Verkehrsbetrieben die Grundlagen für einen Vertrag geschaffen werden, der im Februar 2001 dann tatsächlich vorlag. Schließlich stellten die Studierendenparlamente im Januar 2002 ein Semesterticket zum Preis von 109 Euro pro Semester für das Tarifgebiet Berlin ABC zur Abstimmung, was die erforderliche Mehrheit fand. Damit gab es erstmals ab dem Wintersemester 2002/2003 ein Semesterticket an der FU Berlin.

...wird nicht immer günstig

Wenn etwas in den Semesterticketverhandlungen seit 1994 Bestand hat, dann der Kampf um den Preis. Das zentrale Problem bei der Feststellung des Semesterticketpreises war und ist dabei der Streit um die Umsatzneutralität. Umsatzneutralität bedeutet, dass die Verkehrsunternehmen durch das Semesterticket nicht weniger, aber auch nicht mehr einnehmen sollten als vor dessen Einführung. Allerdings existierten für die Gruppe der Studierenden keine genauen Umsatzzahlen. So wurde der Preis für das Semesterticket zunächst unter Beteiligung der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Verkehr gegen die Bestrebungen des VBB auf anfangs 109 Euro festgesetzt. Nach der Einführungsphase sollte dann ein unabhängiges Gutachten angefertigt werden, um einen umsatzneutralen Preis zu ermitteln.

Dieses Gutachten sollte gemeinsam von den Verkehrsunternehmen und den Studierendenschaften der beteiligten Hochschulen in Auftrag gegeben werden. Dazu kam es jedoch nie. Der VBB verweigerte Kalkulationen auf der Grundlage realer Umsatzzahlen und beauftragte ein Gutachten im Alleingang. Dieses Gutachten ist klar von den Interessen des VBB geprägt: Es wurde von durch den VBB bestimmten Unternehmen mit vom VBB bestimmten Zahlen erstellt. Dabei wurde auf fiktive Berechnungen über den möglichen Kauf von Einzelfahrscheinen, Tages- und Wochenkarten durch Studierende zurückgegriffen - eine Berechnungsgrundlage, die offensichtlich dazu diente den Preis des Semestertickets in die Höhe zu treiben. Das Ergebnis jenes Gutachtens war das Preisangebot des VBB für die folgenden Jahre: Eine abrupte Preissteigerung von 109 Euro auf 141 Euro ab dem SoSe 2005, sowie eine schrittweise Preissteigerung bis zu 149,50 Euro im SoSe 2007, zum SoSe 2008 folgten neue Tarifierpassungen.

Teure Intransparenz

Nachdem die Verkehrsbetriebe bereits das Gutachten im Alleingang in Auftrag gaben, verweigerten sie nun auch dessen Veröffentlichung und zunächst sogar den Studierendenschaften Zugang und Einsicht. Dies wirft zwangsläufig die Frage auf, was die Verkehrsbetriebe zu verbergen haben. Bis heute liegt den Studierendenvertretungen das damalige Gutachten nicht schriftlich vor - und das obwohl selbst bei den jüngsten Vertragsverhandlungen 2011 mit dem ominösen Gutachten argumentiert wurde.

Erst nach monatelangem Bitten durften einige wenige Vertreter_innen der Länderkoordination Semtix Berlin-Brandenburg (Zusammenschluss der Semesterticketbeauftragten aller beteiligten Hochschulen) das Gutachten einsehen. Diese Einsichtnahme zeigte jedoch keine nachvollziehbare Preisbildung¹. Selbst nach dem vom VBB nach eigenem Gutdünken erstellte Gutachten zeigte sich, dass ein Semesterticketpreis von über 120 Euro zum damaligen Zeitpunkt nicht mehr umsatzneu-

tral war. Die Verkehrsunternehmen verdienen an den Studierenden entgegen der politischen Vorgaben mehrere Millionen Euro pro Semester.

Am längeren Hebel

Da diese Preisvorstellungen der Verkehrsbetriebe nicht akzeptabel erschien, setzten sich die Berliner Asten zur Wehr: In einer Urabstimmung wurde nicht nur das Preisangebot des VBB zur Wahl gestellt, sondern auch ein Alternativangebot der Landeskoordination Semesterticket, für das die Studierenden der FU mit 94 Prozent der Stimmen votierten. Mit diesem Votum sollte der LK Semtix bei den Vertragsverhandlungen mit den Verkehrsbetrieben der Rücken gestärkt und auch ein Signal an die Berliner Politik gerichtet werden. Doch der VBB war empört, dass die Studierendenschaften die Interessen der Verkehrsunternehmen nicht einseitig gegenüber den Studierenden durchsetzen wollten und ihre Kritik am Preisdiktat mit der alternativen Urabstimmungsfrage öffentlich machten. Die von den Studierenden abgestimmte zweite Frage wurde zum Vorwand genommen, um die Verhandlungen des neuen Semesterticketvertrags abubrechen. Der Preis scheint aus Sicht der Verkehrsbetriebe nicht verhandelbar.

Alle Versuche, wieder mit den Verkehrsunternehmen in Verhandlung zu kommen, schlugen daraufhin zunächst fehl. Auch die Politik zog sich zurück. Die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Verkehr konnte der Argumentation der Studierendenschaften zwar folgen und deren Verhandlungsstandpunkt nachvollziehen, Unterstützung gab es jedoch nicht. Dem VBB gelang es, weitere Verhandlungen so lange zu blockieren, dass der neue Semesterticketvertrag nicht mehr rechtzeitig geschlossen werden konnte, um für die FU im Sommersemester 2005 in Kraft zu treten. Die Studierenden der FU bekamen so erst zum Wintersemester 2005/06, nach einem Semester Aussetzen, ein neues Semesterticket und mussten dabei dem Preisdiktat des VBB folgen. Die Verkehrsbetriebe kamen hingegen mit ihrer aus Blockade bestehenden Taktik durch - auf Kosten der Berliner Studierenden.

Studierende stopfen Haushaltslöcher?

Das Preisdiktat von Seiten der Verkehrsbetriebe kann dabei vor allem durch ihre Monopolstellung erfolgen. Hat ein Unternehmen(sverbund) ein solches Monopol an öffentlichen Dienstleistungen inne, ist in der Regel die öffentlichen Hand - in diesem Fall der Berliner Senat - dafür verantwortlich, dass dies nicht zu Lasten der Kunden ausgenutzt wird. Die Berliner Politik schmückt sich zwar mit dem erst durch studentische Initiative zustande gekommenen Semesterticket im Schein von Hauptstadtmetropole und Bildungsmekka. Ihre Verantwortung für die Preispolitik der Verkehrsbetriebe in Sachen Semesterticket hat sie sich jedoch momentan entledigt. Dass dies auch anders gestaltet werden kann, zeigt die Situation in Potsdam. Dort

unterstützt die Landespolitik die Studierenden aktiv in Sachen Semesterticket. Dies schlägt sich auch im Preis des Tickets nieder: Das Semesterticket gilt in Potsdam für den gesamten Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg und kostet etwa 25 Euro weniger als an den Berliner Hochschulen. Das unterschiedliche Verhalten der Politik ist vor allem durch einen Blick auf die Berliner Haushaltspolitik zu verstehen: Die Verkehrsbetriebe werden durch Subventionen des Senats mitfinanziert. Im Rahmen der Kürzungspolitik im öffentlichen Sektor hat der Senat ein Interesse an möglichst sinkenden Subventionen und steigenden Einnahmen der Verkehrsbetriebe. Langfristig finanzieren so die Studierenden entweder eine Sanierung der Verkehrsbetriebe mit oder werden benutzt, um die staatlichen Kürzungen im Bereich öffentlicher Infrastruktur mit zu bezahlen. So verwundert es auch nicht, dass der Senat die Frage der Umsatzneutralität des Semestertickets nicht all zu eng sieht und die Studierendenschaften nicht aktiv bei Fragen des Semestertickets unterstützt.

Sozialfonds für Härtefälle

Gerade vor dem Hintergrund des immer stärker steigenden Preises des Semestertickets und der finanziellen Lage vieler Studierender stellte sich zunehmend die Frage, ob das Semesterticket einen Beitrag zur Verbesserung der sozialen Lage der Studierenden leisten kann. Denn das Semesterticket ist ein Solidarmodell, d. h. alle Studierenden sind bei einer Einführung verpflichtet, jedes Semester mit der Rückmeldung die entsprechenden Beiträge zu entrichten. Um diese Situation zu entschärfen, wurde 2004 ein Sozialfonds zur Abfederung besonderer Härtefälle eingeführt. Hier können Studierende, die wegen einer finanziellen Notlage den Beitrag für das Semesterticket nicht aufzubringen können, von dessen Zahlung ganz oder teilweise befreit werden in dem sie durch den Sozialfonds bezuschusst werden. Organisiert wird das Sozialfondsmodell an der FU vom AStA, der zu diesem Zweck das Semesterticketbüro eingerichtet hat. Kompetente Beratung oder Anträge auf einen Zuschuss zum bzw. die Befreiung vom Semesterticket bekommt ihr beim Semesterticketbüro des AstAs.

Die aktuelle Lage: Zwischen S-Bahn Chaos und Neuverhandlungen des Semesterticketvertrags

Damit sich nicht zu viel Routine in der Geschichte des Semestertickets einschleicht, haben die Verkehrsbetriebe sich in den vergangenen Jahren Mühe gegeben, für Aufregung zu sorgen: Infolge der Privatisierung der Berliner S-Bahn und der damit einhergehenden Dominanz von Gewinninteressen des Mutterkonzerns Deutsche Bahn erfolgten über Jahre massive Einsparungen bei der S-Bahn. Die katastrophalen Folgen zeigen sich seit 2009 in immer neuen Pannen: kaputter Räder und mangelnder Wartungsarbeiten, dann kaputte Bremsen und später Klimaanlage, die von som-

merlichen Temperaturen überfordert waren. Als Konsequenz kam der Berliner S-Bahn-Verkehr nahezu zum Erliegen, bis heute ist der Verkehr eingeschränkt.

Während die S-Bahn schnell verkündete, vor allem Stammkunden mit Monatskarten zu Entschädigen, versuchte sich das Management mit fadenscheinigen Argumenten um die Entschädigung der Studierenden, einer der größten Gruppen ihrer Stammkundschaft, zu drücken. So behandelt die S-Bahn Studierende als Kunden zweiter Klasse, die Millionen-Einnahmen sind ja sicher. Der AStA FU konnte jedoch in enger Zusammenarbeit mit den Studierendenvertretungen der anderen Berliner Hochschulen durch eine Öffentlichkeitskampagne massiven Druck auf die S-Bahn aufbauen, so dass diese einlenkte und auch den Studierenden Kompensationszahlungen zusagte. In einem monatelangen Verhandlungsmarathon mit den Verkehrsbetrieben gelang es den ASten schließlich, dass die S-Bahn auch die Kosten der Durchführung der Entschädigungen tragen musste - zehntausende Euro, die nach Ansicht der Verkehrsbetriebe die Studierenden selbst aufbringen sollten. So erfolgt seit nun drei Jahren jedes Wintersemester eine Entschädigungszahlung der S-Bahn, die meist direkt mit dem Preis des Semestertickets verrechnet wird. THEORIE

Trotz des anhaltenden Verkehrschaos weigern sich die Verkehrsbetriebe auch in den Neuverhandlungen des Semesterticketvertrags 2011 Garantien für ein Leistungsniveau zu geben oder aber eine rechtliche Grundlage für die andauernden Entschädigungszahlungen zu schaffen. Vielmehr versuchten sie in gewohnter Manier einseitig eine massive Erhöhung des Semesterticketpreises zu diktieren. Der VBB war sich seiner Sache offensichtlich so sicher, dass er die geplanten Preise bereits vor den Vertragsverhandlungen in seinem Tarifinfo 2011 veröffentlichte. Doch zum ersten Mal sieht es so aus, als könnten die Studierendenschaften dem VBB einen Verhandlungserfolg abringen: Zwar ist der neue Semesterticketvertrag, der ab dem Sommersemester 2012 in Kraft tritt, zum Zeitpunkt des Erscheinens dieses Artikels noch nicht fertig verhandelt. Jedoch konnten die ASten sich bereits mit Ihrer Forderung nach einer Koppelung der Preissteigerungen an die Inflationsrate ab 2013 durchsetzen. Dies könnte zum ersten Mal in der Geschichte des Semestertickets dem Preisdiktat des VBB einen Riegel vorschieben - bis zur nächsten Station in der unendlichen Geschichte des Semestertickets.

Endnoten:

- 1 Eine detailliertere Auseinandersetzung mit dem Gutachten ist unter http://astafu.de/aktuelles/archiv/a_2004/news_10-13 oder <http://www2.tu-berlin.de/~semtix> zu finden.

Semesterticketbüro

Thielallee 36 (unter dem Capitol-Kino)
14195 Berlin-Dahlem
Tel.: 030 - 83 90 91-40

<http://www.astafu.de/semtixbuero/>
mail: semtixbuero@astafu.de

STUDENTISCHE VERBINDUNGEN UND BURSCHEN- SCHAFTEN IN BERLIN

VERBINDUNGEN SIND „EIN HAUFEN VERHETZTER, IRREGELEITETER, MÄßIG GEBILDETER, VERSOFFENER UND FARBEN TRAGENDER JUNGER DEUTSCHER“

Kurt Tucholsky

ehemaliges Kommunikationsreferat des AStA FU

Anders als in vielen kleineren Städten mit vergleichsweise traditionellen Universitäten, kommen Burschenschaften und Verbindungen nicht unbedingt in den Sinn, wenn mensch an studentisches Leben in Berlin denkt. Es gibt aber auch hier ein relativ großes Spektrum studentischer Korporationen, insgesamt sind es um die 50. Dabei reicht die Bandbreite von akademischen Rudervereinen, Schülerver-

bindungen, Sängerschaften, katholischen Studentenverbindungen bis zu den vier aktiven Burschenschaften der Deutschen Burschenschaft (DB), dem am weitesten rechts stehenden Dachverband. Das politische Spektrum reicht von vermeintlich „unpolitischen“ Verbindungen, tendenziell eher konservativ ausgerichtet, bis zu völkisch-nationalistischen Ansätzen in einigen Burschenschaften. Dabei sind studentische Verbindungen (eigentlich ein Überbegriff unter den auch Burschenschaften fallen) tendenziell etwas gemäßigter. Sie befürworten zwar die politische Aktivität ihrer Einzelmitglieder, verstehen sich aber vornehmlich als „unpolitisch“, während Burschenschaften sich als explizit politisch agierende Organisationen verstehen und oft weiter rechts zu finden sind. Dies ist jedoch nur eine Tendenz, es existieren auch hier Gegenbeispiele.

Korporationen in Berlin...

Die Berliner Korporationen nehmen fast ausschließlich nur Männer auf, ein beträchtlicher Teil von ihnen ist farbentragend und etwa die Hälfte entweder pflichtschlagend oder fakultativ schlagend. Das heißt, das Schlagen einer Mensur ist erwünscht, aber kein Zwang. Es gibt verschiedene Gründe, warum Korporationen im Stadtbild und in den Bereichen studentischen Lebens in Berlin weniger auffällig sind, als zum Beispiel in Heidelberg oder Marburg. Dazu gehören sicher die Größe der Stadt, ein zumindest lange Zeit relativ „liberales Klima“ an den Universitäten, viele Möglichkeiten sich als Studierende(r) politisch zu organisieren, sei es in der Stadt oder an der Universität, so beispielsweise in Fachschaftsinitiativen, und ein zumindest bedingt guter Zugang zu bezahlbaren Wohnungen.

Außerdem besteht beispielsweise an der FU Berlin, als Konsequenz aus der massiven Unterstützung der Nazis durch die studentische Verbindungsszene und die maßgebliche Beteiligung an Aktionen wie der Bücherverbrennung und der Vertreibung jüdischer Professoren von den Universitäten, ein Auftritts- und Werbeverbot für Korporationen. Die Verantwortung dafür wird von den Korporationen fast immer abgestritten, ihre Aktivitäten vor und nach dem 30.1.1933 bis zum Ende des Krieges werden ausgeklammert oder beschönigt. Es wird lediglich auf die Gefallenen hingewiesen oder sich als quasi Verfolgte oder Widerständler dargestellt, mit dem Verweis darauf, dass die Nazis alle Korporationen aufgelöst hätten. Dabei wird verschwiegen, dass diese Auflösungen, die mitunter auch durch einen freiwilligen Eintritt in die NS-Studentenorganisationen ausgelöst wurden, kaum je weltanschauliche Gründe hatten, sondern die Totalität der NS-Organisationen anstreben sollten. Schon vor 1933 hatte ein Teil der Dachverbände der studentischen Korporationen erklärt, dass keine weltanschaulichen Differenzen zum Nationalsozialismus



existierten. Die massive Unterstützung des NS durch die deutschen Studentenverbindungen war der Grund, warum die Alliierten zunächst jede Form von Studierendenverbindungen verboten haben.

...ein Phantom?

Dass die Korporationen an der Uni oder im Stadtbild relativ wenig sichtbar sind, heißt allerdings nicht, dass sie nicht offen auftreten. In bestimmten Bezirken, vor allem in Zehlendorf und Dahlem um die FU herum, befindet sich eine größere Anzahl an Häusern, die im Besitz von Verbindungen sind und dies durch Beflaggung auch sichtbar machen. Zudem sind sie zu bestimmten, ihnen wichtigen Terminen, beispielsweise dem „Volkstrauertag“, dem 17. Juni oder dem so genannten Vatertag, auch in Couleur unterwegs, das heißt, in ihrer Uniform inklusive Mütze und Band in den jeweiligen Farben. Auch bei verschiedenen Treffen und Kongressen rechter Gruppen, zum Beispiel dem Berliner Kolleg des neurechten Instituts für Staatspolitik, sind immer wieder eine größere Anzahl Verbindungsstudenten und Burschenschaftler anwesend. Das Sommerfest der Jungen Freiheit 2003 wurde sogar von der Burschenschaft der Märker zu Berlin veranstaltet. An der FU Berlin versuchen sie gelegentlich, das Auftrittsverbot zu umgehen. So zum Beispiel bei der Immatrikulationsfeier zum Sommersemester 2005, als ein Mitglied der Obotritia Berlin, die als einzige Berliner Burschenschaft in der Neuen Deutschen Burschenschaft organisiert ist, in Begleitung eines Alten Herren (eines nicht mehr studierenden Verbindungsmitglieds) mit seinem Couleurband auftrat und die Zeitung seines Dachverbandes zu verteilen versuchte.

Bei der Frage des öffentlichen Auftretens von Korporationen wurden schon einige Bereiche politischer Aktivität angedeutet. Wie schon zu Beginn beschrieben gibt es hier eine große Heterogenität. Oft distanzieren sich Verbindungen explizit davon, einer bestimmten politischen Richtung bzw. dem rechten Lager anzugehören. Dabei wird gerne auf Mitglieder verwiesen, die Sozialdemokraten seien oder einen Migrationshintergrund hätten. Weltoffenheit und Liberalität wird gegenüber der Öffentlichkeit betont, auch im Bewusstsein des eigenen schlechten Rufs. Eine gewisse Vorsicht bei Aussagen gegenüber einer größeren Öffentlichkeit entfällt dann meist bei internen Diskussionen, so in Internetforen oder Gästebüchern.

Allgemein lässt sich sagen, dass sowohl das öffentliche politische Engagement einzelner studentischen Verbindungen angehörender Personen und vor allem das politische Engagement der Verbindungen einer eindeutig konservativen Traditionslinie zuzurechnen ist. Dabei ist nach rechts das Spektrum kaum begrenzt und reicht bei einigen Burschenschaften bis in das völkische Lager und zur NPD. Hierbei ist die konservative Tendenz kein Zufall oder nur Produkt des Rufs. Der spezifische

Traditionalismus, Elitenvorstellungen, die Betonung eines klassischen konservativen Wertekodex und das Männerbundsprinzip (bei fast allen) der Korporationen sind kein Beiwerk, sondern liegen im Kern des studentischen Verbindungswesens. Von der Tendenz her ist in Berlin der größte Teil der Korporationen eher dem vermeintlich „unpolitischen“, aber deutlich konservativem Spektrum zuzurechnen, beispielsweise die Sängerschaft Borussia, in der zahlreiche Mitglieder des rechten Flügels der Berliner CDU, so Klaus-Rüdiger Landowsky und Frank Henkel, organisiert sind. Burschenschaften wie die Gothia Berlin und die Arminia Berlin, die ebenfalls versuchte, bei der Immatrikulationsfeier 2005 für sich zu werben, beide auch Mitglieder der Deutschen Burschenschaft, sind Beispiele für Berliner Korporationen, die explizit rechts stehen.

Politische Betätigung...

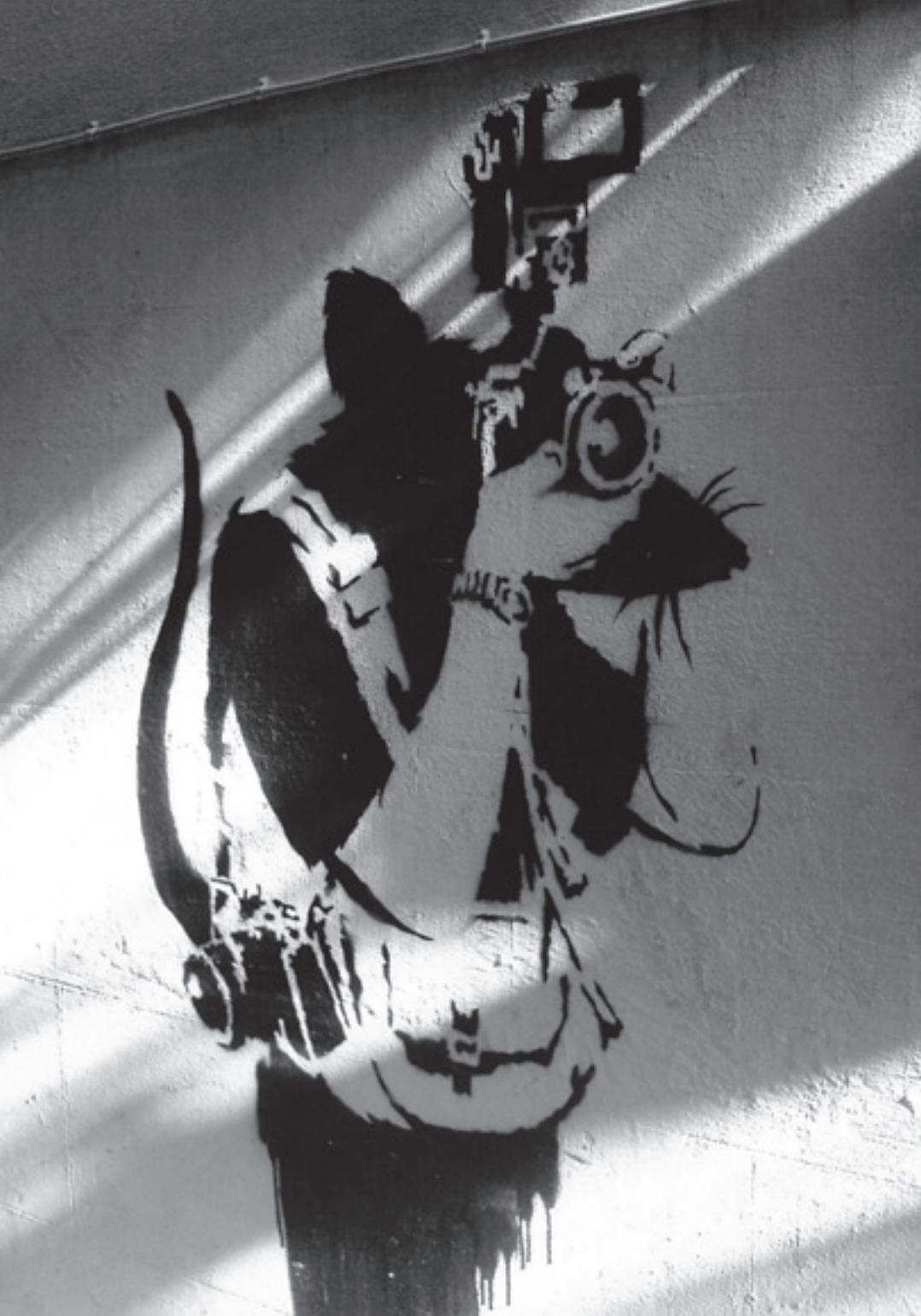
Eine zentrale Rolle im politischen Engagement von Korporationen nehmen die Vorträge ein, die im Rahmen des Semesterprogramms von Bundesbrüdern oder eingeladenen Referent_innen gehalten werden und oft auch interessierten Nicht-Mitgliedern offen stehen. Im Kreis der Referent_innen (bzw. fast ausschließlich Referenten) finden sich neben Politikern, Politikberatern, einflussreichen Personen aus der Wirtschaft, Militärs, etc. auch häufig emeritierte und noch aktive Professoren der FU Berlin, vor allem auch bei den Veranstaltungen der Burschenschaften der DB. So waren hier, neben dem schon seit längerem bei der NPD gelandetem Horst Mahler und Alfred Mechttersheimer, dem Kopf der rechtsradikalen Deutschland-Bewegung, Bernd Rabehl, ehemaliger Dozent am Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft, der nach seiner Parteinahme für die NPD auch dort Probleme mit Dozierenden und Studierenden bekam, zu Vorträgen geladen. Ebenso Rainer Mennel, Geographie-Professor und Referent auf einem Parteitag der Deutschen Partei, Reinhart Maurer, emeritierter Professor des philosophischen Instituts und Autor bei der Jungen Freiheit und Henning Köhler, Professor i.R. am Friedrich-Meinecke-Institut für Geschichte. Alles Professoren, die sich schon vorher rechts bzw. klar konservativ positioniert hatten. Weitere politische Aktivitäten der Korporationen sind die Organisation von Veranstaltungen und die Teilnahme an Kongressen. So zum Beispiel das schon oben erwähnte Sommerfest der Jungen Freiheit und der Versuch, am 17.6.2003 eine Kranzniederlegung für die „Opfer des Volksaufstand in Mitteldeutschland“ (!) in Mitte durchzuführen. Oder die alljährliche Beteiligung von Burschenschaftlern an der Kranzniederlegung des Rings deutscher Soldatenverbände am Friedhof am Columbiadamm, zusammen mit dem Ordensverband der Ritterkreuzträger und Abgesandten von NPD und DVU. Von dieser Veranstaltung musste sich mittlerweile auch die Bundeswehr vorsichtig distanzieren. Dazu kommt das politische Engagement

einzelner Korporierter innerhalb und außerhalb parteipolitischer Gruppierungen, vor allem in der CDU, der FDP, dem ehemaligen Bund freier Bürger und der DVU.

...auch an den Universitäten

Ein weiteres Betätigungsfeld sind natürlich die Universitäten, wobei sie hier nur selten offen in Erscheinung treten, auch aufgrund des oben genannten Verbots. Vor allem nutzen sie die Uni als Feld für Werbung, meist mittels Flyern oder Plakaten. Diese haben gelegentlich einen politischen Inhalt, laden aber meist zu eher weniger politischen Vorträgen, zu Partys im Verbindungshaus oder zu Grillabenden und ähnlichem ein, welche interessierten Studierenden die Möglichkeit zum niedrigschwelligen „Reinschnuppern“ geben sollen. So enthielten die Werbeflyer der Arminia Berlin bei der Immatrikulationsfeier 2005 Bier- und Wurstgutscheine (!), die bei einem Fest in ihrem Haus eingelöst werden konnten. Manchmal ist noch nicht einmal ersichtlich, dass es sich um Veranstaltungen von Korporationen handelt. Weiter wird Werbung für die Möglichkeit gemacht, in den Verbindungshäusern billig, universitätsnah, in „kameradschaftlicher“ Atmosphäre und mit voller Ausstattung zu wohnen. Durch verschiedene Formen der Werbung und der Selbstdarstellung sollen jeweils bestimmte Gruppen von Studenten angesprochen werden. So wird gegenüber dem politisch vielleicht wenig interessierten Student eher Werbung mit einem etwas trottelig-versoffenem, die Kameradschaft betonenden „Charme“ gemacht, bei anderen wird oft klar mit einem konservativen Profil geworben. Als Extrembeispiel kann hier die Gothia Berlin gelten, die Ende der 90er Jahre regelmäßig Werbung in der Jungen Freiheit schalten ließ und mindestens einmal - 1997 - auch in der NPD-Zeitung Deutsche Stimme. Stichwörter hierbei waren „nationale Gesinnung“, „echte Kameradschaft“ und „Maastrichtbefürworter zwecklos“.

Weiterhin beteiligen sich Korporierte regelmäßig an den Wahlen zum Studierendenparlament, und zwar entweder mit eigenen Listen, wie beispielsweise der Liste unabhängiger Studenten (LUST) an der TU oder HU Berlin oder auf RCDS-nahen oder RCDS-Listen, aber auch auf liberalen Listen. So kandidierten auf der RCDS-Liste bei den Wahlen zum HU Studierendenparlament (StuPa) 2003 drei Mitglieder der Sängerschaft Borussia. Auch bei den TU-Wahlen sind regelmäßig Burschenschaftler und Verbindungsstudierende auf RCDS-Listen und bei den Wahlen zum FU StuPa 2004 gab es zwei Korporierte auf liberalen Listen. Die Listen sind alle in Abstufungen dem eher konservativen/rechten Spektrum zuzurechnen. Der RCDS und die studentischen Verbindungen an der Universität sind eng miteinander verflochten, zwischen ihnen ist oft kaum zu trennen. So gehören die meisten Korporierten, die sich in den Studierendenparlamenten engagieren auch eher den klassisch-konservativen Verbindungen an.



Das trifft zumindest auf Berlin bezogen auch auf einen weiteren Bereich der Aktivität von Korporationen an der Universität zu: das Verklagen der Allgemeinen Studierenden Ausschüsse (ASTen) aufgrund allgemeinpolitischer Äußerungen. Die eher linken ASTen in Berlin sind den korporierten Studenten ein Dorn im Auge und so versuchen sie regelmäßig das politische Mandat der ASTen einzuschränken. Das ist eine bundesweite Traditionslinie die aus dem Kreis von Verbindungsstudenten entsprang. Berliner Beispiele sind etwa die Kläger gegen den FU ASTa 1998, Angehörige von RCDS und DEFO, von denen einige aus den Reihen der Katholischen Deutschen Studentenverbindung Borussia Saxonia kamen. Unter den Klägern (aus RCDS und LHG) gegen den ReferentInnenrat der HU waren zwei schon erwähnte Mitglieder der Borussia Saxonia, der Kläger Tim Peters ist ebenfalls korporiert. Der Kläger gegen den ASTa der FU Berlin, Ulrich Wilhelm Schulte, ist zwar scheinbar nicht korporiert, wohnt aber wiederum mit Tim Peters zusammen. Hier wird wiederum deutlich, dass die Verbindungsstudierenden eben keineswegs isoliert sind, sondern gut in das Netz von eher konservativen Gruppen wie dem RCDS und der LHG eingebunden sind.

Was tun?

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass die verschiedenen Korporationen eine sehr große Heterogenität untereinander kennzeichnet, die Verallgemeinerungen kaum zulässt. Aber auch von den vermeintlich „unpolitischen“, gemäßigten Verbindungen gehen klare konservative Impulse - bzw. der Versuch, diese zu bewirken aus und auch diese stellen eine (juristische) Gefahr für eine politisch engagierte Studierendenschaft, die auch über den direkten Tellerrand schauen möchte, dar.

Wenn euch Werbung von Burschenschaften - egal ob Flyer, Plakate oder andere Schriften - Unterkommen, scheut euch nicht diese beim Referat für Kommunikation und Antirepression des ASTa vorbeizubringen. Wenn ihr von Kommiliton_innen oder Dozent_innen nationalistische, rassistische oder antisemitische Sprüche zu hören bekommt, kommt zu unserer Sprechstunde oder schreibt uns eine E-Mail.

Referat für Internationalismus und Antifaschismus

Mail: antifa_internationalismus@astafu.de

TUTORIEN, PROJEKT-TUTORIEN, PROJEKTWERKSTÄTTEN

ANSPRUCH, WIRKLICHKEIT UND PERSPEKTIVEN EINES BERLINER REFORMMODELLS

von *Manfred Suchan*

Die Entstehung des Berliner Tutorienmodells

Die Geschichte der Tutorien an den Hochschulen Berlins reicht bis in die Nachkriegszeit zurück. Ebenso wie die Gründung der Freien Universität (FU) 1948 hatte die Neugründung der Technischen Universität (TU) 1946 einen ausgesprochen politischen Charakter. Dies kommt in der Gründungsrede des damaligen britischen Stadtkommandanten General Nares zum Ausdruck, der für die Neugründung der TU mitverantwortlich war, denn diese lag im damaligen »britischen Sektor«:

»Jene Techniker [...], die sich bereit fanden, ihre technischen Fähigkeiten in den Dienst von Hitlers Kriegsmaschinen zu stellen, ohne sich die Folgen zu überlegen, waren ohne Verantwortungsgefühl. [...] Naturwissenschaften und Technik können und müssen der Förderung des Friedens und der Kultur der Menschheit gewidmet sein, und nur wo ihre Anwendung in der Verantwortlichkeit geschieht, ist dies möglich. Verantwortlichkeit ist der Grundstein der Demokratie.«

Tutorien waren damals nicht zuletzt aus Mangel an Lehrpersonal eingerichtet worden. Denn an die neu eröffneten Universitäten in Berlin (West) mit ihrem programmatischen Modell- und Reformanspruch wollten nur wenige Lehrende. Ihnen war das so genannte Berliner Modell, das Studierenden eine tragende Rolle beimaß, äußerst suspekt. Daher machte mensch aus der Not eine Tugend, und so entstanden die Tutorien an TU und FU. In der damaligen politischen Situation hat mensch den Studierenden eine weit reichende Verantwortung zugestanden. Zwar war mensch später nicht mehr bereit, diese Entwicklung so zu belassen, aber sie ließ sich dann

nur noch schlecht zurückdrehen. Doch aus der damaligen Situation ergab es sich ganz automatisch, dass Studierende auch Lehrende an »ihrer« Universität waren und die Tutorien waren die Schlüsselinstanz der viel beschworenen »Gemeinschaft der Lehrenden und Lernenden« der Anfangsjahre. Das Stichwort war: »Lernende Lehrende und Lehrende Lernende« und die Rolle der damaligen Student_innen war aus politischer Sicht und von der Lernsituation her völlig neu gegenüber ihrer Rolle an den klassischen Universitäten.

Tutorien waren jedoch keine originär deutsche Erfindung. Das anglo-amerikanische Bildungssystem kannte sie schon lange, vor allem in der Funktion als Mentor_innensystem. Neben wohlwollender politischer und finanzieller Unterstützung erhielt insbesondere die FU praktische und konzeptionelle Anregungen vor allem aus den USA, auch getragen von Reeducation-Bemühungen. Die Tutorien sollten schnell fester Bestandteil des Modell- und Reformanspruchs von FU und TU werden. Denn nach der profaschistischen Rolle der Universitäten und des an ihnen gepflegten Wissenschaftsbetriebes vor und nach 1933 schien eine allgemeine und grundlegende Universitäts- und Bildungsreform unumgänglich und unmittelbar bevorzuzustehen. Und in Berlin wollte man damit initial beginnen.

Tutorien als Studienreform

An der Freien Universität wurden die ersten Tutorien im Wintersemester 1951/1952 von älteren Studierenden am Friedrich-Meinecke-Institut der FU (Geschichtswissenschaften) eingerichtet. Sie sollten Studienanfänger_innen den Übergang von der Schule zur Universität erleichtern. Ein_e ältere_r Student_in, ein_e Tutor_in, traf sich einmal wöchentlich mit 5-12 Studienanfänger_innen. Der/die Tutor_in beriet die Studierenden bei der Auswahl der Lehrveranstaltungen, dem Benutzen der Bibliothek und bei der Tutorien, Projektstudien, Projektwerkstätten Vor- und Nachbereitung von Vorlesungen. Außerdem führte sie/er sie in die Techniken des wissenschaftlichen Arbeitens ein und machte sie mit den Institutionen der Freien Universität vertraut.

In den folgenden Jahren entstanden ähnliche Tutorien auch an anderen Instituten. Die Tutor_innen waren nicht den Lehrstuhlinhaber_innen, sondern den damaligen Instituten und Fakultäten zugeordnet. Das Tutor_innenprogramm wurde dabei nicht auf bestimmte Arten von Gruppen und Aufgabenstellungen eingeschränkt, so dass sich bis in die 60er Jahre hinein vielfältige und facettenreiche Tutorienkulturen entwickeln konnten. Neben reinen Studienanfänger_innengruppen entwickelten sich Gruppen, die bestimmte Lehrveranstaltungen begleiteten. Auch gab es Gruppen, die selbstbestimmt Themen unabhängig der offiziellen Lehrveranstaltungen

erarbeiteten. So konnten in großem Umfang studentische Initiativen gefördert und im Interesse der Studienreform ständig neue Formen und Inhalte erprobt werden, die sehr eigenständig auch ein inhaltlich alternatives Angebot zu den offiziellen Lehrveranstaltungen durchführten.

Tutorien und Reformuniversität

Mit dem Anstieg der Studierendenzahlen veränderte sich zunehmend die Rolle der Tutorien, denen nun die Aufgabe aufgenötigt wurde, flexibel Engpässe zu überbrücken. An der FU wurde 1964 die Konzeption eines entsprechenden Tutorienprogramms von der Beauftragten für das Tutorienwesen entworfen. Seit 1965 steht ein zentraler Tutor_innenfond zur Verfügung und ab 1969 werden Didaktik-Seminare für Tutor_innen durchgeführt. Insgesamt gab es 1969 an der FU 170 studentische Tutorien und zudem etwa 100 sog. wissenschaftliche Tutorien mit jeweils mehreren Arbeitsgruppen, die von Tutor_innen mit Studienabschluß geleitet wurden.

Mit dem Universitätsgesetz vom 1.8.1969 und der staatlich verordneten Hochschulreform ergaben sich erstmals gesetzliche Regelungen für die Arbeit der Tutorien. Das schon 1962 vom Verband Deutscher Studentenschaften (vds) formulierte und 1969 vom Wissenschaftsrat aufgegriffene Ziel, »selbstständiges, kritisches Denken durch wissenschaftliches Arbeiten« zu erlernen, war nun institutionell abgesichert. Seit 1969 sind die studentischen Beschäftigten auch durch eigene Personalräte vertreten. Hiermit machen die West-Berliner Universitäten einen weiteren wichtigen Modell- und Reformanspruch gegenüber den westdeutschen Universitäten geltend. Dieser Reformanspruch der Tutorien kommt auch in den Richtlinien zur Tutor_innenarbeit vom Oktober 1970 zum Ausdruck:

»Das Tutorenprogramm dient der ständigen Hochschulreform durch Erprobung und Entwicklung neuer Strukturen, Organisationsformen, Lehrmodelle und Ausbildungsgänge in Kooperation aller am Lernprozess beteiligten. Ziel der Tutorenarbeit ist es, die Ausbildung der Studenten zu selbstständigem, kritischem Denken durch wissenschaftliches Arbeiten zu fördern und dazu beizutragen, sie auf ihren demokratischen Beruf und ihre Verantwortung in einer freiheitlich demokratischen Grundordnung vorzubereiten.«

Das Berliner Tutorienmodell war über die Grenzen Berlins hinaus bekannt geworden und wurde breit aufgegriffen. Die Volkswagenstiftung förderte mit mehr als 13 Mio. DM seine Einführung in Westdeutschland, denn dieses Modell galt allgemein als ein erfolgreicher Versuch, systematisch Hochschuldidaktik zu betreiben. Das Tutor_innenprogramm diente dem eigenen Selbstverständnis nach der ständigen Hochschulreform durch Erprobung und Entwicklung neuer Strukturen, Organisa-

tionsformen, Lehrmodelle und Ausbildungsgänge in Kooperation aller am Lernprozess Beteiligten. Ziel der Tutor_innenarbeit war es, die Ausbildung der Studierenden zu selbstkritischem Denken durch wissenschaftliches Arbeiten zu fördern. Das Ziel der Tutor_innenarbeit konnte es nicht sein, durch ausschließlich organisatorische Maßnahmen die zahlenmäßige Relation von Lehrpersonal und Studierenden zu verbessern.

Tutorien und Hochschulreform in der Krise

Gegen Mitte der 70er Jahre wurde der »breite« Pfad zur akademischen Bildung wieder stark verengt (NC). Weiterhin wurde versucht, die Universitäten, in denen mehr und mehr Lernende und Lehrende versuchten, Inhalte und Formen der Ausbildung und Forschung an gesellschaftlichen Bedürfnissen zu orientieren (formuliert z.B. in den 23 Thesen des DGB), durch staatliche Eingriffe wieder »funktionabel« zu machen. Bereits durch die Novellierung des Universitätsgesetzes von 1974 werden die ehemaligen Zielsetzungen des Tutorienprogramms u.a. durch die endgültige Zuordnung der Tutor_innen zu Hochschullehrer_innen und durch die Beschränkung der Lehrtätigkeit der Tutor_innen auf vier Semesterwochenstunden »korrigiert«. Die Tutor_innen durften nicht mehr unabhängig arbeiten und wurden schon vor ihrer Einstellung von der_m Hochschullehrer_in abhängig, da diese_r jetzt anstelle des Fachbereichsrates das Vorschlagsrecht zur Einstellung bekam. Weiter behielt sich der Senat vor, durch den Erlass von »Richtlinien über die Beschäftigung von Tutoren und studentischen Hilfskräften« die Arbeitsbedingungen der studentischen Beschäftigten einseitig durch die Exekutive zu regeln.

Begründet wurde der Entwurf mit Sparmaßnahmen im Rahmen der Verknappung der Haushaltsmittel. Der geplante Abbau des Tutorienmodells hätte bedeutet, dass die Möglichkeit für Studierende, fortschrittliche Lehrinhalte zu diskutieren, und die den anonymen Massenveranstaltungen entgegengesetzten alternativen Lehrformen in den Tutorien zu praktizieren, entfallen wäre. Individuelle Betreuung, Vertiefung von Lehrinhalten entsprechend den Interessen der Lerngruppe, intensive Besprechung von Übungsaufgaben, Klausurvorbereitungen hätten ganz oder teilweise der Vergangenheit angehört. Es regte sich breiter Widerstand. Auf der Suche nach Bündnispartner_innen wurden die Gewerkschaften entdeckt. Als erste Gewerkschaft öffnete sich 1975 die ÖTV für studentische Beschäftigte.

Zum 31.3.1976 sollten 600 Tutor_innenverträge gekündigt werden. Im Februar 1976 wird erstmals der Abschluss von Tarifverträgen verlangt. Die Tutor_innen waren gewarnt: Nur ein Tarifvertrag mit Mindestbeschäftigungsdauer und Mindeststundenzahl sowie mit fest geregelter Lohn konnte sie schützen. Nach langen



Verhandlungen, begleitet von Aktionen und Arbeitskampfmaßnahmen, gelang den Tutor_innen gemeinsam mit der ÖTV der Abschluss eines Tarifvertrages. Er trat am 1.1.1981 in Kraft und besaß eine Laufzeit von 5 Jahren. Damit ist es erstmals innerhalb der BRD und Berlin (West) gelungen, für Teilzeitbeschäftigte im öffentlichen Dienst, die vom Bundesangestelltentarifvertrag (BAT) nicht erfasst werden, einen Tarifvertrag abzuschließen. Zum Jahresbeginn 1986 gelang den rund 3.700 studentischen Beschäftigten in Berlin mit Unterstützung der Gewerkschaften ÖTV und GEW die Verteidigung des Tarifvertrags durch einen zweiwöchigen Streik. Durch die Auseinandersetzungen um die Tutorien, die in dem Streik gipfelte, geriet die Lage an den Hochschulen wieder in die öffentliche Aufmerksamkeit und Hochschulreform wurde erneut zu einem breit diskutierten Thema.

Innovationstutorien und Projektwerkstätten an der TU

An den einzelnen Fachbereichen waren unterschiedliche Formen von Tutorien entstanden. In den Naturwissenschaften setzte sich die ergänzende Funktion insbesondere zu Vorlesungen durch, während sich in den Sozial- und Geisteswissenschaften auch sehr freie Tutorien etablierten. Freie Tutorien, auch souveräne, selbstbestimmte oder autonome genannt, zeichnen sich durch eine thematische Selbstbestimmung sowie eine weitestgehende Unabhängigkeit der Tutorien von Professorinnen aus. Bis in die 80er Jahre hatten sich fünf Formen von Tutorien herausgebildet. Kleine Tutorien in den Naturwissenschaften, in denen Übungen zur Ergänzung von Vorlesungen oder Laborarbeiten stattfinden. Des Weiteren Tutorien, die in Ergänzung zum Lehrangebot eingerichtet wurden. In den Geisteswissenschaften bestanden Tutorien, die Seminare, Projekte und Plena durchführten. Daneben gab es Tutorien für Lerngruppen und für die Studienfachberatung.

Eine Weiterentwicklung des Tutorienmodells auch auf inhaltlicher und didaktischer Ebene stellen die Innovationstutorien an der TU dar. Diese wurden als »Projektwerkstätten für sozial- und umweltverträgliches Denken und Handeln« eingerichtet, um die bestehenden Unterschiede bei Natur- und Geisteswissenschaften auszugleichen und mit dem Bestreben, Tutorien gerade in den Naturwissenschaften eine kritischere Funktion zu geben. Sie trafen auf ein großes Interesse, denn die bisherige Studienorganisation wurde von vielen Seiten kritisiert. Hauptkritikpunkte waren u.a. lange Studienzeiten, hohe Abbruchquoten, Unfähigkeit zur Teamarbeit sowie Fachidiot_innentum unter Ausgrenzung sozialer und ökologischer Fragestellungen.

Vor diesem Hintergrund entstand 1984 in Zusammenarbeit zwischen dem AstA der TU, der damaligen »Reformfraktion« und dem Institut für Medienpädagogik und

Hochschuldidaktik (IMHD) eine Initiative, die ein Innovationstutorienprogramm entwickelte, mit dem eine Reform des Grundstudiums angeregt werden sollte. Eine Vorbildfunktion für das Programm hatte das seit 1980 bestehende »Energieseminar«. Das Innovationstutorienprogramm konnte in Zusammenarbeit mit studentischen Fachbereichsinitiativen fachbereichsbezogen umgesetzt werden, so dass die vorhandene Unzufriedenheit mit dem Studium zu einer Verbesserung der Studienbedingungen beitragen konnte. Das innovative Potential der Studierenden sollte so Gelegenheit und Raum zur Entfaltung erhalten.

Insbesondere sollte der Motivationsverlust, der von den Studierenden als das am stärksten empfundene Defizit ihres Studiums angesehen wurde, behoben werden. Als Ursache des Motivationsverlusts sahen Studierende insbesondere den Mangel an Möglichkeiten zu Eigeninitiative und Eigenverantwortung im Studium an, den Mangel an Praxisbezug im Sinne eines Lernens an »echten« Problemen, den Mangel an fächerübergreifendem interdisziplinärem Wissenschaftsverständnis, die mangelnde Information über die tatsächliche Berufssituation und die Unsicherheit der Berufsperspektive, die Zweifel an der sozialen und ökologischen Verträglichkeit der wissenschaftlichen und technischen Entwicklung und den Mangel an praktischen Alternativen, sowie den Mangel an sinnstiftendem Zusammenhang zwischen den einzelnen Studienbestandteilen. Als motivationsfördernde Innovationen sollten die Projekte vor allem zur Förderung der Eigeninitiative und Eigenverantwortung der Studierenden durch selbstorganisiertes Lernen mit beratender und unterstützender, nicht aber lenkender Begleitung beitragen.

So konzipierten an vielen Fachbereichen die Studierenden im Wintersemester 1984/1985 Projekte, in denen fachübergreifende Zusammenhänge und gesellschaftliche Verantwortung gelernt werden konnten, und um mit neuen fachlichen und didaktischen Lehr- und Lernformen zu experimentieren. Der damalige TU-Präsident bewilligte für das Programm insgesamt 13 Innovationstutorienstellen à 80 Monatsstunden und 2 wissenschaftliche Mitarbeiter_innen. Die ersten 10 Projekte starteten im Sommersemester 1985 an neun Fachbereichen. Die Projektwerkstätten werden seither in jedem Semester in einem Alternativen Vorlesungsverzeichnis angeboten und stehen allen Interessierten offen.

Projektstudien an der FU

In Folge des Streiks im Frühjahr 1986 und angeregt durch die Experimente mit Innovationstutorien und Projektwerkstätten an der TU entstand an der FU auf studentische Initiative hin eine Kultur autonomer Seminare, d.h. selbstbestimmter studentischer Studienveranstaltungen. Diese unterscheiden sich von Tutorien durch

ihren meist politischen Anspruch, ihre Neigung, aus der Innerlichkeit der Universität auszubrechen und an die Öffentlichkeit hochschulintern wie -extern zu treten. Sie sind in keinen institutioneilen Rahmen eingebunden, nicht finanziert und entsprechend unabhängig. Diese autonome Seminarkultur bildete die Grundsubstanz der Gegenuniversität, die sich im Rahmen der UNIMUT- Bewegung im Wintersemester 1988/1989 für einige Monate an der FU etablierte und aus der das Projektstudienprogramm der FU hervorging. Die Studierenden an der in »Befreite Uni« umbenannten FU forderten für ihre rund 400 autonomen Seminare eine finanzielle und institutioneile Absicherung. Nachdem der Berliner Senat finanzielle Mittel für die Errichtung eines Projektstudienprogramms zur Verfügung gestellt hatte, stimmte auch der Akademische Senat der FU im Mai 1989 der Einrichtung des Programms zu. Eine »Zentrale Projektstudienkommission« wurde ins Leben gerufen, deren Aufgabe die Begutachtung und Auswahl der Anträge auf Förderung von Projektstudien war. Das Programm startete im Wintersemester 1989/1990 mit 68 Projektstudien und 118 Tutorienstellen. In den Projektstudien (PT) arbeiteten die Studierenden ohne Dozierende selbstverantwortlich an selbstgestellten Themen, die im regulären Lehrbetrieb keine oder nur wenig Berücksichtigung finden. In den PT sollen neue Lehr- und Lernformen erprobt, sowie hierarchische Unterrichtsformen und eine studentische Konsumhaltung problematisiert werden. Diese neue Form der PT belebte die alte Tradition der freien Form der Tutorien: Gruppenbezogen und nicht dozentenfixiert, projektgebunden und nicht fachfixiert sollten sie sein, wissenschaftlich innovativ, interdisziplinär sowie praxisrelevant.

Über viele Jahre lief das Projektstudienprogramm an der FU mit großem Erfolg. Aus einer Vielzahl von Projektstudien gingen Veröffentlichungen, Vorträge, Ausstellungen und Aufführungen sowie Abschlussarbeiten hervor. Aus einigen Projektstudien entstanden dauerhafte Initiativen, Organisationen, Projekte und eingetragene Vereine. Lediglich der erwartete reformerische Einfluss auf den etablierten Lehrbetrieb blieb hinter den anfänglichen Erwartungen zurück. Dagegen war die Wirkung des PT-Modells der FU nach außen beachtlich. So stand es Pate bei der Einrichtung eines Projektstudienprogramms an der Humboldt-Universität und die interessierten Anfragen zahlreicher anderer Universitäten rissen nicht ab.

Seit seinem Bestehen war das PT-Programm an der FU allerdings von Kürzungen betroffen. Zuletzt wurde es weitgehend aus einem hochschulexternen »Hochschulsonderprogramm III« finanziert, das 2000 auslief. Im Februar 2000 war das Projektstudienprogramm, das einst mit 118 Stellen startete, abermals um 5 Stellen auf 40 Stellen zusammengestrichen worden. Letztlich gingen die Projektstudien, die als das erfolgreichste Reformprojekt der FU der letzten 15 Jahre betrachtet werden können, bei den Umstrukturierungen der FU unter. Auf der Sitzung des Akademischen

Senats (AS) der Freien Universität am 8. Mai 2002 verständigte sich die professorale Sitzmehrheit fraktionsübergreifend darauf, das Projektstudienprogramm einzustellen. Die Projektstudienkommission stellte darauf ihre Tätigkeit ein und erklärte das PT Programm an der FU für beendet. Ein Projektstudienprogramm besteht jetzt nur noch an der Humboldt-Universität.

Freie Tutorien für freie Universitäten?

Heute sind Tutorien nur schwer wegzudenken und Bildungspolitiker loben sie in Sonntagsreden. Dennoch sind die Tutorien - wie sonst nur Sachmitteleinsatz - von den Sparmaßnahmen an den Universitäten bedroht. Seit 1992 verschwanden an FU und TU jeweils weit mehr als 1000 Stellen studentischer Beschäftigter, und der Abbau geht ungebremst weiter. Tutorien haben keine starke Lobby, und durch ihre kurze Laufdauer gehören sie zur leicht einsparbaren Substanz an der Universität. Es entsteht so das Paradox, dass die Tutorien, auch aufgrund ihrer Tradition, hoch angesehen sind, doch in den Haushaltsplänen scheinen sie keine Zukunft zu haben. Es sei denn, die findigen Einsparmeister setzen sich mit ihrer Linie durch, wonach Tutorien eigentlich nicht bezahlt werden sollten.

Schon heute bestehen an vielen Instituten Tutorien, die früher bezahlt wurden und jetzt unbezahlt von Studierenden geleistet werden. Idealismus lässt sich gut ausbeuten, vor allem an der FU, an der schöne Worte über die Gemeinschaft von Lehrenden und Lernenden wieder hoch im Kurs stehen. Nur Kosten dürfen die Studierenden nichts. Am besten wäre es, wenn sie auch noch bezahlen. Doch die Geschichte der Tutorien war immer eine Auseinandersetzung um die Tutorien, ihre Form und ihren Status. Denn was ein Tutorium ist, ob es bezahlt wird, wie »frei«, wie »autonom« und wie »innovativ« es sein darf, das ist immer eine Frage der Machtverhältnisse gewesen.

So lebt - nicht zuletzt aufgrund der Kürzungen bei den Tutorien - erneut die Kultur der selbstorganisierten studentischen Veranstaltungen und autonomen Seminare auf. Vielfach gelingt es den Studierenden, ein komplettes Alternativprogramm zum etablierten Lehrbetrieb selbst zu organisieren, wie in der Vergangenheit mit der Alternativuniversität in Potsdam und der »Offenen Uni« in Berlin geschehen. Zentrale Institution für alternative Veranstaltungen in Berlin und Potsdam ist das alternative Vorlesungsverzeichnis für Berlin und Potsdam (AVVb). Die Vielzahl dieser Projekte zeigt, dass die Diskussion um Hochschul- und Studienreform unvermindert fortbesteht und dass weiterhin die Studierenden das innovative Potential der Universität sind, die in praktischer Kritik am etablierten Lehrbetrieb selbstständig Alternativen entwickeln.

Literatur:

- AStA TU 1986: Jobs for a Change oder: Arbeitsplätze für sozialen Wandel. Berlin.
- Berendt, Brigitte 1969: 18 Jahre Tutorenarbeit an der Freien Universität Berlin. Organisation, Erfahrungen, Experimente - Modelle zur Auflockerung großer Lehrveranstaltungen. Hamburg. (= Blickpunkt Hochschuldidaktik Heft 3).
- Büchner, Gerold et al. 1986: Der Berliner Tutorenstreik 1986. Hamburg.
- Bundesassistentenkonferenz 1968: Kreuznacher Hochschulkonzept. Reformziele der Bundesassistentenkonferenz. Bonn.
- Comes, Angela et al. 1991: Handbuch für studentische Beschäftigte, wissenschaftliche »Hilfskräfte«, Doktorandinnen und Doktoranden. Frankfurt/M.
- Eckstein, Brigitte; Bornemann, Ernst 1969: Arbeit mit kleinen Studentengruppen. Ein Beitrag zur Reform des Hochschulunterrichtes. Hamburg. (= Blickpunkt Hochschuldidaktik Heft 4).
- Heinrich, Klaus 1967: Erinnerungen an das Problem einer freien Universität. In: Heinrich, Klaus 1998: Der Gesellschaft ein Bewußtsein ihrer selbst zu geben. Reden und kleine Schriften 2. Frankfurt/M. S. 9-29.
- Huber, Ludwig 1972: Ziele und Aufgaben von Tutorien. Hamburg.
- Initiative Projektstudien an der FU 1989: Projektstudien an der FU. Papier der Initiative Projektstudien zur Konzeption einer neuen Form von Tutorien. Berlin.
- Jungk, Robert; Müllert, Norbert R. 1981: Zukunftswerkstätten. Wege zur Wiederbelebung der Demokratie. Hamburg.
- Legner, Peter et al. 1997: Beteiligung durch Projektarbeit. Ein Konzept mit Zukunft. Köln.
- Liebfried, Stephan (Hg.) 1967: Wider die Untertanenfabrik. Handbuch zur Demokratisierung der Hochschule. Köln.
- Lönnendonker Siegwand 1988: Freie Universität Berlin. Gründung einer politischen Universität- Berlin.
- Matzak, Sabine 1989: Eine Spielwiese oder der Anfang einer Studienreform. Zur Einführung von Projektstudien an der Freien Universität Berlin. Berlin.
- Müller-Enbergs, Helmut; Zettler, Gerhard (Hg.) 1989: Leben von Luft und Wissenschaft. Dokumentation zur ersten bundesweiten Tagung der studentischen und wissenschaftlichen Beschäftigten und Doktoranden 1987. Berlin.
- Nyc, Johannes 1976: Tutorenbericht. Grundzüge und Entwicklung des Tutorenprogramms an der Freien Universität Berlin in den Jahren 1951 bis 1976. Studienreform, Durchführung und Auswertung des Tutorenprogramms in der Meteorologie in den Jahren 1971 bis 1976. Berlin.
- ÖTV-Berlin 1981: Auftrag des ÖTV-Bezirksvorstandes erfüllt: Tarifvertrag für die studentischen Hilfskräfte an den Berliner Hochschulen abgeschlossen. Berlin.
- ÖTV-Berlin 1986: Tarifvertrag für studentische Beschäftigte an Berliner Hochschulen vom Februar 1986. Berlin.
- Präsident der FU (Hg.) 1971: Das »Berliner Tutorenmodell« als Beitrag zur Hochschul- und Studienreform. Vorbild für Reformexperimente an anderen wissenschaftlichen Hochschulen in der BRD. In: Jahresbericht 1971.
- Projektwerkstätten; AStA TU; Institut für Medienpädagogik und Hochschuldidaktik TU (Hg.) 1989: Projektwerkstätten, ein Bericht über die Arbeit der Innovationstutorien an der TU - sommer '85 bis winter '88. Berlin.
- Verband Deutscher Studentenschaften (vds) 1962: Studenten und die neue Universität. Bonn.
- Verband Deutscher Studentenschaften (vds) (Hg.) 1969: Institutsreform. Modelle studentischer Mitbestimmung. Köln.
- Verband Deutscher Studentenschaften (vds) (Hg.) 1969: Emanzipation oder Disziplinierung. Zur Studienreform 1967/68. Köln.
- Wissenschaftsrat 1969: Empfehlungen des Wissenschaftsrates zur Neuordnung des Studiums. Bonn.

GERMANY'S NEXT TOPUNI

von jimmy boyle/junge linke

Mit der neuen Elite die Welt erobern

Es ist kein Geheimnis, dass der bundesdeutsche Staat seinen Hochschulen eine prinzipielle Reform verordnet hat. Es ist auch kein Geheimnis, dass eine solche Reform Ausdruck einer ganz schön grundsätzlichen Unzufriedenheit ist. Die Politik ist von den Ergebnissen ihres Bildungssystems nicht begeistert und propagiert daher als Gegenmaßnahme etwas, das noch vor wenigen Jahren einen Sturm der Entrüstung unter Studierenden, deren Vertretungen und der politischen Opposition ausgelöst hätte: Elite. Es fehlt offensichtlich an richtig guten Leuten, die an richtig guten Universitäten ihr Können unter Beweis stellen dürfen. Die Situation an bundesdeutschen Hochschulen spiegelte bislang nach Meinung der Politik den Zustand in der BRD nur allzu getreu wider. Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger_innen hingen in der Hängematte rum, Professor_innen und Student_innen machten es ihnen an dafür viel zu teuren Institutionen nach. Eine Lektion, die jeder Mensch, der in dieser Wirtschaft lebt, zur Genüge kennt, soll jetzt auch den Hochschulen Beine machen. Gegen zu wenig Eigenleistung hilft der Anreiz zu mehr Leistung, den die Politik - ganz wie im echten Geschäftsleben - durch Konkurrenz um die Geldtöpfe installieren möchte. Universitäten und mit ihnen ihre Angestellten und Student_innen sollen gegeneinander konkurrieren. Mit der Gleichung mehr Konkurrenz = mehr Leistung will die Politik das deutsche Hochschulwesen dahin katapultieren, wo es eigentlich eh schon immer hingehörte: an die internationale Spitze. Die Hoffnung auf Harvard in Deutschland und viele zukünftige Nobelpreisträger_innen deutscher Provenienz verdankt sich keineswegs dem Wunsch, die Menschheit mit hilfreichen Wissen zu versorgen, sondern handfesten wirtschaftlichen Interessen. Die Reformen der vergangenen Jahre - von der Steuer bis Hartz IV - waren alle motiviert dadurch, dass man glaubte, Deutschland einen besseren Platz in der internationalen Konkurrenz der Wirtschaftsmächte sichern zu müssen. Die Hochschulreform macht da keine Ausnahme. Auch sie soll dem deutschen Wirtschaftswachstum dienen. Wie das funktionieren soll und welche Folgen Maßnahmen wie die Einführung von Exzellenzinitiativen haben, kommt jetzt.

1. Akt: Drittmittel

Lange Zeit galt das Prinzip, dass die Wissensproduktion möglichst unbehelligt von Geldsorgen stattfinden habe, da nur so gewährleistet sei, dass sich Wissenschaftler_innen auf ihre Forschungen konzentrieren könnten. Dieses Prinzip, der Staat stellt seinen Hochschulen Geldmittel zur Verfügung, die sie dann relativ frei nach Fakultäten und Instituten aufgeteilt ausgeben können, wurde zunächst mit der Einführung von Drittmitteln aufgeweicht. Zusätzliche Mittel aus der freien Wirtschaft sollten die relativ teure Wissensproduktion in Forschungsbereichen garantieren, deren Finanzierung über Haushaltsgelder sonst nicht zustande gekommen wäre. Wer sich dann Gelder für ihre/seine Forschung außerhalb der obligatorischen Haushaltstöpfe organisieren konnte, galt ziemlich schnell als erfolgreichere_r Wissenschaftler_in. Immerhin konnte sie/er ihrem/seinem außeruniversitären Geldgeber klarmachen, dass ihre/seine Forschungen mehr Praxisnähe aufwiesen oder wie auch immer irgendwie relevant seien. Schon die Einführung von Drittmitteln hat die Hochschulen bereits ordentlich umgekrempelt. Hochschulstandorte mit millionenschweren Sonderforschungsbereichen, die von der Deutschen Forschungsgesellschaft finanziert werden oder mit Graduiertenkollegs, die so klangvolle Namen tragen wie »Kulturhermeneutik im Zeichen von Differenz und Transdifferenz« zogen den Neid anderer Hochschulen auf sich. Für das Renommee von Wissenschaftler_innen wurde es plötzlich wichtig, an solchen Projekten mitzuarbeiten oder noch besser, sie überhaupt einzuwerben. Die Teilnahme an derartigen Projekten wurde zur Notwendigkeit bei Berufungen auf andere begehrte Stellen. Der Politik jedoch reichten die Bemühungen ihrer vereinzelt Wissenschaftler_innen nicht aus, sondern sie wollte ganz nach amerikanischem Vorbild »Leuchttürme der Bildung« einführen; Zentren, die es mit Princeton oder Oxbridge aufnehmen können. Dafür steht die Idee der Eliteuni. Das soll so gehen:

Exzellente Kröten

Der Staat stellt zusätzliche Mittel in Form eines Geldtopfes zur Verfügung. Doch anstatt diese Gelder breit zu streuen, lässt er die Universitäten, die auch vorher schon um Fördermittel und Studierende stritten, um diese neuen Gelder konkurrieren. Drei neue Förderlinien (Graduiertenschule, Exzellenzcluster, Zukunftskonzepte) sollen den Kampf um die Eliteplätze unter den Universitäten Deutschlands einleiten. Die Graduiertenschulen dienen der Ausbildung von Doktorand_innen, Exzellenzcluster stellen die wissenschaftliche Forschung von 25 gemeinsam arbeitenden Wissenschaftler_innen zu einem Themenkomplex gesellschaftlicher oder wirtschaftlicher

Relevanz dar. Bei den Zukunftskonzepten dagegen handelt es sich um die langfristige Planung der Forschung einer Universität. Voraussetzung dafür ist jedoch, dass eine Universität mindestens einmal in beiden erstgenannten Kategorien erfolgreich war. Zusätzlich zu diesen neuen Förderlinien werden noch einige Sonderregeln wie beispielsweise die leistungsbezogene Professor_innenbezahlung eingeführt. Die Hochschulen nehmen diese Angebote ernst und eröffnen bereitwillig den Kampf um den Status der Eliteuniversität. Die neue staatliche Hochschuleoffensive glaubt schwer an die Gleichung mehr Konkurrenz = mehr Leistung. Indem sie den Wettbewerb unter den Hochschulen an dasjenige knüpft, wovon die Forschung immer zu wenig hat, nämlich an Geld, hofft sie, die gewünschten Ergebnisse herbei zu regieren. Der Leistungsdruck, der dabei entsteht, aber ja auch von allen Beteiligten gewollt ist, bleibt jedoch nicht auf die Forschung beschränkt. Auch Studierende müssen sich zukünftig fragen lassen, was sie für ihre Hochschulen zu leisten bereit sind: materiell und im Sinne der Aufwendung von Lebenszeit.

Vorbei mit dem schönen Leben

Neben und mit der Förderung von Eliteuniversitäten und der Einführung von Studiengebühren forciert der Staat mit dem auf europäischer Ebene beschlossenen Bologna-Prozess einige zusätzliche Härten für Studierende. Zunächst müssen die dem Anspruch nach international anerkannten neuen Abschlüsse Bachelor und Master her. Deutschland will genauso schnell und kostengünstig wie der Rest der Welt den Arbeitsmarkt mit Bachelorabsolvent_innen bedienen. Nicht mehr neun oder zehn Semester sollen Student_innen »bummeln«, sondern nach sechs Semestern ihren akademischen Grad erhalten und damit genauso schnell wie Briten und Amerikaner ihren zukünftigen Arbeitgebern dienstbar sein. Die Universitäten wiederum, nicht nur weil sie von Staats wegen verpflichtet werden, sondern auch weil sie die Zielvorgaben durchaus teilen, machen sich bereitwillig an die Umsetzung eines kurzen Studiums und straffen die Lehre. Den Bachelorstudent_innen wird in kürzerer Zeit nur bestimmtes Wissen, das als ausreichend definiert wird, vermittelt. Die Fähigkeit zukünftig eigenständig weiter zu denken oder zu forschen, bleibt dabei ein wenig auf der Strecke. Das wird bewusst in Kauf genommen. Alles andere wäre Verschwendung von Ressourcen. Nur ein Teil der Absolvent_innen sollen dann überhaupt noch den Zugang zur nächsten Stufe der Hochschulausbildung, dem in der Regel vier Semester dauernden Master, und somit zur Berufstätigkeit als Wissenschaftler_in oder Führungskraft in der Wirtschaft gewährt werden. Durch die Schaffung von Eliteuniversitäten und der Einführung internationaler Vergleichbarkeit der akademischen Abschlüsse bezweckt der Staat mehrere Ziele. Mit der Vergleichbarkeit der Abschlüsse will er gemeinsam mit den anderen EU-Staaten einen gemeinsamen europäischen

Bildungsmarkt schaffen, der seinen nationalen Kapitalien als größere Zugriffsmöglichkeit auf Wissen und Personal dienen soll. Weiterhin versucht er damit führende Wissenschaftler_innen aus aller Welt anzulocken, um nicht zuletzt - gerade in Verbindung mit der Ermöglichung der Erhebung von Studiengebühren - zahlungskräftige und -willige Student_innen den Vorteil des Studiums an einem Harvard in Sachsen schmackhaft zu machen. Die verstärkte Selektion durch Leistungsdruck, Verkürzung der Studienzeit und achtstündiger Arbeitstage an der und für die Uni (workload) soll die Elite unter den besten Student_innen herausfiltern. Dass dann diejenigen Student_innen, die zur Elite gehören wollen, auch an eine Eliteuniversität wollen, wird zur logischen Konsequenz. Für die bessere Ausbildung und höhere Chancen auf dem Arbeitsmarkt wird mensch dann aber natürlich auch verstärkt zur Kasse gebeten, was durch die Einführung von Studiengebühren möglich gemacht wird. Angestrebt ist also ein Hochschulsystem, bei dem mensch den Platz der jeweiligen Hochschule im Ranking, an den Preisen für das Studium ablesen kann. Dieses Verfahren kann mensch durchaus elitär finden. Mensch sollte aber nicht vergessen, dass auch jetzt schon diejenigen, die es überhaupt an die Hochschulen geschafft haben, einen Selektionsprozess durchlaufen haben, der es in sich hatte. Selektiert wurde da mindestens seit der ersten Klasse. Die Klage über zu wenige Arbeiter_innenkinder bleibt uns also auch im neuen Elitewesen erhalten. Mit manchen Student_innen ist eben kein Staat zu machen, mit anderen hingegen - so die Hoffnung eine durchaus noch potentere Wirtschaftsnation.

Wo Bildung draufsteht, ist Deutschland drin

Bei Bildungspolitik geht es nicht um Wissen, sondern um für die Nation verwertbares Wissen in bestimmter Zeit. Wissen ist kein Selbstzweck, sondern dient dem handfesten Interesse des Geldverdienens. Der Staat braucht eine Wissenschaft als Grundlage wirtschaftlicher und natürlich auch militärischer Macht in der internationalen Konkurrenz um den Reichtum der Welt. Dass Deutschland so schlecht in der internationalen Konkurrenz nicht dasteht, ist nichts, womit sich Politiker_innen zufrieden geben, deren Arbeit ja genau darin besteht, Deutschland den bestmöglichen Platz in der Konkurrenz herbeizuregieren. Da soll Deutschland nämlich nicht nur eine der führenden Exportnationen und Nummer eins in der EU sein, sondern die Position dauerhaft behalten und ausbauen. Spitzenforschung, die Deutschland in angeblich zukunftssträchtigen Bereichen wie der Gentechnologie nach vorne bringt, ist dann ebenso fester Bestandteil der Politik fürs Volk wie das beständige Lohnsenken. Die auf ihre Neutralität pochende Wissenschaft spielt in diesem Prozess auch so ihre Rollen. Die Eliteuniversität soll im besonderen Maße dem Zweck nachkommen, exklusives Wissen zu produzieren, also Wissen, das sich vom durchschnittlichen

Universitätsbetrieb abhebt. Wissen steht natürlich in Widerspruch zur Exklusivität. Wird ein neues Produkt exportiert, können Wissenschaftler_innen anderer Nationen ziemlich schnell herausfinden, was für ein Wissen hinter dem Produkt steht. Damit aus neuem Wissen ein Kassenschlager für die Nation wird, muss das internationale Patent dazwischen geschoben werden. Das exklusive Recht auf ein Produkt hat natürlich seinen Grund nicht im Wissen, sondern in der staatlichen Macht gegenüber anderen Nationen. Aber die Bedingungen für diese internationalen Konkurrenzmanöver sollen die Eliteunis liefern, und deshalb sind sie ein einziger Widerspruch zum Ideal, mehr Wissen mache allen Menschen in der Welt das Leben einfacher. Da kann die Wissenschaft sich noch so viel Neutralität einbilden. Unterhalb des Patents sind Innovationen in den Werkstoffwissenschaften und im Maschinenbau erwünscht. Der technische Fortschritt senkt die Produktionskosten, indem mehr, günstiger oder mit weniger Arbeiter_innen hergestellt werden kann. Wissen ist immer dann besonders

nützlich, wenn es wirklich nützt - und zwar Deutschland und seinem Wachstum. Zeitlich begrenzte Konkurrenzvorteile in bestimmten Produktionssphären durch einen technischen Fortschritt, den andere Nationen noch nicht haben, sind bezweckt, wenn der Staat sich Bildung leistet. Sollten sich diese Konkurrenzvorteile jedoch nicht einstellen und müssen Staaten um ihr Wachstum bangen, dann werden der Reihe nach alle gesellschaftlichen Bereiche durchgenommen - jede_r kriegt da ihr/sein Fett ab. Und wenn Elfenbeintürme zu Leuchttürmen werden sollen, könnte vielleicht noch den letzten Zweifelnden klar werden, dass die viel beschworene Autonomie der Wissenschaft eben jenen praktischen Nutzen zeitigen sollte: Geldverdienen für Deutschland. Und das, so glaubt mensch heute, geht am besten mit einer Elite, die sich endlich auch so fühlt, nachdem sie sich an den Universitäten durchgeboxt hat und die erworbenen Schlüsselqualifikation vom allzeit ausgefahrenen Ellbogen jederzeit anzuwenden bereit ist.



WARUM ÜBERHAUPT KRITIK AN WISSENSCHAFT?

Bernd Dreher

Warum Wissenschaft kritisieren? Nicht selten wird „Wissenschaft“ begriffen als etwas durch und durch positives, an dem es schlichtweg gar nichts auszusetzen gibt. Also Wissenschaft als etwas Gutes an sich, als Dienerin der Menschheit etc. Folglich wird auch die spezifische Art und Weise, wie der Wissenschaftsbetrieb organisiert ist, als die einzig mögliche begriffen. Es wird allgemein angenommen, es gäbe eine der Wissenschaft eigene quasi naturgegebene Art, wie diese nun mal zu betreiben sei. Zweierlei soll hier nun gezeigt werden. Erstens, dass oben genannte Auffassungen schlicht falsch sind und dass es sich bei dieser Wissenschaft und der Art und Weise, wie sie organisiert ist, um etwas Spezifisches für unsere Gesellschaft handelt. Und zweitens, dass es an dieser Wissenschaft nicht nur jede Menge auszusetzen gibt, sondern dass diese insgesamt in Frage gestellt werden muss.

Um sich einer solchen „fundamentalen“ Wissenschaftskritik anzunähern, soll ein kleiner Bogen geschlagen werden. Nicht verschwiegen werden soll nämlich, dass es der Wissenschaft und ihrer Durchführung gegenüber auch durchaus kritische Stimmen gibt. Nicht selten sind es Studierende die Universität und Wissenschaft kritisch beäugen. (Selbstverständlich auch an der FU, wird dieser Hochschule doch nicht ganz zu unrecht eine gewisse „kritische Tradition“ bescheinigt). Bei diesem Protest handelt es sich aber meistens (leider) nicht um eine grundsätzliche Wissenschaftskritik, sondern es wird in der Regel nur an einigen Teilaspekten des Wissenschaftsbetriebs Anstoß genommen. Im Folgenden sollen vier Beispiele einer solchen Kritik an Wissenschaft und Universität, wie sie in der Vergangenheit typischerweise von Studierenden formuliert wurde, kurz vorgestellt werden, um dadurch dem Begriff der Wissenschaftskritik näher zu kommen. Dabei sollen jeweils zwei Fragen beantwortet werden: Was kritisieren die Studierenden? Und was kritisieren sie folglich (leider) nicht, was durchaus zu kritisieren wäre? Ziel des Ganzen soll sein, klarer zu umreißen, wie eine „wirkliche“ Wissenschaftskritik aussehen könnte.

Drittmittel

Sicher ist die Kritik an den „Drittmitteln“, also den Geldern, die die Universitäten von Wirtschaft bekommen, nicht der Hauptpunkt des allgemeinen studentischen Protestes. An diesem Beispiel lässt sich aber etwas Grundlegendes über den Charakter dieses studentischen Protestes zeigen. Was kritisieren Studierende an der Mittelver-

gabe durch die private Hand an die staatlichen Hochschulen? Die Finanzierung der Universitäten durch Privatunternehmen, so die Sorge, würden diese in die Abhängigkeit von Kapitalinteressen führen. Dies müsse verhindert werden, da die Freiheit der Wissenschaft in Gefahr sei. Die Position, von der hier ausgegangen wird, lautet: Wissenschaft wird nicht betrieben um nützlich für Kapitalinteressen zu sein. Die Freiheit der Wissenschaft ist ein Wert an sich.

Doch diese Kritik übersieht den springenden Punkt: Die Universitäten und die Freiheit der Wissenschaft sind prinzipiell genau für diese Kapitalinteressen da. An den Hochschulen wird Wissenschaft grundsätzlich im Interesse von Staat und Kapital betrieben. Was sich nach einer linken Weltverschwörungstheorie anhören mag, wird selbst von den Verantwortlichen in Politik, Wirtschaft und Wissenschaft längst nicht mehr geleugnet. Die Drittmittel-Uni von heute stellt keine absolute Neuerung dar, sondern ist lediglich eine Modifikation des althergebrachten Wissenschaftsbetriebs. Tatsächlich war es früher üblich, die Wissenschaftler_innen an den Universitäten nach eigenem Gutdünken, sprich frei, forschen zu lassen. Dabei kamen dann mal mehr, mal weniger brauchbare Resultate für die Interessen von Staat und Kapital heraus. Die Ergebnisse, die sich dann als zweckmäßig für die jeweiligen Interessen erwiesen, konnten genutzt werden, die weniger nützlichen fielen unter den Tisch. Auf diese Weise hat die freie Wissenschaft stets ihren Zweck erfüllt. Heute wird nun durch Drittmittelvergabe und andere Methoden versucht direkt in den Forschungsprozess einzugreifen. Damit soll die Möglichkeit „unnützer“ Ergebnisse minimiert werden. Erst diese Neuerung finden viele Studierende kritikwürdig. Eine grundsätzliche Kritik an der Art und Weise wie Wissenschaft betrieben wird formulieren sie jedoch nicht.

Zulassungsbeschränkung

Was kritisieren die Studierenden an den (hohen) Zulassungsbeschränkungen an den Hochschulen? Ohne Zweifel ist der hohe Numerus Clausus (NC) für die meisten Studierenden ein Ärgernis. Verbaut doch allzu oft ein zu schlechter Notendurchschnitt im Abiturzeugnis den Zugang zum Traumstudium und so manche_r Studierwillige findet überhaupt keinen Platz an einer Hochschule. Häufig wird deshalb beklagt, dass zu hohe NCs die Chancen, Wissen und Bildung zu erfahren, erheblich einschneiden würden. Die Position der Studierenden ist hier folgende: Die Universität ist dafür da, möglichst vielen Menschen den Wunsch nach Wissen und Bildung zu erfüllen.

Doch auch hier greift die studentische Kritik zu kurz. Denn der Wissenschaftszirkus an den Hochschulen wird nicht veranstaltet um die Lebenssträume einzelner Menschen zu erfüllen. (Wobei sich wahrscheinlich sowieso in den meisten Fällen diese Träume darin erschöpfen, mit dem Uni-Abschluss in der Tasche später einmal viel Geld zu verdienen.) Tatsächlich ist der NC nur ein Selektionsinstrument aus ei-

ner ganzen Reihe. Wer zu hohe NCs kritisiert, müsste logischerweise den NC an sich ablehnen und in letzter Konsequenz auch das Abitur als Bedingung für die Aufnahme an eine Universität in Frage stellen. Doch sich über solche Dinge zu beschweren und als Argument ein (angebliches) Recht auf Bildung anzuführen, geht ganz grundsätzlich an der Sache vorbei. Denn bei der Wissenschaft, wie sie hierzulande betrieben wird, geht es gar nicht darum, allen Menschen Zugang zu möglichst viel Wissen und Bildung zu ermöglichen. Im Gegenteil, Auswahlmechanismen wie Abitur, NC und neuerdings Auswahlgespräche werden vorgeschaltet, um zu gewährleisten, dass nur „die Geeignetsten“ sich immatrikulieren können. Wie viele Menschen überhaupt Bildung und Wissen an einer Hochschule vermittelt bekommen sollen, entscheidet der Staat nach bestimmten zweckmäßigen Kriterien. Von den Studierenden kritisiert werden nur die aktuellen Verschärfungen. An der allgemeinen Organisation der Wissenschaft wird jedoch keine Kritik geäußert.

Studiengebühren

Was kritisieren die Studierenden an der Einführung von Studiengebühren? Pläne, Studiengebühren, ganz besonders vom ersten Semester an, einzuführen, erhitzen seit Jahren viele studentische Gemüter. Durch Studiengebühren blieben viele von Wissen und Bildung ausgeschlossen, so die Kritik. Denn nicht alle Menschen könnten sich in diesem Falle ein Studium an einer Universität leisten. Die Position, von der hier ausgegangen wird, lautet: Universitäten sind Einrichtungen, die Wissen und Bildung für alle zu einem erschwinglichen Preis, am besten kostenlos, anbieten müssen.

Auch hier liegt ein Missverständnis vor. Denn Tatsache ist, dass es gar nicht gewollt ist, dass alle Menschen in den Genuss einer Universitätsausbildung kommen. Wissenschaft wird nämlich nicht betrieben, um das Bedürfnis nach Bildung und Wissen von möglichst vielen Menschen zu befriedigen. Im Gegenteil, der Wissenschaftsbetrieb ist grundsätzlich dahingehend ausgerichtet, dass nur so wenigen Menschen wie überhaupt nötig eine Teilhabe an universitärer Bildung ermöglicht wird. Hierbei wird einer ganz einfachen Kosten-Nutzen-Rechnung gefolgt: Wie viele Akademiker_innen braucht der Standort und wie viele Plätze an den Hochschulen müssen bereitgestellt werden. Die studentische Kritik richtet sich lediglich gegen die Einführung von Studiengebühren. Universität und Wissenschaftsbetrieb als Ganzes werden aber nicht angegriffen.

Neue Studiengänge (BA und MA)

Was kritisieren die Studierenden an der Einführung von Bachelor und Master? Auch die Einführung von neuen „internationalen“ Studienabschlüssen und den damit ver-

bundenen verschärften Studienordnungen löst die Kritik so mancher Studierender aus. Kritisiert wird vor allem, dass die Möglichkeiten eingeschränkt werden, zwischen einzelnen Lerninhalten zu wählen. Der Wissenschaftsbetrieb an der Uni werde durch die Einführung der neuen Studiengänge verschult, die einzelnen Studierenden einem immensen Leistungsdruck ausgesetzt und die Hochschule zu einer Elitezuchtanstalt umgebaut. Die Position, von der Studierende argumentieren, lautet: Universitäten sind nicht dazu da Eliten auszubilden. Die behandelten Inhalte sollten frei wählbar sein. Auf Leistung wird keinen Wert gelegt.

Auch hier greift die Kritik in die Leere. Denn die Tatsache, dass es an der Universität nie darum ging, eigene Inhalte zu setzen und dass Begriffe wie Leistung und Elite schon immer eng mit der Institution Hochschule verknüpft waren, wird von den Studierenden völlig ausgeblendet. Die Studierenden nehmen nur Anstoß an den neuen Studiengängen. Der Wissenschaftsbetrieb als solcher wird von ihnen nicht kritisiert.

Wie könnte Wissenschaftskritik aussehen

Die genannten Beispiele haben bezüglich der Wissenschaftskritik folgendes gezeigt: Eine „wirkliche“ Kritik darf nicht oberflächlich bleiben, sondern muss den Kern der Sache treffen. Von vorn herein darf die Kritik nicht von falschen Positionen aus formuliert werden, da sie sonst unweigerlich ins Leere läuft. Um Wissenschaft ernsthaft kritisieren zu können, muss mensch sich ihre tatsächliche gesellschaftliche Rolle deutlich machen. Der Wissenschaftsapparat erfüllt bestimmte wichtige Aufgaben für den jeweiligen Nationalstaat. Diese Aufgaben lassen sich einfach und plakativ zusammenfassen: Ausbildung der Elite für Staat und Kapital und Produktion von wertbarem Wissen. Neuerungen im Wissenschaftsbetrieb wie Drittmittelvergabe, höhere Zulassungsbeschränkungen, Studiengebühren und neue Studiengänge sind lediglich Mittel um diese ureigenen Aufgaben besser und schneller auszuführen. Was nicht zu den Aufgaben dieser Wissenschaft gehört, und woran sie sich folglich auch nicht messen zu lassen braucht, sind: Unabhängigkeit von Kapitalinteressen, freier und kostenloser Zugang für alle Menschen, die Möglichkeit, Inhalte selbst zu setzen etc. Falls mensch letztere Punkte als erstrebenswert ansieht, so kommt sie_er konsequenterweise nicht umhin, diese Wissenschaft insgesamt abzulehnen anstatt bei einer oberflächlichen Teilkritik zu verharren.

Hier mag eingeräumt werden, mensch könne nicht die Wissenschaft, wie sie in einer Gesellschaft vorzufinden ist, revolutionieren, ohne diese selbst gehörig auf den Kopf zu stellen. Dem soll nicht widersprochen werden.

GATS, BOLOGNA UND DIE DEUTSCHE HOCHSCHULLANDSCHAFT

von Ralf Hoffrogge [Hopo-Reihe Nr. 11]

Das General Agreement on Trade in Service (GATS)

Das GATS¹ ist ein multilateraler Vertrag über den grenzüberschreitenden Handel mit Dienstleistungen. Neben dem seit 1947 geltenden GATT (General Agreement on Tariffs and Trade) über den Warenhandel ist das GATS ein tragender Bestandteil des Vertragswerkes der World Trade Organisation (WTO). Die Gründung der WTO und das GATS sind Ergebnisse der sogenannten Uruguay-Welthandelsrunde, einer Reihe von internationalen Verhandlungen, die im Jahre 1986 begannen und mit der WTO-Gründung 1994 ihren Abschluss fanden. Die WTO ist als Überwachungsinstanz dieses Vertragswerkes berechtigt, Sanktionen zu verhängen. Oftmals tangieren diese Regelungen auch innerstaatliche Gesetze und schränken so den Gestaltungsspielraum nationaler Regierungen deutlich ein. So tangieren die Verpflichtungen im Rahmen des GATS die verschiedensten gesellschaftlichen Bereiche, von der Wasserversorgung über das Gesundheitswesen bis hin zum Kindergarten - denn bei all diesen Tätigkeiten handelt es sich um Dienstleistungen². Da jedoch Dienstleistungen oftmals durch innerstaatliche Regulierungen reglementiert sind, strebt das GATS nach einer Vereinheitlichung dieser Regelungen, damit diese keine »unnötigen Hemmnisse für den Handel mit Dienstleistungen darstellen«³. Auch der Bildungssektor ist ausdrücklich mit erfasst. Damit der Bildungsexport jedoch zum kommerziellen Erfolg wird, muss Bildung auch profitabel sein. Einige Nationen der EU, wie zum Beispiel England, haben diesen Schritt bereits vollzogen. Dort sind zahlungskräftige Studierende aus dem Ausland eine wichtige Einnahmequelle. Die seit Jahren anhaltende Studiengebührendebatte in Deutschland ist also keine einfache Spardebatte. Es geht vielmehr darum, den Bildungssektor grundsätzlich von einem politisch-staatlich regulierten Sektor in einen privaten Markt zu verwandeln. Auf europäischer Ebene sollen diese Bedingungen durch den Bologna-Prozess geschaffen werden.

Der Bologna-Prozess

Der Name »Bologna-Prozess« geht zurück auf die gemeinsame Konferenz der Europäischen Bildungsminister_innen in Bologna am 19. Juni 1999. Im Rahmen dieser Konferenz Unterzeichneten die Bildungsminister_innen von 29 europäischen Staaten die sogenannte »Bologna-Erklärung«, in der bis zum Jahre 2010 die Schaffung eines

einheitlichen europäischen Hochschulraums angestrebt wird⁴. Mittlerweile Unterzeichneten über 40 Länder die Bologna-Erklärung. Bereits 1998 hatten sich Frankreich, Italien, Großbritannien und Deutschland in der »Sorbonne-Erklärung« zu einer Annäherung der allgemeinen Rahmenbedingungen für Studiengänge und -abschlüsse innerhalb eines offenen europäischen Hochschulraumes verpflichtet. Konkret sollte ein gemeinsames System für Studienabschlüsse geschaffen sowie bürokratische Hürden beim Auslandsstudium beseitigt werden⁵. Die 29 Unterzeichnerstaaten trafen sechs verschiedene Zielvereinbarungen:

1. Die Schaffung eines Systems leicht verständlicher und vergleichbarer Abschlüsse
2. Die Schaffung eines zweistufigen Systems von Studienabschlüssen (undergraduate/graduate)
3. Die Einführung eines Leistungspunktesystems (nach dem ECTS-Modell)
4. Die Förderung der Mobilität durch Beseitigung von Mobilitätshemmnissen
5. Die Förderung der europäischen Zusammenarbeit durch Qualitätssicherung
6. Die Förderung der europäischen Dimension in der Hochschulausbildung⁶

Bisherige Umsetzung, Auswirkungen und Perspektiven

Das European Credit Point Transfer System (ECTS), welches die Vergleichbarkeit der Lehrveranstaltungen sichern soll, oder die Beseitigung von Mobilitätshindernissen beim Auslandsstudium erwiesen sich hier bisher als wenig problematisch. Das ECTS wurde meist im Rahmen zusätzlicher Etikettierungen gelöst, ohne die Lehrveranstaltungen an sich zu ändern. Auch die anderen Maßnahmen der Bologna-Erklärung wirkten sich kaum auf die internen Strukturen der Hochschulen aus, es handelte sich eher um Koordinationsfragen zwischen den europäischen Hochschulen. Die gestaffelten Abschlüsse nach dem angelsächsischen Bachelor/Master Modell verlangten allerdings die Umstellung bzw. Ergänzung jedes einzelnen deutschen Studienganges - die bisher umfassendste Studienreform in der Geschichte der Bundesrepublik. Denn es handelt sich bei den Bachelor-/Master-Studiengängen keineswegs nur um eine Ergänzung zum normalen Lehrangebot: aus Kapazitätsgründen haben viele Institute die klassischen Diplom- und Magister-Studiengänge abgeschafft, zusätzlich wurden bestehende »alte« Studiengänge (bis sie auslaufen) durch die von der Hochschulrektorenkonferenz (HRK) vorgesehene »Modularisierung« so umgestaltet, dass sie inhaltlich und formal mit den neuen Studienordnungen kompatibel sind. Nur so lassen sich die Lehrveranstaltungen für Studierende beider Studienabschlüsse offen halten⁷. Praktisch gesehen hätte ein einzelnes Bundesland sich wohl kaum dem politischen Druck von Bundesregierung und EU widersetzen können. Einzelne Universitäten und Institute haben noch weniger Chancen, etwa den Bachelor/Master Abschlüssen eigene Konzepte entgegenzustellen oder an bewährten Abschlüssen festzuhalten. Denn auf-



grund der politischen Steuerung durch Instrumente wie etwa die »leistungsbezogenen Mittelvergabe«⁸ sind die Hochschulen mittlerweile in eine sehr direkte Abhängigkeit von den jeweiligen Landesregierungen geraten. Die Landesregierungen unterstützen ähnlich den nationalen Regierungen auch mehr oder weniger einvernehmlich die Zielsetzungen der Bologna-Erklärung, ebenso die HRK. Dieses Einvernehmen besonders unter den europäischen Regierungen steht ohne Zweifel in Zusammenhang mit den amerikanischen und australischen Erfolgen in Sachen Bildungsexport. Beide Staaten verfügen über einen homogenen Hochschulraum mit gestuften Abschlüssen. Will die EU ebenfalls zum erfolgreichen Bildungsexporteur aufsteigen, kommt sie an einer Homogenisierung nach diesem Vorbild nicht vorbei. Dementsprechend zügig schritt der Bologna-Prozess voran. Auf die Bologna-Erklärung folgte das Prager Communiqué⁹, beschlossen auf einem Nachfolgegipfel im Mai 2001. Dieses Dokument enthielt nicht viel neues, der eingeschlagene Kurs in Richtung europäischer Hochschulraum wurde bekräftigt, wiederum mit ausdrücklichem Verweis auf die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Hochschulen¹⁰. Auch die Follow-Up-Konferenzen in Berlin (2003), Bergen (2005), London (2007) und in den Benelux-Staaten (2009) brachten dahingehend nichts Neues¹¹. Ein Großteil der deutschen Studierenden dürfte damals wohl kaum die Tragweite der getroffenen Weichenstellungen realisiert haben, denn erst Jahre nach dem ersten Treffen wurden flächendeckend Bachelor/Master Prüfungsordnungen an den Instituten eingeführt. Zum Wintersemester 2008/2009 waren bereits 75% aller Studiengänge in Deutschland auf Bachelor/Master umgestellt, an den Fachhochschulen waren es sogar schon 94%. Auf dieser Ebene jetzt noch grundsätzliche Kritik zu üben, ist nicht mehr möglich, bestenfalls Einzelheiten können noch korrigiert werden. Der lange Weg von der supranationalen Ebene bis hin zur regionalen Umsetzung verhinderte die Mitsprache der betroffenen Studierenden und auch der Lehrenden, ausgenommen den Funktionär_innen der HRK.

Zusammenwirken von GATS und Bologna-Prozess

Der gemeinsame Nenner von GATS und Bologna-Prozess ist der Bildungsmarkt. Das GATS schafft auf die oben skizzierte Weise die internationalen Voraussetzungen für einen globalen Handel mit Hochschulbildung. Da jedoch Dienstleistungen gleichzeitig konsumiert und produziert werden, also nicht einfach hin- und herverschifft werden können, erzeugt das GATS auch den Druck, die spezifischen Produktionsbedingungen und Formen von Dienstleistungen zu vereinheitlichen. Dies geschieht unter dem Aspekt des Abbaus nichttarifärer Handelshemmnisse, worunter viele nationale Gesetze und Verordnungen über die Erbringung von Dienstleistungen gehören - unter anderem auch Hochschulrahmengesetze und Studienordnungen. Bereits das ECTS-System quantifiziert das schwer fassbare Gut der Bildung, verwandelt es in eine Summe von Credit-Points und macht es somit handelbar. Die Modularisie-

rung und die gestaffelten Studiengänge tragen weiterhin dazu bei, dass Bildung in quantifizierten, vergleichbaren Einheiten konsumiert und gehandelt werden kann. So nimmt unter dem Banner des europäischen Humanismus die Hochschulbildung alle wesentlichen Kriterien einer Ware an.

Die Situation an der FU

»Bachelor- und Masterstudiengänge sind in der Regel gut durchgeplant.« Wenn beim Lesen dieser Aussage ein Fragezeichen in Deinem Kopf entsteht und Du überlegst, ob Dein Studiengang nur eine Ausnahme von der Regel darstellt, dann bist Du nicht der die Einzige. Die unüberlegte und überhastete »Bildungsreform« lässt – übrigens nicht nur an der FU – unzählige Studierende mit nicht tragbaren Studienbedingungen, Fehlinformationen und widersprüchlichen Regelungen allein: Die Bachelorbefragung 2008 der FU brachte zum Vorschein, was von Befürworterinnen der Reform gern ignoriert wird. So gaben nur 9% der Befragten, an lediglich den Bachelor als höchsten Abschluss anzustreben, das System sieht aber nur für einen geringen Teil der Bachelor-Absolventinnen einen Masterplatz vor. So erhöht sich der Konkurrenzdruck zwischen den Studierenden, viele werden trotz Abschluss frustriert die Uni verlassen. Außerdem gaben nur 5% an ein Semester im Ausland verbracht zu haben. Ein originäres Ziel der Bologna-Reform – die Mobilitätsförderung – läuft also absolut ins Leere, da Studierende aufgrund von Anwesenheitspflicht, Klausurdruck und extremer Fixierung auf sehr gute Noten um überhaupt einen Masterplatz zu ergattern, weder Zeit noch Muse haben, sich den Herausforderungen, die ein Auslandssemester bietet, zu stellen. Die Unvereinbarkeit von Studium und Erwerbstätigkeit, die etwa die Hälfte beklagen, führt weiter zu sozialer Selektion. Außerdem haben noch immer etliche Bewerberinnen Probleme ihre Wunschkombination zu studieren. War es beim Magister noch möglich mit unfertigen Kombinationen das Studium zu starten und sich später für ein Nebenfach einzuschreiben, muss man beim Beginn des Bachelorstudiums auch im Nebenfach angenommen worden sein. Vielen ist dabei die gewünschte Kombination verwehrt geblieben, allerdings ist auch ein Wechsel im Studienverlauf nun ungleich schwieriger als es noch früher war. Aber immer dran denken, es ist noch nicht alles verloren! Etliche Studienordnungen sahen bei Beginn der Reform noch viel schlimmer aus! Deshalb vergesst nicht: Wie einfach sich Studienordnungen gegen unsere Interessen verschärfen lassen, hängt schließlich auch von der Stärke unseres Widerstandes ab. Wenn wir uns gemeinsam gegen offensichtlich schlechte Organisation wehren, sei es durch Boykott oder Sabotage von Anmeldesystemen oder einfach nur dadurch, dass wir immer wieder den Finger in die Wunde legen und nerven: Wenn wir uns organisieren und unsere Interessen vertreten, können wir auch was verändern. Für bessere Studienbedingungen

zu kämpfen ist allemal besser, als sich einfach nur von den bestehenden Umständen frustrieren zu lassen und zu resignieren.

Endnoten:

- 1 Das GATS gliedert sich in 26 Artikel, der Vertragstext findet sich in englischer Originalversion auf der Homepage der WTO: http://www.wto.org/english/docs_e/legal_e/26-gats_01_e.htm (Zugriff: 06.06.12). Eine deutsche Version ist im Bundesgesetzblatt von 1994, Teil 2, ab Seite 1643 abgedruckt. Es gibt sie allerdings auch online unter: <http://archiv.jura.uni-saarland.de/BGBl/TEIL2/1994/19941643.2.HTML> (Zugriff: 06.06.12).
- 2 Das GATS nimmt bis auf das unten vorgestellte Klassifikationschema keine grundsätzliche Definition von »Dienstleistung« vor. Im allgemeinen gilt die gleichzeitige Herstellung und Konsum als Merkmal einer Dienstleistung (uno actu Prinzip), Beispiele sind etwa die Dienste eines Friseurs oder Lehrers. Bei »virtuellen Produkten« wie Software verschwimmt allerdings die Grenze zwischen der Dienstleistung des Programmierens und der Herstellung des Produktes Software, ähnlich ist es bei Informationsdienstleistungen: der Konsum kann, muss aber nicht gleichzeitig erfolgen (TV-Nachrichten).
- 3 GATS, Art. VI, Abs. 4.
- 4 Die Bologna-Erklärung ist einsehbar unter: http://www.bmbf.de/pubRD/bologna_deu.pdf.
- 5 Die Sorbonne-Erklärung in der Englischen Originalversion findet sich unter: http://www.bologna-berlin2003.de/pdf/Sorbonne_declaration.pdf (Zugriff: 06.06.12).
- 6 Bologna-Erklärung, S. 3-5.
- 7 Die konkreten Vor- und Nachteile des Bachelor/Master Systems sollen hier nicht weiter ausgeführt werden, nachdem die Tragweite der Reform kurz skizziert wurde. Eine detaillierte Analyse dieser Veränderungen würde den Rahmen der Arbeit sprengen. Es gibt jedoch neben den Publikationen der HRK vor allem aus studentischer Feder zahlreiche Artikel und Schriften zum Thema. Ein Beispiel: »Kürzer, elitärer, angepasster«, Artikel von Florian Kappeler in der Zeitschrift »Philtrat«, Oktober 2000.
- 8 Die Praxis der Leistungsbezogenen Mittelvergabe sieht vor, die Hochschulen nicht mehr Pauschal nach Bedarf, sondern gemäß ihren »Leistungen« zu finanzieren. Die Leistungskriterien sind jedoch Ausdruck politischer Steuerung. Sie beinhalten auch konkrete strukturelle Maßnahmen, wie etwa die Zahl der eingeführten Bachelor-Studiengänge. Die Leistungskriterien werden meist in Form von Hochschulverträgen oder Zielvereinbarungen ausgehandelt, im Land Berlin etwa sind es die Hochschulverträge gemäß II § 1 Abs. 1 und 3 des Haushaltsstrukturgesetzes.
- 9 »Towards the European Higher Education Area - Communiqué of the Meeting of European Ministers in Charge of Higher Education«, beschlossen in Prag am 19. Mai 2001. Online unter: http://www.bologna-berlin2003.de/pdf/Prague_communicuTheta.pdf.
- 10 Ebenda, S. 3.
- 11 Die Communiqués der Follow-Up-Konferenzen sind auf der Seite des Bundesbildungsministeriums im Artikel zum Bologna- Prozess zu finden: <http://www.bmbf.de/de/3336.php>.

ÜBER DEN UNSINN VON ANWESENHEITSKONTROLLEN

„NIEDER MIT DEN LISTEN“, SCHRIE JEMAND IN DER VORLESUNG MIT 400 STUDIERENDEN, „DAS IST DOCH ALLES EINE FARCE!“

aus der Out Of Dahlem

Nicht selten kommt es in Vorlesungen zu Diskussionen, weil Dozent_innen von Studierenden eine Bescheinigung ihrer regelmäßigen Teilnahme in Form ihrer Unterschrift auf Anwesenheitslisten verlangen. So geschehen auch in einer Veranstaltung für mehr als 400 Lehramtsstudierende. Eine Unterschriftenabfrage in 90 Minuten - ein nicht realisierbares Vorhaben und sinnlos noch dazu. Die Folge: endlose Diskussionen, Streits und Tumulte vor dem Rednerpult, da jede_r aus Angst vor einer Fehlzeit noch schnell ihr_sein Kürzel auf die Liste setzen wollte. Auch einige Sitzungen später war das Abprüfen der Anwesenheit noch Thema, bis die Dozentin ohne ihren festen Glauben im Recht aufzugeben, nachgab und keine Kontrollen mehr durchführte.

Dabei ist seit dem 16.12.2009 festgeschrieben, dass es keine Anwesenheitspflicht mehr in Seminaren und Vorlesungen gibt. Der Akademische Senat der Freien Universität Berlin fasste dazu folgenden Beschluss:

»Die Notwendigkeit von allen Formen der mittelbaren und unmittelbaren Anwesenheitskontrolle, insbesondere durch Anwesenheitslisten entfällt. Damit wird auf die Durchführung von Anwesenheitskontrollen, die dem Nachweise der regelmäßigen Teilnahme im Sinne der Studienordnung dienen, verzichtet.« (Auszug aus dem Beschlussprotokoll des Akademischen Senats vom 16.12.2009)

Durch diese Festlegung wird das Führen von schriftlichen Anwesenheitslisten ausgesetzt und zur Ausnahme gemacht. Es obliegt daher den Dozierenden, ob sie Anwesenheit kontrollieren oder nicht. Insbesondere die regelmäßige Teilnahme an Veranstaltungen ist den Studierenden nicht mehr vorgeschrieben, auch dies liegt in der Entscheidungsgewalt der Dozierenden und nicht in den der einzelnen Prüfungsordnungen. Das Problem liegt oft in der Unterscheidung zwischen Anwesenheitspflicht und deren Kontrolle! In jedem Seminar herrscht Anwesenheitspflicht, aber kontrolliert werden muss diese Pflicht nicht.

Diese Regelung gilt solange, bis die Satzung für Allgemeine Prüfungsangelegenheiten überarbeitet wird oder der Akademische Senat einen anderslautenden Beschluss fasst.

Wir wollen nicht als faule Studierende angesehen werden, die man ständig kontrollieren muss. Wir studieren aus Interesse und nicht aus Zwang! Eine freiwillige Anwesenheit der Studis stellt außerdem eine geeignete Evaluation der Seminare und Vorlesungen dar, GUTE Lehrveranstaltungen brauchen keine Anwesenheitskontrolle. Wir wollen lieber sinnvolle Lehre als sinnlose Listen! Viel zu oft wird übersehen, dass eine Atmosphäre frei von Zwang für Studierende und Dozierende erheblich produktiver ist, als ein volles Seminar, in ein Großteil der Studis nur sitzt, um ein Autogramm abzugeben.

Wir Studierenden sind keine kleinen Kinder mehr, die Universität ist keine weitere Schule. Aus diesem Grund wollen wir Freiheit in der Gestaltung des Studiums, indem wir bei einem „schlechten“ Seminar uns in der Bibliothek über das jeweilige Thema weiterbilden können oder Diskussionskreise mit Kommiliton_innen bilden. Anwesenheitskontrollen nehmen uns die Möglichkeit selbstbestimmt und interesselgeleitet zu studieren.

Was könnt ihr gegen die Durchführung von Anwesenheitskontrollen unternehmen?

- Thematisiert die Anwendung von Anwesenheitslisten in euren Seminaren, diskutiert Sinn und Unsinn der Listen und zeigt Alternativen auf.
- Fordert Meinungsbilder unter den Studierenden bezüglich der Durchführung von Anwesenheitskontrollen ein.
- Bei mündlicher Anwesenheitsüberprüfung zeigt euch solidarisch!
- Geht zu eurer Fachschaft(-initiative), sie sind die ersten Ansprechpartner_innen bei Problemen am Fachbereich.
- Wenn alle Stricke reißen: Listen können auch verloren gehen oder boykottiert werden. Sprecht euch ab und organisiert euch im Seminar.

Falls es trotz aller Bemühungen nicht möglich ist Anwesenheitskontrollen zu verhindern, dürfen in dieser nur der Name oder die Matrikelnummer (nie beides gleichzeitig) und eine Unterschrift abgefragt werden. Dozierende sind nicht berechtigt Angaben zu Semesteranzahl, Geburtsdatum, Anschrift oder ähnliches einzufordern.

Das Referat für Hochschulpolitik- und das Referat für Lehre und Studium (LUST) des AStAs FU hat zu diesem Thema einen Flyer erstellt, auf deren Grundlage ihr in Seminaren mit euren Dozierenden diskutieren könnt. Diese liegen im AStA aus.

GEGEN ZWANGSANWESENHEIT- FÜR EIN SELBSTBESTIMMTES STUDIUM.

HISTORY



» Fragen eines lesenden Arbeiters



Wer baute das siebentorige Theben
In den Büchern stehen die Namen von Königen.
Haben die Könige die Felsbrocken herbeigeschleppt?
Und das mehrmals zerstörte Babylon,
Wer baute es so viele Male auf? In welchen Häusern
Des goldstrahlenden Lima wohnten die Bauleute?
Wohin gingen an dem Abend, wo die chinesische Mauer fertig war,
Die Maurer? Das große Rom
Ist voll von Triumphbögen. Über wen
Triumphierten die Cäsaren? Hatte das vielbesungene Byzanz
Nur Paläste für seine Bewohner? Selbst in dem sagenhaften Atlantis
Brüllten doch in der Nacht, wo das Meer es verschlang,
Die Ersaufenden nach ihren Sklaven.
Der junge Alexander eroberte Indien.
Er allein?
Cäsar schlug die Gallier.
Hatte er nicht wenigstens einen Koch bei sich?
Philipp von Spanien weinte, als seine Flotte
Untergegangen war. Weinte sonst niemand?
Friedrich der Zweite siegte im Siebenjährigen Krieg. Wer
Siegte außer ihm?
Jede Seite ein Sieg.
Wer kochte den Siegeschmaus?
Alle zehn Jahre ein großer Mann.
Wer bezahlte die Spesen?

So viele Berichte,
So viele Fragen. «

von Bert Brecht

KLEINE GESCHICHTE DER FU BERLIN

AUSEINANDERSETZUNGEN UM UNIVERSITÄTS- REFORM AN EINER FREIEN UNIVERSITÄT

von Manfred Suchan (überarbeitet von Vielen 2012)

»WIR BEFINDEN UNS IN DER AUSEINANDERSETZUNG AN DER FREIEN UNIVERSITÄT AN EINEM PROZESSPUNKT, WO FÜR DIE NÄCHSTE ZEIT EINE [...] SITUATION ZU ERWARTEN IST, [...] IN DER DIE ALLGEMEINE TENDENZ DER PROFITORIENTIERTEN LEISTUNGSUNIVERSITÄT [...] DURCHZusetzen VERSUCHT WIRD[...]. WIR FÜHREN DIE AUSEINANDERSETZUNG [...] FÜR DIE AUFRECHTERHALTUNG DES BEISPIELCHARAKTERS DER AN DER FU GEFÜHRTEN AUSEINANDERSETZUNGEN«.

Rudi Dutschke, 1967

Die Gründung einer freien Universität gegen Zwang

Schon bald nach der Befreiung von der NS-Herrschaft wird in Berlin wieder mit dem Aufbau einer Universität begonnen: An der Friedrich-Willhelm-Universität Unter den Linden im Sowjetischen Sektor konstituierte sich schon im Dezember 1945 eine „studentische Arbeitsgemeinschaft“, die sich u.a. der Entwicklung eines demokratischen und konsequent antifaschistischen Lebens widmete und für die Bewältigung der verschiedenen Aufgaben Referate einrichtete. Am 29.1.1946 wird die Friedrich-Wilhelm-Universität als Berliner Universität offiziell wiedereröffnet, die im Januar 1949 in Humboldt-Universität (HU) umbenannt wird. Fast alle Fakultäten nahmen den Lehrbetrieb wieder auf, auch die stark NS-belasteten, wie die Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät. Die Berliner Universität war jedoch nicht autonom, sondern als eine Dienststelle der „Deutschen Verwaltung für Volksbildung der sowjetischen

Zone“ eine Apparatur im stalinistischen Erziehungssystem. Systemkonformität ist bei Professor_innen und Student_innen erste Pflicht.

Die weitgehend demokratische und offene Atmosphäre der Anfangszeit, in der z.B. Studierendenvertreter_innen direkt und geheim gewählt wurden, war bald vorbei. Den damaligen Machtorganen gefielen die Äußerungen der Arbeitsgemeinschaft nicht. Dies war der Hauptgrund der späteren Auflösung der studentischen Selbstverwaltung an der Berliner Universität.

Im April 1948 kommt es aus politischen Gründen zur Relegierung (d.h. dem Universitätsverweis durch Zwangsexmatrikulation) dreier Studenten ohne Rechtsverfahren. Die Studenten hatten in der Studentenzeitung „colloquium“ in ironischer Weise die einstimmige „Wahl“ des neuen Rektors kommentiert und auf seine NS-Vergangenheit hingewiesen. Viele Studierende solidarisieren sich mit ihren Kommilitonen. Auf einer studentischen Vollversammlung am 23.4.1948 im zerbombten Hotel Esplanade wird die Errichtung einer freien Universität außerhalb des sowjetischen Einflussbereichs gefordert. Im Juni 1948 konstituierte sich eine Vorbereitungsgruppe, die den Aufbau der neuen Universität organisierte. Die USA und der Berliner Senat unter Ernst Reuter gewähren großzügige Unterstützung, so dass schon am 15.11.1948 die erste Vorlesung auf geschenktem Mobiliar gehalten wird. Am 4.12.1948 erfolgte die offizielle Gründung der Freien Universität (FU).

Schon im Oktober 1948 konstituierte sich der „vorläufige AStA“ der FU. Dieser beschloss am 18.11.1948 das „studentische Statut für die Freie Universität“, das als Organe die studentische Vollversammlung (damals Studentenparlament genannt), einen Konvent als Legislativorgan (entspricht dem heutigen Studierendenparlament) und als Exekutivorgan einen AStA vorsah. Dieses Statut begründete einen expliziten Bruch mit den bisherigen Traditionen der Studierendenschaften, und die Studierendenschaft der FU stellte sich ausgehend von Gründungsanspruch einer „freiheitlichen Universität“ in eine antikommunistische als auch antinazistische Traditionslinie. Dies äußerte sich u.a. in einer strikten Ablehnung von Korporationen und Burschenschaften. Von Beginn an sah es der AStA der FU als sein selbstverständliches Recht an, sich zu politischen Ereignissen zu äußern - in der Anfangszeit insbesondere in Form von Kritik an der DDR und der Humboldt Universität.

Der Standort Dahlem als historische Bürde

Belastet war die FU-Gründung und ihr Reformanspruch durch zwei Aspekte: Einerseits wollten nur wenige Lehrende an die frisch gegründete Freie Universität mit ihrem programmatischen Modell- und Reformanspruch. Ihnen war das sogenannte Berliner Modell, das Studierenden eine tragende Rolle beimaß, äußerst suspekt. Aus dieser Not machte man damals eine Tugend. Es entstanden die Tutorien an der FU, und man hat den Studierenden eine weitreichende Verantwortung zugestanden.

Die zweite und bedeutendere Hypothek für die junge FU war ihr traditionsbelasteter Standort. In Dahlem lagen die Kaiser-Wilhelm-Institute (KWI), deren Gebäude teilweise noch heute von der FU genutzt werden. Gerne werden die Dahlemer Institute heute als ein „deutsches Oxford“ dargestellt (wie zuletzt in der Ausstellung zur FU-Geschichte aus dem Jahr 2004), in denen schon vor hundert Jahren Spitzenforschung betrieben wurde. Dieses sei 1933 bis 1945 zwar unter den verbrecherischen Einfluss der Nazis geraten, habe aber ansonsten „herausragende Wissenschaft“ geliefert.

Ein Beispiel für den tatsächlichen Sachverhalt ist das „Kaiser-Wilhelm-Institut für Anthropologie, menschliche Erblehre und Eugenik“ in der Ihnestrasse, in dessen Gebäude sich heute das Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft (OSI) befindet. Dieses 1927 gegründete Institut war die führende Institution der NS-Rassenforschung. Den Übergang von der Weimarer Republik in den Nationalsozialismus vollzog es bruchlos, weil es von Beginn an rassistische und eugenische „Wissenschaft“ betrieb. Gründungsdirektor Eugen Fischer führte das Institut von 1927 bis 1942. In dieser Zeit lieferte das Institut Zuarbeit und wissenschaftliche Rechtfertigung für die nationalsozialistische Rassenpolitik, die im Holocaust gipfelte. Der Nachfolger Fischers, Ottmar von Verschuer, war direkter Vorgesetzter des KZ-Arztes Joseph Mengele, der von seinem Arbeitsplatz in Auschwitz einen kontinuierlichen Austausch mit dem Institut führte. Mengeles grausame Menschenversuche stehen exemplarisch für die Verbrechen der NS-Rassenforschung.

Weitere mörderische Forschungen der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft (KWG) waren u.a. die Entwicklung von Giftgas für den Einsatz im Ersten Weltkrieg durch Fritz Haber, nach dem noch heute das Dahlemer Max-Planck-Institut als Nachfolger des Kaiser-Wilhelm-Instituts für physikalische Chemie und Elektrochemie benannt ist, oder die Atomwaffenforschung durch Werner Heisenberg und andere am Kaiser-Wilhelm-Institut für Chemie. Der Einsatz der Dahlemer Kaiser-Wilhelm-Institute für Krieg und Massenmord begann nicht erst 1933, sondern bereits im Kaiserreich.

Der demokratische Neubeginn wird Illusion

Vor diesem Erfahrungshintergrund - dem Versagen der Universitäten vor dem Faschismus, sowie dem Zwang in der SBZ - wurde die Freie Universität als Modell- und Reformuniversität, als Gegenuniversität von revoltierenden Studierenden gegründet, die den „Kampf um die Universität“ nicht gewinnen konnten und eine neue, eine freie Universität gründeten, die ihren Forderungen eher entsprechen sollte. Die FU hatte 1948 daher die modernste und demokratischste Verfassung erhalten, die es in der deutschen Universitätsgeschichte je gegeben hatte. Sie vereinte den Idealismus der Studierenden, anfängliche Demokratisierungs-, Entnazifizierungs- und Redukationsbestrebungen der Amerikaner, den anfänglichen Wunsch der Berliner Bevölke-

rung und des Berliner SPD-Senats auf einen demokratischen Neubeginn, aber auch Errungenschaften der Reformen in der sowjetischen Besatzungszone, die an der Freien Universität übernommen wurden: Die neue Universität sollte sich staatlicher, aber nicht gesellschaftlicher Kontrolle entziehen. Sie sollte auf eine sehr demokratische Weise funktionieren; Studierendenvertreterinnen sollten maßgeblich in der universitären Selbstverwaltung mitbestimmen können, und die Zulassungsverfahren sollten insbesondere darauf ausgerichtet sein, Studierenden aus allen Schichten der Gesellschaft den Zugang zur Universität zu ermöglichen.

Die Freie Universität sollte Modell für die allgemeine Reform der deutschen Universitäten (Berliner Modell) und Vorbild für die Gesellschaft sein. Doch die Geschichte dieses Bewusstseins der Universität als gesellschaftliches Vorbild mündiger Staatsbürgerinnen ist die Geschichte des Scheiterns dieser Illusion. So begann die unvermindert bis heute anhaltende Krise der FU schon kurz nach ihrer Gründung, denn die Studierenden haben damals versäumt, weitgehende konzeptionelle Überlegungen zur Gründung der Universität zu entwickeln. Das Berliner Modell geriet in die Krise. Senatsausschüsse wurden zunehmend nur mit Professoren besetzt.

Den Anfang machte die Juristische Fakultät schon 1950 mit dem Ausschluss der Studierenden von der Mitbestimmung bei Berufungen. Ein Jahr später verloren die Studierenden ihren Sitz im Rechts- und Verfassungsausschuss, dem eine wesentliche Rolle bei der Durchführung der Hochschulreform zugedacht war. Doch von den Studierenden kam in den 50er Jahren kaum Widerstand gegen diese Tendenzen. Sie wollten Examen und Karriere machen.

Erosion des Berliner Modells in den 50er Jahren

Waren politische Stellungnahmen der Studierendenschaft anfänglich völlig selbstverständlich, war es gar Ziel des „Unternehmens Universität“, politisch-kritische Selbstständigkeit zu fördern, so kommt es schon 1950 mit der „Affäre Brandt“ zu den ersten Brüchen bei dem Versuch, den Studierenden ihr Mitspracherecht bei Berufungen zu beschneiden. Weitere Konflikte um die Berufung von Nazi-Professoren, insbesondere an der Juristischen Fakultät, folgten. Mit der Kontroverse um atomare Bewaffnung der Bundeswehr und um personelle NS-Kontinuitäten in den Institutionen von Staat und Gesellschaft entstehen weitere Brüche. Der Konflikt gipfelte 1958 in dem selbstherrlichen Versuch des Rektors, eine Rede des AstA-Vorsitzenden zur Feier des 10jährigen Bestehens der FU zu verbieten.

Der Hauptgrund für das Aufbrechen der Konflikte lag in der Struktur der Universität. Die absolute Vertraulichkeit im Akademischen Senat verhinderte eine wirkungsvolle Kontrolle der Universitätsleitung durch die Universitätsöffentlichkeit, so dass sich statt einer weitergehenden Hochschulreform, wie es das Berliner Modell vorsah, eine Restauration der alten Machtstrukturen durchsetzte. So entwickelte sich

anstatt einer egalitären Gemeinschaft zwischen Lehrenden und Lernenden regressiv das überkommene Gegenüber des Lehrer_innen-Schüler_Innen-Verhältnisses, das nicht die Lösung anstehender Probleme durch gemeinsame rationale Argumentation suchte, sondern nur erzieherisch durch Maßregelung der einen Seite wirkte.

Die Abwahl des AStA-Vorsitzenden Eberhard Diepgen

Das Jahr 1963 wurde zum Wendepunkt der jungen Geschichte der Freien Universität. Noch bis Mitte der 60er Jahre war die überwiegende Mehrheit der studentischen Selbstverwaltungsgremien der Universitäten West-Berlins und der Bundesrepublik fest in Händen der schlagenden Verbindungen und des RCDS. Am 30.1.1963 wurde mit stud.jur. Eberhard Diepgen ein Korporierter, Mitglied der „Berliner Burschenschaft Savaria“, vom 14. Konvent der FU mit 32 zu 18 Stimmen zum 1. AStA-Vorsitzenden gewählt. Hiermit hatten die Studentenvertreter_innen eins der letzten Gründer-Relikte, die strikte Ablehnung der Korporationen, aufgegeben. Laut Satzung waren an der Freien Universität Burschenschaften und Corps verboten. Es sah nun so aus, als hätten sich die Verhältnisse an der FU „konsolidiert“, als gäbe es überhaupt keinen Unterschied mehr zu den Verhältnissen an westdeutschen Universitäten. Aber es regte sich Protest. Bisher kaum politisch in Erscheinung getretene Studierende und die bislang wenig bedeutsamen politischen Studentenverbände organisierten eine Urabstimmung. Die Studierenden engagierten sich wie seit den Gründerjahren nicht mehr: 70,8% stimmten ab. Mit 64,5 % stimmten beinahe 2/3 gegen den schlagenden Vorsitzenden. Die Allmacht des politischen Konservatismus an den Hochschulen begann brüchig zu werden.

Hochburg des politischen Konservatismus an der FU war damals die Juristische Fakultät. Daher stand - Im Gegensatz zu anderen Fakultäten - die Mehrheit der Jurastudent_innen deutlich rechts. Mit dem Bau der Mauer am 13.8.1961 durchlebte Berlin eine tiefe Krise. Der damalige AStA-Vorsitzende und spätere CDU-Stadtrat Peter Murda veröffentlichte acht Tage nach Errichtung der Mauer folgende Zeilen: „Vor den Toren unserer Universität beginnt das größte Konzentrationslager, das die Geschichte kennt. [...] Wir müssen endlich begreifen [...] dass es erklärtes Ziel der bolschewistischen Ideologie ist, morgen ganz Berlin einzunehmen, übermorgen ganz Deutschland und dann die ganze Welt. [...] Wir als akademische Jugend sind ganz besonders aufgerufen, in dieser Stunde beispielhaft in unserer Haltung zu sein.“

FU-Student_innen verschrieben sich in der Folgezeit mit Demonstrationen und Sitzstreiks dem aussichtslosen Kampf gegen die Mauer. Die Polizei ging mit Tränengas und Knüppelinsätzen gegen die „Berliner Chaoten des Jahres 1961“ vor. Politisch motivierte Gewalttäter verübten Sprengstoffanschläge gegen die Mauer. Ein junger

Terrorist, der 21jährige Jura-Student Jürgen Bischoff, sprengte sich am 10.3.1963 beim Bombenbauen mit Plastiksprengstoff in die Luft.

Auseinandersetzungen an der FU Mitte der 60er Jahre

Im Sommersemester 1965 erreichten die Auseinandersetzungen an der FU mit dem „Fall Kuby“ eine neue Qualität. Rektor Lüers verbot mit Verweis auf das Hausrecht dem Publizist Erich Kuby die Teilnahme an einer vom AStA FU veranstalteten Podiumsdiskussion anlässlich des 20. Jahrestages der Zerschlagung des Faschismus, da er sich zuvor kritisch über die FU geäußert hatte. Die Veranstaltung fand dann im Exil an der TU statt. Dieses Redeverbot löste heftigen Protest der Studierendenschaft aus, die den Rektor in einer Resolution aufforderte, es in Zukunft zu ermöglichen, dass die Studierendenschaft der FU „jede Person zu jedem Thema zu jeder Zeit hören und mit ihr diskutieren könne.“ Der politische Protest ging von den politischen Studierendenverbänden auf nicht organisierte Studierende über. Bis zum 18.5.1965 hatten über 3000 Studierende die Resolution unterzeichnet.

Wenig später wurde auch die Redefreiheit für den gewählten Repräsentanten der Studierendenschaft beschnitten, als während der Immatrikulationsfeier am 28.5.1965 der AStA-Vorsitzende in seiner Rede kritisch zu den Entwicklungen an der FU Stellung nahm und vom Rektor und drei Senatsmitgliedern am Weiterreden gehindert wurde. Wie bislang üblich, sollte den Neuimmatrikulierten das Ritual der „Gemeinschaft von Lehrenden und Lernenden“ vorgeführt werden, obwohl die Auseinandersetzung zwischen Studierendenschaft und akademischer Verwaltung um das Politische Mandat noch in vollem Gange war. Der AStA erklärte in seiner Pressemitteilung vom 29.5.1965: „Dieser Vorfall ist in der Geschichte der FU einmalig. Bis jetzt wurde von keiner Seite dieser Universität das Recht der Studentenvertretung angezweifelt, zu allen Problemen der Universität öffentlich Stellung zu nehmen. Der AStA stellt mit Bestürzung fest, dass nach dem Hausverbot gegen einen außenstehenden Kritiker nun auch die Redefreiheit für den gewählten Repräsentanten der Studentenschaft beschnitten wurde. Dies ist mit der Geschichte und dem Anspruch der Freien Universität nicht vereinbar.“

Das Vietnam-Semester 1965/1966

Die Studierenden erfuhren, dass ihre radikal-demokratischen Forderungen von weiten Teilen der bis dahin als demokratisch eingeschätzten Presse und Öffentlichkeit nicht gewürdigt wurden. So entstand im Vietnam-Semester 1965/66 in der Stadt von nichtstudentischen Urheber_innen eine gegen die Aufklärungsarbeit der Studierenden gerichtete Kampagne für die Vietnam-„Politik“ der USA von den Berliner Zeitungsverlegern - hier allen voran der Springerkonzern - so dass selbst der SPD-

Senat es nicht wagte, den oppositionellen Student_innen der im Entstehen begriffenen APO den Schutz ihres Rechtes auf Opposition innerhalb des rechtsstaatlichen Rahmens zuzusichern. Dies führte zu einer studierendenfeindlichen Radikalisierung einer außeruniversitären Öffentlichkeit und gipfelte in einem Bombenanschlag auf das Studentenhaus am Steinplatz während einer studentischen Informationsveranstaltung zum Vietnam-Krieg am 28.1.1966, sowie mehreren Haustürbränden und Bombendrohungen im folgenden.

Teile der Studierendenschaft stellten sich die Frage, ob ihr politisches Engagement künftig auf die Universität beschränkt bleiben dürfe. Denn so wenig man den inneruniversitären Politisierungsprozess 1965 und 1966 als demokratiefeindlich bezeichnen kann, so sehr konnte man die dadurch ausgelöste städtische Reaktion als undemokratisch bezeichnen.

Der Konflikt spitzte sich zu und am 16.2.1966 beschloss der Akademische Senat ein Raumvergabeverbot für politische Veranstaltungen. Dieser Bruch der Universitätsordnung führte zum Rücktritt des AstA und der Zusammenarbeit aller politischen Studierendenverbände von RCDS bis SDS, denn es war klar, dass die Vietnam-Veranstaltungen der Studierenden Anlass des Verbotes waren.

Wenig später findet am 22./23.6.1966 im Henry-Ford-Bau das erste Sit-in in Deutschland statt, auf dem 3000 Studierende in einer Resolution die Demokratisierung der FU fordern.

Vom Tod Benno Ohnesorgs zur Kritischen Uni

Über Jahre hinweg war der Vietnamkrieg Hauptthema der Studierenden. Daher dachte niemand daran, dass der Besuch des persischen Schah im Sommer 1967 ein Politikum werden könnte. Die Anti-Schah-Demonstration und der tödliche Schuss auf Benno Ohnesorg am 2.6.1967, sowie insbesondere der senatsadministrative Umgang mit den Ereignissen stellten einen Wendepunkt dar. Sie wurden geradezu als „Kriegserklärung des Establishments“ gegen die Studierenden und ihre Forderung nach Demokratisierung von Universität und Gesellschaft aufgefasst. FU-Studierende gründeten einen Ermittlungsausschuss. Bei der Darstellung und Interpretation der Ereignisse verstrickte sich die Senatsadministration in unhaltbare Konstruktionen, in deren Folge Polizeipräsident Duensing, Innensenator Büsch und der Regierende Bürgermeister Albertz von ihren Ämtern zurücktreten.

In Reaktion auf die Ereignisse erarbeiteten Studierende der FU das Konzept einer Gegenuniversität. Am 1.11.1967 findet dann trotz Verbots durch den Akademischen Senat (AS) die Gründungsveranstaltung der Kritischen Universität (KU) im Audimax der FU statt. Sie war gedacht „...als eine Gegenmacht innerhalb der Hochschule, öffentlich-demonstrative praktische Kritik oder praktisch wirkende Praxis gegenüber dem herrschenden Wissenschaftsbetrieb der Universität.“ Die KU wandte

sich gegen eine „Ausbildung zu Fachidioten durch Fachidioten“ in der herrschenden universitären Wissensindustrie. In ihrem ersten Programm- und Veranstaltungsverzeichnis im Wintersemester 1967/1968 waren folgende Aufgaben und Ziele der KU ausgeführt:

Sie sollte „kritische Reflektion und wissenschaftliche Analyse für eine demokratische Praxis“ ermöglichen, „demokratische Studienreform und Hochschulkritik“ sein, sowie „demokratische Wissenschafts- und Berufspolitik der Intelligenz“ fördern. Die KU arbeitete über drei Semester parallel zum etablierten Wissenschaftsbetrieb. Ihre Reste wurden 1969 von der Reform-Universität absorbiert.

Vom Attentat auf Dutschke zur Reformuniversität

Nach dem Attentat auf Rudi Dutschke am 11.4.1968 verschärfte sich die Auseinandersetzung an den Universitäten. Am 13.5.1968 verbrannten Studierende das FU-Wappen vor dem Rektorat und am 27.6.1968 erfolgte eine Besetzung des Rektorats durch Studierende. Zudem wurden zahlreiche Institute besetzt, wobei die Besetzung der Germanistik und des Otto-Suhr-Instituts (OSI) hervorstachen.

Am OSI beschloss eine Institutsvollversammlung schon nach wenigen Tagen:

- Das Ordinariensystem ist abgeschafft
- Drittelparität in den Gremien
- Facheinheiten statt Lehrstühle
- über Grundsätzliches beraten Institutsvollversammlungen.

Hiermit gelang am OSI für wenige Semester eine Institutsreform, die Modellcharakter für den Versuch einer Universitätsreform 1969 erlangen sollte.

Doch schon vor der tumultartigen Selbstauflösung des SDS am 21.3.1970 begann der Zerfall der Bewegung in zahlreiche rivalisierende K-Gruppen und Rote Zellen. Die „dogmatische Wende“ der antiautoritären Bewegung setzte ein und das Interesse der Aktiven verlagerte sich zunehmend von den Universitäten in die Stadt. Die Universitäten wurden nahezu kampflos aufgegeben, um stattdessen die postfaschistische Gesellschaft zu revolutionieren.

Die Reformuniversität in der Krise

Im Zuge der Universitätsreform wird im August 1969 ein neues Hochschulgesetz verabschiedet, das die Allmacht der Professor_innen bricht und in allen Gremien die Viertelparität (Profs, WiMis, Studis, SoMis in gleichem Zahlenverhältnis) fest schreibt. Ab jetzt werden auch die Tutor_innen durch einen eigenen Personalrat vertreten. Ein Assistent, Rolf Kreibich, wird zum Präsidenten der FU gewählt. Verbunden mit dem neuen Hochschulgesetz ist jedoch auch die Abschaffung der Verfassten



Studierendenschaft (VS) mitsamt ihrem AstA, da die Belange der Studierenden nun ausreichend in den Gremien zur Geltung kommen würden.

Vielen entmachteten Professor_innen erschien die Reform als eine Katastrophe. Es entbrannte eine langjährige heftige Auseinandersetzung um Sinn, Ziel und Ende einer Universitätsreform. Schon drei Wochen nach der Wahl Kreibichs Ende

November 1969 gründete sich eine „Aktionsgemeinschaft für eine freie Universität“, aus der am 9.2.1970 die „Notgemeinschaft für eine freie Universität“ (NofU) hervorgeht, und am 17.11.1970 bundesweit der „Bund Freiheit der Wissenschaft“ (BFW). Schon bald gerät die Hochschulreform in die Krise. Der Extremistenbeschluss vom 28.1.1972, Berufsverbote, das Verfassungsgerichtsurteil vom 29.5.1973, die Universitätsgesetznovelle von 1974 und die Erklärung der Universitäten zum „geistigen Umfeld des Terrorismus“ markieren exemplarisch diese Entwicklung.

An der FU entstanden ausgehend vom „Aktionskomitee gegen Berufsverbote“ zahlreiche Initiativen an verschiedenen Fachbereichen. Diese entwickelten sich zu einer undogmatischen Initiativbewegung, die sich mit der gesamten hochschulpolitischen Situation beschäftigte. Im Sommer 1976 bildeten sie als interfraktionelles Koordinationsgremium einen UStA (Unabhängiger Studentenausschuss), der sich im Wintersemester 1976/1977 mit einem „Streik gegen Berufsverbote“ Gehör verschaffte. Streikräte und autonome Arbeitsgruppen entstanden an allen Fachbereichen. Ziel war es, die Uni noch einmal von unten her autonom aufzubauen, entgegen dem Bestreben, sie staatlichen Intentionen zu unterwerfen. Es sollten Vorstellungen entwickelt werden, wie ein emanzipatorisches Studium aussehen könnte. Es gelang die Absicherung des UStA im BerlHG, so dass die Studierendenschaft der FU seit dem 12.6.1980 nach über 10 Jahren wieder über einen AstA verfügte.

Nach dem 1977 gefassten Öffnungsbeschluss der Universitäten („Grundrecht auf Bildung“) stiegen die Studierendenzahlen kontinuierlich, doch die finanzielle Ausstattung der Universitäten wuchs nicht mit. Der zunehmenden Überlastung der Universitäten wurde jedoch mit rein administrativen Maßnahmen begegnet. Verwaltung des Notstandes statt inhaltlicher Reform hieß fortan die Devise. Die Universität sollte zur schnellen Durchlaufstation einer technokratischen Funktionselite für Staat und Kapital zur Sicherung des Standorts Deutschland werden.

Die neo-konservative Wendeuni der 80er Jahre

Am 10.5.1981 erfolgte ein West-Berlin Regierungswechsel. Wilhelm A. Kewenig (CDU), Rektor der Uni Kiel, wird Wissenschaftssenator. Von vielen befürchtet wurde nun eine „Revanche für 68“, um „linke“ Fachbereiche und Reste der Universitätsreform von 1969 Struktur- und ordnungspolitisch über Haushaltskürzungen, Umstrukturierungen, Berufungen, Staatseingriffe und die Schaffung konservativer Mehrheiten in den Gremien „plattzumachen“. Unerwartet schnell gab man an der FU den Wider-

stand gegen die Politik Kewenigs auf. Dies wurde mit dem von FU-Präsident Eberhart Lämmert im November 1982 vorgelegten Strukturplan für die Entwicklung der FU deutlich, der nur noch darum bat, dass die FU selber entscheiden dürfe, wo zu kürzen sei.

Nach den politischen Machtverhältnissen in der Stadt änderten sich diese auch in der FU. An der FU stellte die NofU ab dem 28.6.1983 über ihren hochschulpolitischen Arm, der Liberalen Aktion (LA), mit Dieter Heckemann den FU-Präsidenten. Dieser blieb über 8 Jahre bis 1991 trotz zahlreicher Skandale (Affäre Schlootz, Wahlfälschungen) im Amt. Novellierungen des BerlHG 1982 und 1986 stärkten die Position des Professoriums und erweiterten die Eingriffsmöglichkeiten des Staates in die Angelegenheiten der Universitäten. Gleichzeitig begann eine Politik des Bildungs- und Sozialabbaus. Studi-Proteste gegen die Einführung eines Sozialbeitrages in Höhe von 30 DM brachen mit dem Ende des Sommersemester 1983 recht schnell zusammen. Ansonsten verhielten sich die Studierenden Anfang der 80er Jahre überraschend ruhig, obwohl es laufend Anlass zu Protesten gegeben hätte.

Eine Flut von hochschulpolitischem Schrifttum wogte in dieser Zeit über den Campus. Die Nomenklatur von Spekulanten und Modernisierungsgewinnlern des westberliner Subventionskapitalismus fühlt sich gestört und die NofU fordert in NR. 640 ihrer Kampfschriften die Zerschlagung der verfassten Studierendenschaft: „Die Organe der verfassten Studentenschaft werden in Berlin auf absehbare Zeit in der Hand von Extremisten und Chaoten bleiben. Sie haben deshalb dem Ansehen der Berliner Hochschulen schweren Schaden zugefügt und werden das, wenn man sie nicht abschafft [...] weiter tun.“ Kewenig will dies per BerlHG- Novellierung umsetzen. Der AstA mobilisiert gegen die Novellierung, und mit dem hochschulpolitischen Kongress: „Entgleisungen - Auf der Suche nach neuen Wegen linker Hochschulpolitik“ (16-18.1.1986) definiert eine neue Studierendengeneration ihre Position.

Parallel zum AstA mobilisieren Studentischer Personalrat und Berliner Tarifvertragsinitiative, denn Kewenig will auch den Tarifvertrag der studentischen Beschäftigten kündigen. Erstmals seit zehn Jahren entsteht mit den Studierendenprotesten und dem Tutor_innenstreik im Januar und Februar 1986 zum Erhalt des tarifvertraglich abgesicherten Berliner Tutorienmodells eine breite studentische Massenbewegung, wobei am 28.1.1986 auch die Rostlaube besetzt wurde. Dieser entschlossene Widerstand traf den CDU/FDP-Senat unerwartet, so dass dieser sogar seinen Wissenschaftssenator Kewenig fallen ließ. Erleichterung bei den Studis: „Kewenig war als Löwe gesprungen und als Bettvorleger gelandet.“ Verfasste Studierendenschaft und Tarifvertrag waren gerettet. Ersetzt wurde Kewenig im April 1986 durch den parteilosen George Turner, Professor für Bergbaurecht, langjährigem Präsident der Westdeutschen Rektorenkonferenz (WRK) (1979-83) und Präsident der Universität Stuttgart-Hohenheim. Doch schnell war klar: Die Instrumente der Hochschulpolitik wandelten sich, nicht jedoch die Ziele. Die sensibilisierte Studierendenschaft kam

nicht mehr zur Ruhe, auch wenn sich vorerst keine weiteren Massenaktionen ereigneten.

„UniMUT“ und „B*freite Uni“

Erst die vom Kuratorium am 28.11.1988 beschlossene Auflösung mehrerer Institute und die offiziellen Jubelfeiern zum 40 jährigen Bestehen der FU am 4.11.1988 im Audimax vor ausgesuchtem Publikum unter demonstrativem Ausschluss der studentischen Öffentlichkeit, bewirkten den geschlossenen und entschlossenen Massenprotest der Studierenden. Auf die Besetzung des Latein-Amerika-Instituts (LAI) am 29.11.1988 erfolgte innerhalb weniger Tage bis zum 7.12.1988 die Besetzung aller damaligen 36 Institute der FU. Die Studierendenschaft der FU überholte innerhalb weniger Tage die damalige bundes- und europaweite Protestbewegung und stellte sich an ihre Spitze. Täglich fanden Vollversammlungen statt, und permanent waren die westberliner Studierenden mit phantasievollen Demonstrationen in der Innenstadt präsent. Universität und Studium wurden von den Studierenden „kulturrevolutionär“ als „selbstbestimmte Lebensform“ zurückerobert. Die Umbenennung der besetzten Institute symbolisierte den kulturellen Bruch zwischen „Freier“ und „Befreiter Universität“. Die Trennung zwischen Privatsphäre und Studium wurde aufgelöst. Zahlreiche studentische Zeitungen und Streikcafes entstanden und die trostlose Atmosphäre der Betonuni verwandelte sich in ein „unibuntistisches Gemälde“. Die lange eingesperrte Phantasie der Studierenden war „explodiert“.

Es gelang, innerhalb eines Entwurfs universitärer und gesellschaftlicher Utopie, Universität in Form der Befreiten Uni neu zu entdecken und Wissenschaft in Form herrschaftskritischer, antihegemonialer Wissenschaft in 400 Autonomen Seminaren neu zu erfinden, sowie eine universitäre, basisdemokratische Rätedemokratie zu etablieren. Mit einem internationalen Kongress: „Unimut - Alternativen zur Fremdbestimmung“ vom 6.-9.1.1989 präsentierte sich die Befreite Uni mit 6000 Kongresssteilnehmer_innen der interessierten Öffentlichkeit.

Bis zu den Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus am 29.1.1989 gelang dem CDU/ FDP-Senat durch z.T. massive Prügeleinsätze der Polizei auf dem Campus nicht die gewaltsame Auflösung der Student_innenbewegung. Über 200 verletzte Student_innen, 55 Festnahmen und davon 26 Ermittlungsverfahren, 34 Hausfriedensbruchanzeigen und 17 Strafprozesse war die Bilanz nach mehrtägigem Einsatz der Aufstandsbekämpfungseinheit EbLT auf dem Campus. In den Semesterferien verlor die Student_innenbewegung jedoch schnell an Stärke, sodass die verbliebenen Besetzungseinheiten von den Räumkommandos der Unileitung vertrieben wurden.

Keine Chance zum Neuanfang: Vom kurzen, lauen rot-grünen Frühling zum Hochschulstrukturplan

Die Befreite Uni ließ sich entgegen der Hoffnung der Aktiven nicht über die folgenden Semester erhalten und der status quo ante wurde restauriert. Die Student_innenbewegung hatte die Universitäten zwar erobert, hoffte jedoch nach dem Regierungswechsel in West-Berlin auf rot-grüne Reformen. Doch im Regierungsgeschäft zeigten sich die Schwierigkeiten bei der Umsetzung emanzipatorischer Politik. Immerhin gelang die institutionelle Einbindung eines Teils der 400 Autonomen Seminare durch das „Zentrale Projektstudienprogramm“ des AS vom 3.5.1989.

Auch weitere Hoffnungen des „UNiMUTS“ erwiesen sich schnell als Makulatur. Zwar löste 1991 an der FU Johann W. Gerlach seinen Amtsvorgänger Dieter Heckelmann ab. Mit seiner Wahl verbanden sich Hoffnungen auf Durchsetzung von Studienreform, Demokratisierung, Frauenförderung, Gleichstellung von Ausländerinnen und student_innenfreundlicher Politik. Doch sie wurden schwer enttäuscht. Auch Gerlach stand den alten Seilschaften und den neuen „Sachzwängen“ völlig hilflos gegenüber. Die Chance einer demokratischen Lösung der historisch gewachsenen Krise der FU wurde erneut vertan. Der SPD/AL-Senat hatte zwar durch Wissenschaftssenatorin Barbara Riedmüller-Seel (SPD) zögerlich einige Reformen an den Unis eingeleitet und ein Entwurf für ein novelliertes BerlHG sollte mehr Autonomie und Demokratie für die Unis und Hochschulzugang auch ohne Abitur bringen. Doch bei den Berliner Universitätsleitungen herrschte wenig Bereitschaft zur Reform.

Der neue Wissenschaftssenator Manfred Erhardt (CDU) knüpfte an die Politik des Bildungs- und Sozialabbaus seiner Amtsvorgänger Kewenig und Turner an. Im September 1991 beschloss das Abgeordnetenhaus von Berlin den Abbau von 15.000 Studienplätzen - davon 10.000 an der FU. Obwohl die neuen Vorschläge die Studentinnenschaft wesentlich härter treffen, als die des Jahres 1988/89, kommt es diesmal nicht zu massiven Protesten.

In der FU-Verwaltung erfolgte nun eine „innere Wende“. Im Bemühen, das Bestehende abzusichern, begann sie eine Kooperation mit der Senatspolitik und der von Erhardt eingesetzten „Landeshochschulstrukturkommission“ (LHSK), deren Aufgabe der Abbau von Studienplätzen, sog. „Doppelangeboten“ in der Lehre und einer „Überfrachtung der Lehrinhalte“ war. Erhardts HSP wurde am 2.4.1993 veröffentlicht. Flächendeckender Numerus clausus (NC), festgeschriebene und scharf sanktionierte Regelstudienzeiten sowie Zwangsexmatrikulationen bei deren Überschreitung, Studiengebühren, Zwei-Klassen-Studium und weitere Maßnahmen, die lediglich Statistiken auf Kosten der Studierenden beschönigen, sind die vorgesehenen Instrumente. Erhardt versuchte, diese geplante Krisenverschärfung

als „Reform“ und „Modernisierung“ zu verkaufen. Zur Umsetzung verlangt er einen „Ermächtigungsparagrafen“, der den direkten Staatseingriff in die Universitätsautonomie regelt, um damit die gewünschten Umstrukturierungen auch gegen den Willen der Universitäten durchzusetzen.

Studierendenproteste 1993

Das Argument, sparen zu müssen, wird nun zur Legitimation jeder bildungs- und sozialpolitischen Kürzung. Als der AS am 12.5.1993 Haushaltskürzungen zustimmen wollte, wurden seine Sitzungen von aufgebracht Studierenden gesprengt. Eine Vollversammlung (VV) am 19.5.1993 bildete den Beginn studentischer Aktionen. Die Studis gehen in die Seminare und diskutieren mit ihren Kommiliton_innen und Dozent_innen die aktuellen hochschulpolitischen Entwicklungen. Neue Fachschaftsinitiativen werden gegründet. Für einen kurzen Moment zeichnete sich die Möglichkeit einer neuen Befreiten Uni ab, bis das Präsidialamt Wachschatzeinsätze anordnete...

Gegen Ende 1993 steigerte sich der Konflikt zu berlinweiten Studierendenunruhen mit Institutsbesetzungen, wobei jedoch erstmals die FU ihre Rolle als Epizentrum studentischer Bewegung verlor und seitdem auch nicht wiedererlangte. Ein Höhepunkt dieser Proteste war die sog. „Besetzung“ des Preußischen Landtages, dem Sitz des Berliner Abgeordnetenhauses, durch ein Go-in von 4000 Studierenden am 29.11.1993. Dennoch wurde am 3.12.1993 vom Abgeordnetenhaus die Änderung des BerlHG verabschiedet, um den Hochschulstrukturplan umzusetzen. Vor Weihnachten bröckelte die Protestfront ab und konnte 1994 nicht wiederbelebt werden, so dass im Sommersemester 1994 und Wintersemester 1994/1995 eine „Zwangsbearbeitung“ von sogenannten „Langzeitstudierenden“ durchgezogen werden konnte, ohne einen Proteststurm auszulösen. 15.000 FU-Studierende, die eine „Regelstudienzeit“ um mindestens zwei Semester überschritten hätten, wurden im Sommersemester 1994 vom Präsidialamt in blauen Briefen (sic!) unter Androhung einer Zwangsexmatrikulation „Studienberatungen“ verordnet. Im Wintersemester 1994/1995 erhielten nochmals 23.000 von 60.000 Studierenden der FU, „die bei der Zwischenprüfung um mehr als zwei Semester überfällig sind“, blaue Briefe. Zwischenbilanz dieser Zwangsbearbeitungen waren an der FU bis zum Sommersemester 1995 7.000 Exmatrikulationen und eine Reduktion der Studi-Zahlen auf unter 50.000.

Studierenden-Proteste 1996

Geplante Studiengebühren, Verkürzungen der Regelstudienzeiten, BAföG-Verzinsung, Institutsschließungen sowie der Abbau von weiteren Studienplätzen und neue Haushaltskürzungen führen erst wieder im Wintersemester 1995/1996 und im Sommersemester 1996 zu studentischen Protesten mit Demonstrationen, Aktionstagen

und kurzfristigen Institutsbesetzungen. Am 26.2.1996 besetzen 30 FU- Studis medienwirksam für wenige Stunden die deutschen Botschaften in Brüssel und Luxemburg sowie das Generalkonsulat in Amsterdam. Eine Qualität wie im Wintersemester 1993/1994 erreichte diese studentische Protestbewegung jedoch nicht. Die Studierenden versuchten, Protest und Studium miteinander zu verbinden und gingen mit ihren Seminaren auf die Straße. Besetzungen werden erst gar nicht versucht. Erstmals in der FU-Geschichte beteiligen sich im Sommersemester 1996 auch die Professor_innen an den Protesten. Die von Ihnen über Jahrzehnte tolerierte und zum Zweck des eigenen Machtausbaus mitgetragene Destruktionspolitik an den Unis drohte nun auch sie selbst zu treffen. Aus dem laufenden Etat werden den Berliner Hochschulen im Sommersemester 1996 noch einmal 196 Mio. DM gestrichen.

Entgegen den Anstrengungen einer studentischen Boykottinitiative wurden durch Wissenschaftssenator Peter Radunski zum Wintersemester 1996/1997 erstmals sog. „Immatrikulations- und Rückmeldegebühren“ in Höhe von 100 DM erhoben, als Vorgriff auf zu erwartende Studiengebühren. Im gleichen Semester wurde die Rentenversicherungspflicht für Studierende eingeführt, nachdem am 13.9.1996 der Bundestag die Sozialversicherungsbefreiung für Studierende aufgehoben hatte. Zudem wird die Privatisierung der Hochschulen erwogen. Mit einem kostspieligen wilden Umzugskarussell legt die FU-Leitung seitdem einen kaum durchschaubaren Aktionismus vor, während die Vernichtung von Studienplätzen neue Rekordzahlen erreicht. Einen vorläufigen Höhepunkt erreichte die Selbstverstümmelung der FU mit der vom AS eingesetzten sog. „Entwicklungs- und Planungskommission“ (EPK). Mit dessen „Strukturkonzept 2003“ tritt die Abwicklung der FU - so die Kritiker_innen - geradezu in ein Stadium des „begeisterten Selbstmords“ ein.

Der bundesweite Streik im Wintersemester 1997/1998

Zum Wintersemester 1997/1998 entsteht eine in Hessen beginnende breite studentische Protestbewegung. Doch erst als schon fast alle bundesrepublikanischen Hochschulen im Ausstand waren, schloss sich auch die Studierendenschaft der FU per VV-Beschluss vom 20.11.1997 den Protesten an. In den folgenden Tagen werden erstmals seit 1993 einige kleinere Institute besetzt. Am 8.12.1997 erfolgt eine kurzfristige „Besetzung“ des Präsidialamtes durch ein Go-in von 100 Studis, die von der herbeigerufenen Polizei herausgetragen werden. Am 10.12.1997 demonstrieren 43.000 Studis in der City gegen Bildungs- und Sozialabbau.

Obwohl die Dynamik der Bewegung anfänglich Hoffnung aufkommen ließ, wurde aus dem Protest kein neuer studentischer Aufbruch. Konzeptions- und Geschichtslosigkeit sowie mangelnder Mut zur Utopie verhinderten eine selbstbestimmte Wiederaneignung der Universität und des eigenen Studiums. Dennoch ist die entstandene Studierendenbewegung keine unpolitische. Wie die Resolution der

zweiten Vollversammlung am 20.11.1997 zeigt, sind sich die Studierenden auch der gesellschaftlichen Bedeutung der offiziellen (Hochschul-) Politik sehr wohl bewusst: „Das implizite Ziel dieser Politik ist die Reduktion der Hochschulen auf standortgerechte Dienstleistungsunternehmen unter dem Primat der Marktkonformität. [...] Was dabei auf der Strecke bleibt, sind die Reste einer Universität, die ein Ort herrschaftskritischer, an ökologischen und sozialen Problemen orientierter Reflektion sein könnte. [...] Nicht zuletzt werden Versuche unternommen, die Selbstverwaltung der Hochschulen auszuhebeln und sie zu wettbewerbsfähigen Betrieben umzubauen. Die „Erprobungsklausel“ des Berliner Haushaltsstrukturgesetzes 1997 ermöglicht eine Zerstörung des Minimalbestandes inneruniversitärer Demokratie und kann zur Etablierung eines mit weitreichenden Entscheidungsbefugnissen ausgestatteten „Hochschulmanagements“ missbraucht werden.“

Doch die Parole: „Wir machen weiter“ verhallte, und die Studis drängten zurück in die Seminare um noch schnell „ein paar Scheine zu machen“ und „das Semester zu retten“. Mit Ende des Wintersemester 1997/1998 war dann die Protestbereitschaft der Studierendenschaft derart erlahmt, dass selbst die offiziellen Feiern zum 50jährigen Bestehen der FU nicht dazu genutzt wurden, einer weiten Öffentlichkeit manifeste Folgen einer jahrzehntelangen Politik des Bildungs- und Sozialabbaus zu präsentieren und eigene Vorstellungen von Universität und Studium in praktischer Kritik und kritischer Praxis am herrschenden Wissenschaftsbetrieb zu demonstrieren.

Als Bilanz der 90er Jahre zeichnet sich der Trend einer kontinuierlichen Degeneration der Studierendenproteste ab. Ihre 40 jährige maßgebliche Vordenkrolle für die Studierenden der BRD hat die Studierendenschaft der FU in den 90er Jahren erheblich eingebüßt. In gleichem Maß schwand ihre Fähigkeit, eigene Vorstellungen von Universität und Studium zu entwerfen und durchzusetzen. Andere gesellschaftliche Kräfte dringen in das entstandene Vakuum ein und setzen zunehmend fragwürdige Konzepte von Wissenschaft, Universität und Studium durch und nehmen damit maßgeblichen Einfluss auf die Zukunftsentwicklung der Gesellschaft.

Die Freie Universität am Ende der 90er Jahre

Die wirkungslosen Studi-Proteste der 90er Jahre haben zur Folge, dass Universitätsleitungen und Politiker Studierende kaum mehr als politisch relevante Subjekte wahrnehmen. In aller Öffentlichkeit verändern sie die Universitätslandschaft nach ihren technokratischen Vorstellungen: Studiengebühren, Zwangsexmatrikulationen, Verschärfung der Zulassungsbeschränkungen, Bevormundung und Reglementierung im Studium bis hin zu Repressionen und Polizeieinsätze sind schon wie in den 60er Jahren die Vorstellungen des Establishments für eine „Reform“ des Studiums. Anstatt einer mit der FU-Gründung intendierten, aber wiederholt unterschlagenen Universitäts- und Studienreform wird erneut eine „Studentenreform“ verlangt.

Überwunden geglaubte Rituale der Ordinarienuniversität werden aus der Motenkiste hervorgekramt. Am 16. April 1998 zelebriert Peter Gaetgens, seit 1991 Vizepräsident der FU, erstmals seit 30 Jahren mit einer Immatrikulationsfeier ein "erstes öffentliches Gelöbnis an der FU" mit handverlesenem geladenen Publikum unter Ausschluss der Öffentlichkeit. Aufgrund zu erwartender Proteste hatte das Präsidialamt die Zahl der erwünschten Personen auf eine handhabbare Menge reduziert und Wachschutz aufgefahren. Die Vertreterin des AstA ließ in ihrer Stellungnahme keinen Zweifel daran, dass sie nicht gedenke, an dieser Stelle eine Geschlossenheit mit der Universitätsleitung zu demonstrieren, die nicht existiere.

Anspruch und Realität der Erprobungsklausel

Mit dem Haushaltsstrukturgesetz im März 1997 wurde das BerlHG in weiten Teilen zur selbstständigen Veränderung durch die Universitäten freigegeben. Ein neuer Paragraph (§ 7a BerlHG) wurde eingefügt, um die im Haushalt geplanten Kürzungen zu ermöglichen. Diese sogenannte „Erprobungsklausel“ soll dazu dienen, „neue Modelle der Leitung, Organisation und Finanzierung zu erproben, die dem Ziel der Vereinfachung der Entscheidungsprozesse und einer Verbesserung der Wirtschaftlichkeit, insbesondere der Erzielung eigener Einnahmen der Hochschule dienen.“ Damit war die Grundlage zu einem weitgehenden Umbau der Berliner Universitäten geschaffen. Die Universitätsgremien werden in ihren Aufgaben beschnitten, während die Universitätsleitung mehr Kompetenzen erhält. Demokratie, Freiheit und Mitbestimmung - Gründungsideale der FU - würden nun vollends unter die Räder geraten, prognostizierten die Gegner_innen der Erprobungsklausel, allen voran der AstA der FU. Und sie sollten Recht behalten. Dieser Veränderung der Universitätsverfassung hatte der AS nach anfänglichem Zögern zugestimmt und damit seine eigene Entmachtung vollzogen. Deutlich wurde die grundlegende Bedeutung der Erprobungsklausel in der Auseinandersetzung um den Fortbestand des Projektstudienprogramms der FU. Am 19. September 2001 hatte der Akademische Senat mit deutlicher Mehrheit entgegen dem Abwicklungsbegehren des Präsidiums den ungekürzten Fortbestand des Projektstudienprogramms der FU beschlossen. FU-Präsident Peter Gaetgens hatte daraufhin für das Präsidium verkündet, AS-Beschlüsse hätten von nun an lediglich den Charakter einer „Empfehlung“, die das Präsidium nicht verbindlich umsetzen müsse. Ungeachtet des AS-Beschlusses setzte das Präsidium daraufhin eigenmächtig seine nicht mehrheitsfähigen Kürzungsvorhaben um.

Wintersemester 2001/2002

Weitere Vorfälle folgten, in denen die Anliegen der Studierendenschaft grob verletzt wurden. Eine von den Berliner Universitätspräsidenten beabsichtigte Kündigung des studentischen Tarifvertrags scheiterte nur am Veto des Berliner Übergangssenats. Änderungsanträge des FU-Präsidiums zur Satzung für Studienangelegenheiten, um Pläne zur Zwangsexmatrikulation von Studierenden der FU durchzusetzen, konnten in den Sommersemesterferien 2001 durch ein Gruppenveto der studentischen Vertreterinnen im AS lediglich aufgeschoben werden.

Nach dem 11. September 2001 gab das Präsidium der FU auf eine Anfrage des Bundeskriminalamts (BKA) Daten ausländischer Studierender heraus - ohne vorherige Konsultation der Studierendenvertretung und bevor ein Gerichtsbeschluss über die Zulässigkeit der Anfrage vorgelegen hatte. Auch dieser Schritt war bezeichnend für die Autoritätshörigkeit des Präsidiums und seine Unwilligkeit, die Universitäre Autonomie gegen staatliche Übergriffe zu verteidigen. Die gleichzeitige Abschaffung des Projektstudienprogramms steigerte zusätzlich den Unmut der Studierenden.

Am 22. November 2001 informierte der AstA der Freien Universität die Studierendenschaft auf einer Vollversammlung über die jüngsten Vorfälle an der Freien Universität und diskutierte gemeinsam mit 500 Studierenden die Ereignisse. Am 11. Dezember 2001 fand eine zweite Vollversammlung statt, an der 1000 Studierende teilnahmen. Die Studierenden beschlossen eine Beteiligung an gleichzeitig EU-weit ausgerufenen Schüler_innen- und Studierendenprotesten durch einen dreitägigen Streik mit inhaltlichen Arbeitsgruppen. Da die Diskussionen in den Arbeitsgruppen um 22 Uhr nicht abgeschlossen waren, ließ die Universitätsleitung ca. 100 Kommiliton_innen polizeilich räumen und strengte Strafverfahren wegen Hausfriedensbruchs an. Trotz Absprachen mit der Universitätsleitung erfolgte am darauffolgenden Mittwoch, dem 12.12.2001 ein noch größerer Polizeieinsatz gegen FU-Studierende. Erneut hält der Studierendenprotest jedoch nur bis zum Ende des Semesters.

Studierendenproteste im Sommersemester 2003

Ende 2001 waren SPD und PDS zu den Berliner Abgeordnetenhauswahlen mit dem Anspruch einer Förderung von Bildung und eines „Politikwechsels in der Wissenschaftspolitik“ angetreten. Doch schon bald war die Einführung von Studiengebühren in Form von Studienkonten und Gebühren für Langzeitstudierende in Höhe von 500€ pro Semester in der Diskussion. Doch allzu offensichtlich war, dass die geplanten Einnahmen durch Studiengebühren in Höhe von 5 Mio. € nicht den Hochschulen zugute kommen, da gleichzeitig die Zuschüsse an die Universitäten bis zum Jahre 2009 um 100 Mio. € gekürzt werden sollen.



Am 29.4.2003 und am 8. Mai 2003 fanden auf Grund der laufenden Spardebatte an der FU vom AstA veranstaltete Informationsveranstaltungen statt. Am 16. Mai 2003 erfolgte eine Protestkundgebung vor dem Landesparteitag der SPD und am 21. Mai 2003 eine berlinweite Studi- Demonstration, auf der 6.000 Teilnehmerinnen gegen Bildungs- und Sozialabbau protestierten. Im Anschluss wurde das Büro von Finanzsenator Sarrazin besetzt. Durch die Dominanz der Studiengebührendebatte wurden während des Sommersemesters 2003 jedoch andere wichtige Themen, wie z.B. die der Studienreform, kaum thematisiert. Auch der Versuch, Interessenpolitik mit Gesellschaftskritik zu verbinden, kam vorerst über Ansätze nicht hinaus.

Wintersemester 2003/2004

Erstmals seit den Studierendenprotesten des Wintersemester 1997/1998 entsteht im Wintersemester 2003/2004 eine größere studentische Protestbewegung. Doch während man 1997/98 noch auf „rot-grüne“ Reformen hoffte, hatte sich mittlerweile eine allgemeine Ratlosigkeit breitgemacht. Nachdem die Studierendenschaften in verschiedenen Bundesländern aus Anlass fortlaufender Kürzungen und drohender Studiengebühren in Streik getreten waren, beschlossen auch in Berlin studentische Vollversammlungen Streik, am 5.11.2003 an der TU, am 12.11.2003 an der HU und am 20.11.2003 an der FU. An den einzelnen Instituten fand daraufhin ein breites Spektrum an studentischen Veranstaltungen statt. Die Studierenden vernetzten sich zu gemeinsamen Aktionen auf FU-Ebene aber auch berlin- und bundesweit.

An der FU stellten die wöchentlichen Vollversammlungen im überfüllten Audimax eine beeindruckende Manifestation der Studierenden dar. Zentrum der Proteste sind jedoch nicht die Universitäten. In diesen lief der etablierte Lehrbetrieb parallel zu den zahlreichen studentischen Veranstaltungen und Arbeitsgruppen, die täglich in einem „Streikstundenplan“ veröffentlicht werden, weitgehend ungestört weiter. Zahlreiche Lehrende solidarisierten sich und diskutierten in ihren Lehrveranstaltungen die aktuellen Entwicklungen. Einige offizielle Vorlesungen und Seminare wurden an öffentliche Orte verlegt. Lediglich an der HU wurde ein lehrstehendes Seminargebäude besetzt, in dem Studierende die „Offene Uni Berlins“ (OUBS) gründeten und ein umfangreiches alternatives Lehrangebot schufen. Im Gegensatz zu den Vorjahren war zumindest ein Teil der Studierenden für entschlosseneren Aktionen zu haben. Besetzungen der Parteizentralen von PDS und SPD sorgten für Druck und deuteten eine neue Radikalität des Protestes an. Die bereits geplante Einführung eines Studienkontenmodells inklusive 500€ Gebühren für Langzeitstudierende konnte durch die massiven Proteste erfolgreich verhindert werden - daher ist Berlin bis heute Studiengebührenfrei.

Nach einem Semester hatte sich jedoch auch dieser studentische Aktionismus weitgehend erschöpft. Mit Verweis auf Sachzwänge und finanzielle Engpässe verweigerten die zuständigen Politiker_innen weitere Zugeständnisse und eine Änderung der derzeitigen Politik. Die Studierenden forderten eine Verbesserung ihrer Studienbedingungen und ein Ende der Kürzungspolitik, doch eine grundlegende Analyse der Ursachen der derzeitigen Sparpolitik und eine Ausarbeitung von Alternativen wurde kaum versucht. Die Studi-Proteste waren Ausdruck der Befürchtung der Studierenden, mit einer ungenügenden Ausbildung auf den sich verschärfenden Bedingungen des Arbeitsmarktes nicht mehr erfolgreich konkurrieren zu können. Erforderlich ist allerdings eine langfristige Suche nach gesellschaftlichen Alternativen der Studierenden gemeinsam mit anderen sozialen Gruppen und einer interessierten Öffentlichkeit, die über den Rahmen zeitlich begrenzter Protestaktionen hinausgeht.

Proteste 2005/2006

Nach einer Phase von Demoralisierung und Neuorientierung kam es im Winter 2005 erstmals wieder zu größeren Protestaktionen an der FU, die jedoch an die Stärke der Proteste von 2003 nicht heranreichten. Ausgelöst wurden diese Proteste durch die Einführung des Studienverwaltungssoftware CampusManagement und den damit verbundenen Restriktionsmaßnahmen. Auch die Umstände der Einführung von Bachelor- und Masterstudiengängen an dem meisten Instituten bildet die Grundlage studentischen Unmuts. Schließlich kam es im Wintersemester 2005/2006 zu einem einwöchigen Warnstreik und eine mehrstündige Besetzung des Präsidalantes. Zumindest die Maluspunkteregelung, die als Sanktionsmechanismus für nicht erbrachte Leistungspunkte vorgesehen waren konnte damit ausgesetzt werden. Außerdem stand die bundesweite Exzellenzinitiative in der Kritik studentischer Initiativen. Höhepunkt der damit verbundenen Aktionen bildete im Sommersemester 2006 eine kurzweilige Institutsbesetzung des Otto-Suhr-Instituts während einer angekündigten Begehung der Exzellenzinitiative.

Wintersemester 2007/2008

Das Wintersemester begann mit der Bekanntgabe der Ergebnisse der zweiten Runde der Exzellenzinitiative. Während der FU-weiten Immatrikulationsfeier kam es zum Eklat, da Präsident Dieter Lenzen aufgrund des tosenden und nicht enden wollenden Applauses des „Dieter-Lenzen-Fanclubs“ seine Rede abbrechen musste und wütend das Audimax verließ. Die im Raum anwesenden Zivilpolizisten und der externe Sicherheitsdienst mussten hilflos zusehen. Auch ein Aktionstag im Januar fand unter massiver (Zivil-)Polizeipräsenz statt. Trotzdem gelang es der Demo, die mit 500

Leuten kreuz und quer durch Dahlem von der Silberlaube zum Präsidium zog, den Henry-Ford-Bau zu stürmen.

Das Sommersemester war auf der Vollversammlung im Januar zum „Protestsemester“ erklärt worden. „Kernstück“ dieses Protestsemesters war ein zweiwöchiges Camp im Innenhof der Silberlaube mit alternativen Seminaren und Workshops, an dem sich aber bei weitem nicht mehr so viele Studierende beteiligten wie während des Aktionstags.

Für die zentrale Immatrikulationsfeier des Wintersemesters 2008/2009 war Bundespräsident Horst Köhler geladen. Daher fand sie unter massiven Sicherheitsvorkehrungen statt. Alle Erstsemester_innen und ihre maximal zwei Begleitpersonen mussten sich mehrere Wochen im Voraus namentlich anmelden und der Henry-Ford-Bau wurde von der Polizei abgeriegelt. Dies war vermutlich auch eine Reaktion auf die Geschehnisse im Jahr zuvor und das sehr FU-imageschädliche Medienecho.

Bundesweiter Bildungsstreik Sommersemester 2009

An (fast) allen Instituten und Fachbereichen waren nun die Bachelor- und Masterstudiengänge eingeführt. Nachdem es längere Zeit so schien, als würde die erhebliche Umstrukturierung der Studiengänge, Anwesenheitspflicht, Zwangsberatung und eine ständige Atmosphäre des Leistungszwangs und -drucks den größten Teil der Student_innen nicht berühren bzw. von ihnen als Normalität aufgefasst werden, zeigte sich beim bundesweiten Bildungsstreik im Sommersemester 2009 ein anderes Bild. Vom 15.06. bis zum 19.06. wurde eine bundesweite Streikwoche auf die Beine gestellt, deren Höhepunkt eine Großdemonstration am 17.06.2009 war. 220 000 Schüler_innen und Studis gingen auf die Straße um ihrem Unmut Ausdruck zu verleihen. Die Studis hatten sich nach längeren Diskussionen und Verhandlungen auf vier zentrale Forderungen einigen können, die inhaltlich noch individuell ausgestaltet werden konnten:

- Soziale Öffnung der Hochschulen
- Abschaffung von Bachelor/Master in der derzeitigen Form
- Demokratisierung des Bildungssystems
- Verbesserung der Lehr- und Lernbedingungen

Allein in Berlin protestierten 25 000 Schülis, Studis, Azubis, Lehrende genau so wie andere von der Umstrukturierung des Bildungssystems Betroffene. Es gab ein alternatives Veranstaltungsverzeichnis für die Streikwoche, in dem Student_innen verschiedene Workshops, Seminare und Veranstaltungen anboten. Mehrere Pflichtveranstaltungen und -Vorlesungen wurden boykottiert. An der TU und HU wurden Gebäude besetzt.

Wintersemester 2009/2010

An der FU wurde am frühen Montagmorgen (15.06.2009) das Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft verbarrikadiert und besetzt. Alle Veranstaltungen, die normalerweise in der Ihnestraße 21 und 22 sowie in der Garystraße 55 stattfinden, fielen während der gesamten Bildungsstreikwoche aus. In diesen Gebäuden befinden sich neben dem OSI auch das Institut für Publizistik und Kommunikationswissenschaft, das Soziologie-Institut sowie das Osteuropainstitut. Auch der Forschungsbetrieb und die Verwaltung waren stark eingeschränkt. Stattdessen fanden alternative Seminare und Diskussionsrunden statt. Die Besetzer_innen stellten Forderungen auf, die dem Fachbereichsdekanat präsentiert und mit diesem diskutiert wurden.

Ebenfalls am Montag wurde ein Raum in der Silberlaube besetzt, um eine Streikzentrale und damit einen Anlaufpunkt einzurichten. Am 16.06.2009 wurde an der FU das Präsidium nach einer Vollversammlung von mehreren hundert Studis besetzt. Sie forderten die Abschaffung der Anwesenheitspflicht, freie Wahlmöglichkeiten für Studienmodule, Viertelparität in den akademischen Gremien, die Abschaffung der Erprobungsklausel und außerdem die Infragestellung von Dieter Lenzen als Präsident. Lenzen hatte kurz zuvor die Studierenden der FU für die Demonstration am 17. Juni von der Anwesenheitspflicht freigestellt. Hintergrund der Freistellung waren die laufenden Verhandlungen um die Hochschulverträge, bei denen sich eine Real Kürzung des Hochschulstats abzeichnete. Vom AStA FU wurde die Freistellung zwar begrüßt, jedoch wollte mensch sich nicht vereinnahmen lassen, da sich der Protest ausdrücklich auch gegen Dieter Lenzen und die Politik des Präsidiums richtete. Johanna Strass vom Hochschulreferat: „Dieter Lenzen engagiert sich in der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft, einem Lobby-Verband, welcher Deregulierung, Steuer senkung und Privatisierung preist. Wer erst den Staat trockenlegen will und sich dann empört, dass kein Geld für Bildung da ist, macht sich unglaubwürdig. Dieter Lenzen ist daher kein sinnvoller Repräsentant der FU bei den Verhandlungen um die Hochschulverträge.“

In einem brutalen Polizeieinsatz räumte die Berliner Polizei den Vorplatz des Präsidiums, bei dem es zu Platzwunden, Schlägen und Würgegriffen gegen die friedlich agierenden Studierenden kam. Auch bei anderen Aktionen im Rahmen des Bildungsstreiks kam es zu brutalen Polizeieinsätzen. Unter Anderem wurde beim „Banküberfall“ am 18.06.2009 ein 13- Jähriger mit Pfefferspray angegriffen. Alles in allem haben die Demonstrant_innen sich jedoch nicht abschrecken lassen, sondern kreativ und friedlich weiterhin ihren Unmut verdeutlicht.

Folgen und Erfolge des Bildungsstreiks 2009 waren noch unklar. Die Protestwoche war zwar vorbei, das Protestsemester jedoch noch nicht. Jetzt galt es mit den erarbeiteten Forderungen und Resolutionen an AS und Präsidium heranzutreten. Die Streikwoche war ein Anfang, auf deren Grundlage weiter protestiert und gekämpft werden musste.

Im Wintersemester 2009 erreichte der Bildungsstreik, als „Uni brennt“ Bewegung seinen Höhepunkt. Ende Oktober wurden in Österreich in fast allen großen Städten Universitäten besetzt. Auch dort protestierten die Studierenden gegen Ungerechtigkeit und Missstände im Bildungssystem. Anfang November fingen auch die Studierenden in Deutschland an ihre Universitäten zu besetzen. Unter den ersten waren, Heidelberg, Potsdam, München und Dresden. Am 11.11.09 entschlossen sich auch die Studierenden der FU Berlin in einer großen Vollversammlung den Hörsaal 1a der Silberlaube zu besetzten und so auch ihrem Protest Ausdruck zu verleihen. Am selben Tag wurde auch noch das Audimax der Humboldt Universität und am darauffolgenden Tag die Alice Salomon Hochschule in Berlin und die Technische Universität Berlin besetzt. Schnell entwickelte sich im „Freiraum 1a“ eine Infrastruktur mit Schlafplätzen, Vokü im Innenhof und vielen Arbeitsgruppen die Inhalte, Positionen und Forderungen entwickelten. Bis Ende des Monats waren in Deutschland 75 Universitäten und Hochschulen besetzte. Dazu kamen dann noch 16 Universitäten in Österreich und der Schweiz. Eine noch nie dagewesene Vernetzung zwischen den Unis fand statt, Solidaritätserklärungen wurden verschickt, per Video-Livestreams konnte bei anderen Plena zugesehen werden. Bald kamen auch Meldungen aus Ungarn, der USA, England, Italien, Frankreich, Griechenland, wo Studierende sich solidarisierten, gegen die Politik in ihrem Land protestierten oder ihre Unis besetzten. Eine Woche nach der Besetzung fanden in Berlin und vielen anderen Städten bundesweit Großdemonstrationen statt. In Berlin beteiligten sich 12.000 Studierende und Schülerinnen an der Demonstration. Vom Unipräsident Lenzen war in den ersten Wochen der Besetzung nichts zu hören oder zu sehen, auch bei den Sitzungen des Akademischen Senats ließ er sich entschuldigen. Erst am 11.12 erhielten Studierende, Professorinnen und Mitarbeiterinnen, die Nachricht: „Dieter Lenzen geht nach Hamburg“. Die Streikenden der FU schickten eine Beileidsbekundung nach Hamburg. Am 25.11. wurde auch an der Charité in Mitte von Studierende Räume besetzt. Am 26.11 folge nach einer weiteren Studentischen Vollversammlung, diesmal In der Mensa zur Unterstützung des Warnstreiks der Beschäftigtenvertreter_innengewerkschaft ver.di, eine Besetzung am Otto-Suhr-Institut. Trotz mangelnder Aufmerksamkeit des Akademischen Senats arbeiteten die Streikenden an der FU weiter an ihren Forderungen und Positionen. In verschiedenen Fachbereichen organisierten sich separate Vollversammlungen. Vom 30.11 -04.12.09, parallel zum eintägigen Bildungsgipfel von Kanzlerin Merkel, fand auch an der FU ein selbstorganisierter einwöchiger Bildungsgipfel mit Workshops und Diskussionen statt um die Positionen der Studierenden zu zeigen.

Anfang Dezember fand der erste Runde Tisch statt, ein von den Streikenden initiiertes Zusammentreffen mit allen Statusgruppen der Universität. 6 Professor innen, 6 wissenschaftliche und 6 sonstige Mitarbeiterinnen sowie 12 Studierende waren eingeladen. Hier sollten die Forderungen der Studierenden sowie generelle Probleme an der Uni besprochen werden. Durch die Empfehlung des Runden Tisches wurde am 16. Dezember im Akademischen Senat die Aussetzung der Anwesenheitspflicht beschlossen. Eine Nachwirkung des Bildungsstreiks die bis heute gilt.

Auch bei der Kultusminister Konferenz in Bonn versuchten Studierende und Schülerinnen ihre Kritik am Bildungssystem deutlich zu machen. Auf einer Demonstration in Bonn mit dem Motto „Kultusminister nachsitzen!“ protestierten 8.000 Schüler_innen und Studierende gegen die Zusammenkunft der Kultusminister_innen. Obwohl die Proteste friedlich verliefen, ging die Polizei mit überzogener Gewalt gegen Schülerinnen und Studierende vor.

Kurz vor Beginn der Weihnachtsferien folgte eine Welle von Räumungen darunter z.B. Frankfurt am 2.12 die unter massiver Polizeigewalt geräumt wurden. Oder München, die noch während der Weihnachtsferien geräumt wurden. Die Besetzer_innen des Hörsaals 1a an der FU entschieden sich den Hörsaal auch über Weihnachten besetzt zu halten und feierten zum Teil sogar mit ihren Familien im Hörsaal 1a. Nach den Weihnachtsferien Anfang Januar waren nur noch wenige Unis besetzt. Am 10.02.10 hob das Präsidium die Duldung der Besetzung an der FU auf. Am 14.02. um 6 Uhr früh veranlasste das Präsidium überraschend und unter Einbeziehung eines privaten Sicherheitsdienstes und der Polizei die die Räumung des Hörsaals 1a. (Einem der letzten besetzten Hörsäle der Uni brennt Bewegung). Da einige Besetzer_innen sich weigerten den Hörsaal zu verlassen wurden sie von der Polizei herausgetragen bzw. heraus geschleift und danach für mehrere Stunden von der Polizei festgehalten. Diese Personen hatten bis zu einem Jahr lang mit den Repressionen zu kämpfen. Vor allem auch da sich die Unileitung erst nach mehreren Anfragen und Gesprächen bereiterklärte die Anzeigen wegen Hausfriedensbruch zurückzuziehen.

Gegen Ende des Sommersemesters folgte die bisher letzte große bundesweite Bildungsstreik Demonstration am 09.06.10 mit 7000 Schülerinnen und Studierenden in Berlin und weiteren Demonstrationen in anderen Städten.

Ausblick - Proteste ohne Ende?

Die seit den 90ern zu beobachtende Erlahmung und Entpolitisierung von der Berliner Studierendenproteste konnte durch den Ausbruch von 2003 kurzzeitig aufgehoben werden konnte. Dieser Protest unter der Parole „gegen Bildungs und Sozialabbau“ konnte die sich abzeichnende Einengung von Bildungspolitik auf studentische Lobbypolitik verhindern und die Einführung von Studiengebühren sabotieren - doch eine hochschulpolitische Trendwende gelang nicht.

Im Gegenteil - die im Rahmen des europaweiten „Bologna Prozesses“ erfolgte Einführung der Bachelor/Master Studiengänge als größtes Reformprojekt seit 1968 wurde von den Studierenden weitgehend passiv hingenommen. Zwar hatten studentische Kritiker_innen, unter ihnen auch der AStA FU, schon seit Beginn des Jahrzehnts vor einer Entwissenschaftlichung und Verschulung des Studiums gewarnt, konnten sich jedoch kein Gehör verschaffen.

Mittlerweile ist abzusehen, daß nicht nur diese im voraus geäußerten Kritiken an der BA/MA Reform voll eingetroffen sind, sondern dass die überhastete und in weiten Teilen unkoordiniert durchgezogene Reform eine Reihe weiterer Probleme verursacht hat: sich überschneidende Pflichtveranstaltungen, dadurch unstudierbare Stundenpläne, ein datenschutzmäßig fragwürdiges und technisch mangelhaftes Campus-Management System sowie eine grandiose Inkompatibilität der neuen Studiengänge untereinander.

Insbesondere letzteres ist ein bundesweites, ja europäisches Phänomen und vieles spricht dafür, daß die neueste Studienreform auch nach den Maßstäben ihrer Befürworter_innen gescheitert ist. Wurde noch vor fünf Jahren eine grenzenlose Flexibilität und europaweite Kompatibilität versprochen, so ist heute nicht einmal mehr die Kombination von Haupt und Nebenfach an HU und FU möglich. Zahlreiche Sonder- und Ausnahmeregelungen halten zwar seitdem die FU am Laufen, es wird jedoch wohl noch Jahre dauern bis sich aus den neuen Studiengängen ein irgendwie „geregelter“ Alltag entwickelt hat. Und ob die von den Reformern angestrebte EUweite Kompatibilität in absehbarer Zeit überhaupt erreicht wird, ist absolut zweifelhaft.



Dennoch blieben die Proteste an den Unis bescheiden. Die Neuerungen trafen nur die jeweiligen Erstsemester_innen und spalteten die Studierendenschaft in Altstudierende der auslaufenden Studiengänge und die neuen BA/MA Studis. Objektive gemeinsame Interessen werden somit weniger sichtbar, die unterschiedlichen Seminare und der verschiedene Studienalltag schwächen das Zusammengehörigkeitsgefühl. Aber, das zeigen die Ereignisse des Wintersemester 2005/2006 und des Sommersemester 2009, Proteste sind dennoch kein Phänomen der Vergangenheit. Die geradezu erschreckend schlampige Umsetzung der Reform erzeugte unter der Studierendenschaft beinahe noch mehr Wut als die eigentlichen Verschlechterungen im Studienalltag. Das Potential für Proteste ist da, Gründe gibt es genügend, aber im Alltag dominieren häufig Vereinzelung, Durchwursteln und unter den Altstudis der Wunsch „endlich fertig werden“.

Politisch aktive Studierende sehen ihr Aktionsfeld eher außerhalb der Universitäten. Allerdings sollte dieser gesellschaftliche Raum nicht aufgegeben werden. Eine kollektive Organisation im eigenen Lebensmittelpunkt ist immer noch das beste Rezept gegen die neoliberale Offensive in allen Bereichen der Gesellschaft. Die erfolgreiche Verhinderung von Studiengebühren im Streik 2003 zeigte, dass ein solches Engagement auch konkrete Früchte tragen kann. Langfristig ist jedoch mehr nötig, es gilt die demokratische Gegen-Öffentlichkeit an den Unis wiederherzustellen, sich von Debattierklubs und Karrieremessen zu emanzipieren und eigene Vorstellungen von der Zukunft zu entwickeln - auch wenn diese zunächst unrealistisch erscheinen mögen. Vergangene Proteste lehren vor allem eines: Radikale Opposition an den Unis erzielte stets die größten realpolitischen Erfolge, und zwar nicht nur an der Hochschule. Angepasst fatalistisches Mitgestalten oder zurückhaltend konstruktive Kritik hingegen wurden stets gnadenlos vereinnahmt oder schlichtweg ignoriert. Studentische Politik von heute muß deshalb radikaler werden, sich ernsthaft mit Themen und Bündnispartner_innen außerhalb der Unis beschäftigen, ohne jedoch die Uni selbst darüber zu vernachlässigen.

Gelingt es nicht, die Universität im demokratischen Sinne zu repolitisieren, werden neokonservative think tanks und marktradikale Politiker_innen die letzten demokratischen Bastionen auf dem Campus schleifen, um die Freie Universität durch die „Profitorientierte Leistungsuniversität“ zu ersetzen. Studiengebühren, Überwachung, Kontrolle, selektierter Zugang und die Abschaffung der Verfassten Studierendenschaft (AstA) sollen sicherstellen, dass in Zukunft nur noch gelehrt, studiert und geforscht werden kann, was dem Establishment genehm ist. Ein derart gleichgeschaltetes „Unternehmen Universität“ daß statt Solidarität nur „corporate identity“ vermittelt und dessen Marktradikalismus schon totalitär anmutet, kann letztlich nicht in unserem Interesse sein. Eine solche Universität negiert persönliche Wünsche aller Art weit stärker als die alte Bürokratenuni und reduziert seine Studie-

renden letztlich zu puren Objekten des Arbeitsmarktes. Und all das am liebsten noch mit unser aller freudiger Mitwirkung. Diese jedoch gilt es anderen Zielen zu widmen.

Wintersemester 2011/12

Gegen die weiter anhaltenden Probleme im Bildungssystem regte sich im Wintersemester 11/12 abermals Widerstand. Auf einer Vollversammlung Mitte November nahmen die Studierenden eine Bestandsaufnahme des angesammelten Unmuts vor. Zehn Punkte, die sich im Vorfeld aus den Kommentaren der Studierenden auf einer offenen Pinwand herauskristallisiert hatten, wurden breit diskutiert. Dabei zeigte sich, dass nicht nur Prüfungsstress und Zugangshürden im Bildungswesen Studierende vor Probleme stellen, sondern sie auch von steigenden Mieten und niedrigen Löhnen betroffen sind. Mehrere Hundert Studierende wollten die Diskussion nach der Vollversammlung fortsetzen und besetzten das Seminarzentrum, um sich einen Raum zum Diskutieren und Vernetzen zu schaffen. Entgegen der öffentlichen Inszenierung der „Freien“ Universität hält das Präsidium wenig von kritisch reflektierenden Studierenden und ordnete noch am selben Abend die Räumung an. Eine Hundertschaft der Polizei zerrte 60 Studierende aus deren Uni und bedrohte nebenbei auch noch einen Pressefotografen. Die Anzeigen wegen Hausfriedensbruchs wurden später zurückgezogen, nachdem betroffene und empörte, solidarische Studierende zahlreich eine Sitzung des Akademischen Senats besuchten und vom Präsidium Rechenschaft über die Repression verlangten.

In der Folge etablierte sich mit dem wöchentlichen Donnerstagsplenum um 18 Uhr im Mensa-Foyer eine Anlaufstelle für alle Studierenden, die genug haben von der Vereinzelung im Bologna-Studium. Der Austausch über die Missstände an der Uni und darüber hinaus stand unter der Prämisse, nicht einfach Forderungen an Autoritäten zu richten, sondern selbst aktiv zu werden und die besagten Autoritäten nach Möglichkeit zu ignorieren. Aus dem Plenum heraus entstanden AGs, die themenbezogenen Protestaktionen organisierten oder nach Wegen suchten, sich Bildung abseits der von oben herab verordneten Lehrpläne selbst anzueignen.

Anfang 2012 organisierte die Bildungsprotestgruppe mit der „Exzellenziade“ ein satirisch überzeichnetes Sportevent, um den absurden Konkurrenzwahn der Exzellenzinitiative zu kritisieren. Im Bildungshürdenlauf galt es Hindernisse auf dem Weg zur Exzellenz zu überwinden: Um kritische Lehre abzuwickeln, befreiten sich die Sportler_innen sich aus der Umschlingung von Frischhaltefolie. Bücher wurden weggeworfen, um unnötigen Wissensballast abzulegen und Bibliotheken zu schließen. Kurz vor dem Ziel mussten beim Aufbau von Bündnissen mit der Wirtschaft noch unzählige Hände von anzugtragenden Geschäftsmenschen geschüttelt werden. Anschließend zogen 50 Studierende zum Henry-Ford-Bau, wo eine stark verstärkte Sicherheitstruppe Studierenden den Zugang zur eigenen Uni verwehrte. Im so zum Exzellenzbunker degradierten Gebäude trafen die externen Gutachter_innen der

Exzellenzinitiative auf handverlesene Uniangehörige und versuchten herauszufinden, ob die „Freie“ Universität weiterhin den Exzellenzstats tragen dürfe. Sprechchören und rhythmischer Fenstertrommelei brachten die Fassade des Exzellenzbunkers zum Beben. Schließlich gelang es den Protestierenden, trotz gewaltsamer Gegenwehr der Sicherheitskräfte, durch eine Türe und ein Fenster eines Hörsaals das Gebäude zu betreten. Die Gewalt der Sicherheitskräfte – Stößen, Schläge und Tritten, auch gegen bereits am Boden Liegende – wurde später von der Universitätsleitung geleugnet.

Mit der Rahmenstudien- und -prüfungsordnung (RSPO) wurde im Sommersemester 2012 die lange Liste der Protestgründe um ein Element erweitert. Das im Geheimen ohne Beteiligung der Studierenden entworfene, für alle Studiengänge verbindliche, Dokument enthält zahlreiche Regelungen, die den ohnehin großen Leistungsdruck im Studium weiter erhöhen. Wer zu langsam studiert, soll ab dem dritten Semester zur Teilnahme an einer Zwangsberatung verpflichtet werden können, in der den Studierenden verbindliche Auflagen erteilt werden. Werden diese nicht erfüllt, folgt die Exmatrikulation. Ebenso soll die Anzahl der Prüfungsversuche begrenzt werden und die 2009 weitgehend ausgesetzte Anwesenheitspflicht wieder eingeführt werden. Um gegen die intransparente und undemokratische Arbeitsweise des Präsidiums und die Inhalte der RSPO zu protestieren, zogen im Anschluss an eine Vollversammlung im Juni etwa 300 Studierende in einer Spontandemonstration zum Sitz des Präsidiums. Dort fanden sie heruntergelassenen Rollläden, erneut gewalttätige private Sicherheitskräfte und nach kurzem Warten zwei Vertreter_innen des Präsidiums vor. Diese erklärten, dass die neuen Regelungen nur im besten Interesse der Studierenden seien und hielten die Diskussion damit für erledigt. Auf die Forderung nach einem Runden Tisch unter Beteiligung aller Statusgruppen wurde eindeutig geantwortet: Nein! Wie dieser Kampf ausgeht, steht zum Redaktionsschluss noch nicht fest. An Entschlossenheit mangelt es den Protestierenden jedoch nicht.

Literatur (Auswahl)

- AstA FU1967: Von der Freien zur Kritischen Universität. Geschichte der Krise an der Freien Universität Berlin, 2. unveränderte Neuauflage Berlin 2002.
- AstA FU 1990: Berichte, Fotos, Dokumentationen und Analysen der staatlichen Repressionen aufgrund des Universitätsstreiks im Wintersemester 1988/1989. Berlin.
- Badenberg, Nana et al. 1989: Wehe, wenn sie losgelassen. Analyse der Studentinnenbewegung an der FU Berlin im Wintersemester 1988/1989- Berlin.
- Born, Henning; Multhaupt, Wolfgang (Hg.) 1988: Herkunft und Zukunft der Freien Universität. Berlin.
- Büchner, Gerold; Hansmann, Uli; Lechner, Thomas; Stumpfögger, Niko (Hg.)1986: Bis hierher und nicht weiter. Der Berliner Tutorenstreik 1986. Hamburg.
- Dutschke, Rudi 1967: Demokratie, Universität und Gesellschaft. In: Rudi Dutschke 1980: Geschichte ist machbar. Berlin. S.61-75.
- Fichter, Tilman; Lönnendonker, Siegwald 1977: Kleine Geschichte des SDS. Berlin.
- Groth, Jan; Krien, Uwe 1998: Reader zum bundesweiten studentischen Basiskonferenz (BUG) in Berlin, 8.-11. Januar 1998. Berlin.
- Heinrich, Klaus 1967: Erinnerungen an das Problem einer Freien Universität. In: Das Argument 43, Juli 1967. S. 92-102.
- Hermann, Kal 1967: Die Revolte der Studenten. Hamburg.
- Hoffrogge, Ralf 2004: Emanzipation oder Bildungslobby - Die studentischen Proteste im Wintersemester 2003/2004, in PROKLA134, März 2004, S. 149-157. Informationsausschuß 1989: FU Berlin. Ein pechschwarzes Gebilde. Berlin. Kotowski, Georg 1954: Der Kampf um Berlins Universität. In: Veritas Justitia Libertas. Festschrift zur 200-Jahrfeier der Columbia University New York. Berlin. S. 7-31.
- Kraus, Felicitas; Wildermuth, Martin 1989: Unlmut. Studentinnen in Bewegung. Berlin.
- Liebfried, Stephan (Hg.) 1967: Wider die Untertanenfabrik. Handbuch zur Demokratisierung der Hochschule. Köln.
- Lönnendonker, Siegwald 1988: Freie Universität Berlin. Gründung einer politischen Universität. Berlin.
- Müller, Marianne; Müller, Egon Erwin 1994: „...stürmt die Festung Wissenschaft!“ Die Sowjetisierung der mitteldeutschen Universitäten seit 1945. Berlin.
- Neubauer, Reinhard 2003: „Nicht jeder Tod eines Studenten ist hochschulbezogen“. Die Unterdrückung der Kritik: Zur Geschichte des „(allgemein)politischen Mandats“. In: AstA FU Berlin (Hg.) 2003: Universität im Umbruch. Der globale Bildungsmarkt und die Transformation der Hochschulen. S. 103-129.
- Pehle, Walter H.; Sillem, Peter 1992: Wissenschaft im geteilten Deutschland. Restauration oder Neubeginn nach 1945? Frankfurt/M.
- Prell, Uwe; Wilker, Lothar 1988: Die Freie Universität Berlin 1948-1968-1988. Ansichten und Einsichten. Berlin.
- Rabehl, Bernd 1988: Am Ende der Utopie? Die politische Geschichte der Freien Universität Berlin. Berlin.
- Ribbe, Wolfgang; Schmäddecke, Jürgen 1994: Kleine Berlin-Geschichte. Berlin.
- Schlicht, Uwe 1980: Vom Burschenschaftler zum Sponti. Studentische Opposition gestern und heute. Berlin.
- Tent, James F. 1988: Freie Universität Berlin 1948-1988. Berlin.
- Wesel, Uwe 2002: Die verspielte Revolution. 1968 und die Folgen. München.

PRAXIS



Thema	Seite
Die Studentische Selbstverwaltung	94
Die 13 Referate des AStA	96
Das AStA-Haus	106
Das FSI-Konzept	108
Einige Inis stellen sich vor	111
Die Akademische Selbstverwaltung	125



DIE STUDENTISCHE SELBSTVERWALTUNG

Im Gegensatz zu den anderen Gruppen (Professor_innen, wissenschaftliche Mitarbeiter_innen (WiMis) und sonstige Mitarbeiter_innen (SoMis)) verwalten sich die Studierenden im Zuge einer verfassten Studierendenschaft (VS) selbst.

Die Fachschaftsinitiativen

Die studentische Selbstverwaltung ist an der FU Berlin noch weitestgehend basisdemokratisch organisiert: Die Studierenden engagieren sich in der Regel an ihren Fachbereichen oder Instituten in den Fachschaftsinitiativen- kurz Inis genannt. Hier werden in regelmäßigen Treffen aktuelle Probleme der Hochschulpolitik, eigene Aktivitäten oder auch die Caféorganisation (sofern eins vorhanden ist) besprochen.

Zwar sind Fachschaftsinitiativen hochschulrechtlich als Basisgruppen nicht verankert, dennoch sind sie gute Tradition. Nach der Satzung der Studierendenschaft gibt es sogenannte Fachschaftsräte. Obwohl das Studierendenparlament die Fachschaftsräte aus der Satzung der Studierendenschaft gestrichen hatte, setzte der alte Präsident Gerlach die Wahl von Fachschaftsräten zum Januar 1998 durch. Die zur Zeit im Amt befindlichen Fachschaftsräte sind meist identisch mit den Fachschaftsinitiativen. Damit bleibt das Prinzip einer offenen Mitarbeit jenseits von Hierarchisierungen erhalten. Die Fachschaftsinitiativen organisieren sich universitätsweit über die Fachschaftskoordination (FaKo).

Das Studierendenparlament (StuPa)

Im Studierendenparlament, das jährlich (meist im Januar) gewählt wird, sitzen 60 Vertreter_innen der Studierendenschaft. Über die aktuelle Verteilung der Mandate auf die verschiedenen Wahllisten könnt ihr euch auf der Homepage des studentischen Wahlvorstandes (www.fu-berlin.de/studvv) informieren. Es wählt den Allgemeinen Studierendenausschuss (AStA) oder beschließt den Haushaltsplan und die Höhe des Beitrags zur Studierendenschaft.

Die Sitzungsleitung des StuPa erreicht ihr per E-Mail ([situngsleitung@astafu.de](mailto:sitzungsleitung@astafu.de)) oder über das entsprechende Postfach im AStA. Ihr könnt dort eure Sachen persönlich abgeben oder ein Fax schicken an: 030-831 45 36.

Der Allgemeine Studierendenausschuss (AStA)

Der AStA ist das Kernstück der studentischen Verwaltung. Er besteht aus derzeit 13 Referaten und ist dem Studierendenparlament und der studentischen Vollversammlung rechenschaftspflichtig. Finanziert wird der AStA durch die Studierenden selbst: 7 Euro pro Semester gehen von den von Euch eingezahlten mehreren hundert Euro an die Studierendenvertretung. Mit diesem Geld erledigt der AStA gemäß § 18 BerlHG »die laufenden Geschäfte der Studierendenschaft«. Dazu gehört bspw., die Meinungsbildung in der Gruppe der Studierenden zu ermöglichen, zu hochschul- oder wissenschaftspolitischen Fragen Stellung zu nehmen, die politische Bildung und die Bereitschaft der Studierenden zur aktiven Toleranz sowie zum Eintreten für die Grund- und Menschenrechte zu fördern sowie kulturelle, fachliche, wirtschaftliche und soziale Belange der Studierenden wahrzunehmen.

Des Weiteren hat der AStA in allen universitären Gremien, wie bspw. dem Akademischen Senat, Rede- und Antragsrecht und hält den Kontakt zu den Fachschaftsinitiativen und zur Fachschaftskoordination.

Das Info-Büro als Wegweiser

Im September 1995 wurde das „Büromodell« eingeführt. Seitdem ist es nicht mehr dem Zufall überlassen, ob ihr jemanden im AStA antrefft, wenn ihr Fragen wegen Zwangsberatung, Ärger bei Prüfungen, Probleme mit dem BAföG etc. habt. Unser so genanntes Info-Büro ist werktags von 10 bis 18 Uhr (Semesterferien: 11 bis 16 Uhr, freitags 13 bis 18 Uhr) mit ein bis zwei Bürokräften besetzt. Das Büro findet ihr, wenn ihr in die AStA-Villa kommt, gleich links im ersten Raum.

Die Vollversammlungen der Studierendenschaft (VV)

Eine Vollversammlung wird meist auf Grund aktueller Ereignisse an der FU vom Allgemeinen Studierendenausschuss (AStA) einberufen, wie bspw. um über die (geplante) Einführung von BA/ MA- Studiengängen oder Studiengebühren zu informieren und zu diskutieren. Dabei ist jede_r Studierende rede-, antrags- und stimmberechtigt. Die gefassten Beschlüsse haben für StuPa und AStA empfehlenden Charakter.

Alle Fragen der studentischen Selbstverwaltung werden in der Satzung der Studierendenschaft geregelt: www.astafu.de/sites/default/files/studsatz.pdf.



DIE 13 REFERATE DES ASTA FU

Der Asta besteht aus dreizehn Referaten. Jedes Referat hat seinen „Geschäftsbe- reich“, dessen Beschreibung ihr weiter unten findet. Die jeweils drei Referent_innen werden für jedes Referat vom Studierendenparlament (StuPa) gewählt. Selbstver- ständlich arbeiten auch mehr Menschen in den Referaten mit. Autonome Referate werden von der jeweiligen „Ausländer_innen-“, FrauenLesben- oder der schwulen Vollversammlung gewählt und im StuPa bestätigt.

Hochschulpolitisches Referat

Das Hochschulpolitische Referat beschäftigt sich mit hochschul-, bil- dungs- und wissenschaftspolitischen Themen. Vor dem Hintergrund der untragbaren Hochschulpolitik von Bund, Berliner Senat, Hochschulre- ktorenkonferenz etc. bedeutet dies vor allem der Kampf gegen die neoliberale Kom- merzialisierung von Lehre und Forschung im Spannungsfeld von nationaler Stand- ortlogik und „europäisierten“ Hochschulraum. Unsere Arbeit richtet sich gegen den Versuch, die Hochschulen in stromlinienförmige Dienstleistungsbetriebe für eine immer kleiner werdende studentische Elite zu verwandeln.

Verschärfte Zulassungsbedingungen, überhöhte Rückmeldegebühren, Studien- gebühren jeglicher Art und digitalisierte Zwangskontrolle sowie den Abbau der letz- ten Reste von Demokratie und studentischer Beteiligungsmöglichkeiten im Namen von Exzellenz und Elite lehnen wir daher ab. Die kritische Auseinandersetzung mit den Folgen des Bologna-Prozesses und der Einführung von Bachelor- und Master- studiengängen bleibt weiter aktuell: In Anbetracht der großen Probleme mit den neuen Studiengängen fordern wir eine Überarbeitung dieser.

Hochschulbildung muss ein öffentliches Gut sein, zu dem alle Menschen ohne Be- schränkung und Kosten Zugang haben. Wir setzen uns für ein nach den Bedürfnis- sen, Interessen und Lebensbedingungen der Studierenden frei gestaltbares und ge- bührenfreies Studium ein.

Kontakt

web: www.astafu.de
mail: hochschulpolitik@astafu.de

Um diesem Ziel näher zu kommen, gehört der Austausch mit anderen Studierenden- ausschüssen und -parlamenten, die Diskussion von Ideen, die Analyse und Aufbe- reitung der aktuellen hochschulpolitischen Entwicklung sowie die Organisation von Aktionen und Veranstaltungen ebenso zu unserer alltäglichen Arbeit wie Gremien- arbeit, die Herausgabe hochschulpolitischer Publikationen und die Beratung oder Unterstützung in hochschulpolitischen Fragen. Wir unterstützen Initiativen, die eine emanzipatorische, theoretisch fundierte hochschulpolitische Arbeit an der Uni ma- chen wollen, mit den uns zur Verfügung stehenden Mitteln. Bei Fragen, Anregungen oder Kritik meldet euch.

Referat für Lehre und Studium

Das Referat für Lehre und Studium (LuSt-Ref) ist aus dem Wunsch heraus entstanden, das studentische Enga- gement im Gremien- und Satzungs- schungel der Hochschulpolitik theo- retisch zu fundieren und verstärkt zu unterstützen.

Der Senat bzw. die Parteien halten uns ständig mit ihren Versuchen auf Trab, die Hochschulen in stromlinienförmige Dienstleistungsbetriebe zu verwan- deln. Ihre politischen Programme gießt die Obrigkeit in die scheinheilig ‚sachliche‘ Form von Paragraphen. Die Analyse und Aufbereitung dieser Papiere (z.B. Berliner Hochschulstrukturplan, Hochschulrahmengesetz etc., momentan besonders die Im- plementierung des Berliner Hochschulgesetzes in die FU Ordnungen) gehören eben- so zu unserer Alltagsarbeit, wie die Unterstützung und Auswertung studentischer Gremienarbeit oder Zusammenarbeit mit der Hochschulberatung im Kampf gegen die Zwangsberatung/-exmatrikulation.

Seit der Bologna Reform hat sich der Studienalltag vieler Studierender drastisch verändert, vielfach zum Schlechten: höhere Prüfungsdichte, starker Leistungsdruck, Verschulung, drohende Exmatrikulation und einseitige Studieninhalte. Wir wollen uns entgegen dieser sowie aller „exzellenten“ und neoliberaler Tendenzen an der FU für eine studierendenfreundlichere Lehre und emanzipatorische, kritischere Bil- dung für alle einsetzen.

In Zukunft bieten wir deshalb allen Interessierten eine Referatssprechstunde an, um in Fragen der Gremienarbeit zu beraten und euch bei Problemen oder Kon- flikten im Studienalltag zu unterstützen.

Kontakt/Sprechstunde

web: www.astafu.de
mail: hochschulpolitik@astafu.de
Montag 12-13 Uhr (nach vorherige An- meldung)

Finanzreferat

Das Referat für Finanzen und Organisation befasst sich mit den finanziellen sowie verwaltungsinternen Belangen der Studierendenschaft. Dabei fällen wir keine eigenen Finanzentscheidungen sondern führen die Beschlüsse des AStA-Plenums aus. Weiterhin bereiten wir jährlich den Beschluss über den Haushaltsplan vor und führen eine Haushaltsrechnung durch. Die Buchführung wird dabei von mehreren Instanzen kontrolliert: vom Haushaltsausschuss des Studierendenparlaments, von Wirtschaftsprüfer_innen, vom Präsidialamt der FU Berlin sowie vom Rechnungshof des Landes Berlin.

Für hochschulbezogene, emanzipatorische Projekte / Propaganda / Aktivitäten könnt Ihr Finanzanträge, Kopieranträge, Druckanträge und Busanträge stellen. Füllt hierzu bitte die bereitgestellten Formulare den Vorgaben entsprechend aus und reicht sie persönlich im AStA-Büro ein oder schickt sie per Post adressiert ans Finanzreferat. Wir nehmen keine per Email oder Fax versandten Anträge entgegen. Damit ein Antrag auf dem Finanzplenum des AStA behandelt wird, muss er bis zum Freitag der Vorwoche im Rahmen der Büro-Öffnungszeiten eingegangen sein. Den Antrag müsst Ihr persönlich im AStA-Plenum vorstellen. Der AStA kann nur solche Anträge bewilligen, die sich im Rahmen der in § 18 Abs. 2 BerlHG niedergelegten Aufgabenzuweisung bewegen. Das AStA-Finanzplenum findet im Regelfall alle 2 Wochen montags statt, Genaueres bitte im Info-Büro erfragen.

Fachschaftsreferat

Wir Fachschaftsreferent_innen sind in erster Linie Ansprechpartner_innen für diejenigen Studierenden, die sich an den einzelnen Instituten selbstorganisiert hochschulpolitisch engagieren. Als Schnittstelle zum AStA unterstützen wir nicht nur einzelne Fachschaften bei ihren Projekten, sondern fördern auch die Zusammenarbeit und den Austausch über Institutsgrenzen hinaus. Dabei geht es uns darum, euch bei euren eigenen Anliegen und Projekten behilflich zu sein, anstatt euch irgendwelche Themen aufzudrücken. Deshalb unterstützen wir das Konzept der Fachschaftsinitiativen. Au-

Kassenstunden:

Montag 12:00 - 13:30
Donnerstag 16:00 - 17:30
(nicht in der vorlesungsfreien Zeit)
web: www.astafu.de
mail: finanzreferat@astafu.de

ßerdem arbeiten wir an der Struktur der FaKo (Fachschaftskoordination) mit, um die Kommunikation zwischen Studierenden aus verschiedenen Fachschaften und unterschiedlichen Bereichen der Hochschulpolitik zu erleichtern. Diese Struktur soll einen unbürokratischen Rahmen für gleichberechtigtes und selbst bestimmtes Arbeiten bereitstellen, ihre konkrete Ausgestaltung liegt bei euch. Wir helfen euch gerne weiter, wenn ihr einen Finanzantrag stellen, die Infrastruktur des AStA nutzen wollt oder sonst wie Unterstützung mit den uns zur Verfügung stehenden Mitteln braucht. Auch bei inhaltlichen Fragen könnt ihr euch persönlich oder per E-Mail an uns wenden - egal, ob ihr eine FSI an eurem Institut ins Leben rufen wollt, Nachfragen zu den Orientierungstagen oder anderen Veranstaltungen habt, Informationen zu einem spezifischen hochschulpolitischen Thema oder Mitstreiter_innen sucht. Bei Fragen, Anregungen oder Kritik meldet euch einfach.

Frauenreferat **- für alle Weiblichkeiten**

Die Frauen im Frauenreferat bemühen sich, (queer-)feministische Projekte und Inhalte zu fördern und zu initiieren. Gerade in Zeiten, in denen feministische Inhalte wegrationalisiert werden und queer-feministische Themen kaum zur Sprache kommen, wollen wir dazu beitragen, dass die Debatten um Geschlecht als gesellschaftliches Strukturmerkmal in Gang gehalten werden. Zu diesem Zweck arbeiten wir eng mit dem LesBiTrans*InterA-Referat zusammen und bieten gemeinsame Veranstaltungen an, wie zum Beispiel Filmreihen, Vorträge oder Treffen... Wichtig ist uns ein gendersensibler Blickwinkel, den wir auf allen Ebenen der Universität einfordern und auch im AStA darauf achten, dass dieser eingenommen wird. Darüber hinaus bieten wir eine Beratung an, in der wir unseren feministischen Erfahrungsschatz zur Verfügung stellen. Vor allem bieten wir in Fällen von sexualisierter Gewalt Hilfe, Adressen und Kontakte an. Wir helfen bei der Konzeption von feministischen Hausarbeiten und stehen Studentinnen, die ein Projekt mit feministischem Inhalt planen oder durchführen mit Rat und Tat zur Seite. So steht eine kleine, aber feine Büchersammlung zur Verfügung, zu der auch Zeitschriften, Flyer und Infomaterialien gehören. Die Sprechstunde dient darüber hinaus als Kontakt- und Informationsstelle für die Interessen studierender Frauen. Fragen, Diskussionen und Anregungen rund um feministische Themen sind herzlich willkommen. Des Weiteren organisieren wir ein für Studentinnen günstiges Sportprogramm.

Kontakt/Sprechstunde

Tel.: 030 839091-23
Donnerstag 13-15 Uhr
web: www.astafu.de/frauen
mail: frauen@astafu.de

Kontakt/Sprechstunde:

web: www.astafu.de
mail: fsref@astafu.de
Montag 13-14 Uhr

Falls ihr Kontakt zu uns aufnehmen wollt: Wir befinden uns ganz oben im Dachgeschoss der AStA-Villa und zählen zu den autonomen Referaten des AStAs. Die Termine für Beratung und Sportprogramm findet ihr auf unserer Seite. Kommt vorbei, ruft an oder mailt uns. Wir freuen uns über Besuch, Mitstreiterinnen, Kritikerinnen!

LesBiTrans*InterA-Referat

Ganz oben im Dachgeschoss der AStA-Villa befindet sich unser pinkes Referat. Ein Weg dorthin lohnt sich immer. Denn unser Anliegen ist es, Lesben, a-/ bi-/ poly-/ pan-sexuellen Frauen, Trans*, genderqueeren und Inter* Menschen einen angenehmen Treffpunkt zu ermöglichen. Einen möglichst geschützten Ort, an dem wir uns bei einem Kaffee oder Tee über das Leben und Erfahrungen an der Uni, Hochschulpolitik, Frust und Lust etc. austauschen und gemeinsam für lesbische, gender/queere, trans* und inter* Inhalte arbeiten zu können.

Lesbischsein oder queer leben bedeutet für uns mehr, als das Ausleben einer sexuellen Vorliebe oder Geschlechtsidentität; mehr als die Wahl einer alternativen, bestenfalls geduldeten Lebensform. Lesbisch, queer, trans* oder genderqueer zu leben heisst für uns, uns gegen jede Form der Heteronormierung und Trans*/Homofeindlichkeit zu wenden. Wir wollen Sichtbarkeit und Präsenz von Inter* und genderqueeren Menschen, Lesben und Trans* in allen Lebensbereichen - also auch an der Uni!

Zu diesem Zweck veranstalten wir beispielsweise Vollversammlungen und Vernetzungstreffen, ein Mal im Jahr Orientierungstage für Trans*LesbenFrauenInter* in Zusammenarbeit mit dem Frauenreferat oder unser queeres Frühstück gemeinsam mit dem Schwulenreferat. Des Weiteren organisieren wir Veranstaltungen zu verschiedenen queer/feministischen Themen und kulturellen Ereignissen (z. B. spezifische Filmreihen). Jede_r ist dabei sehr willkommen, sich einzubringen und mitzumachen oder auch einfach nur vorbeizukommen! Bitte achte darauf, dass viele der Veranstaltungen für Cis-Männer nicht offen sind, das tun wir deshalb, weil wir es als notwendig ansehen, auch eigene Räume zu schaffen!

Viele spannende Infos, Bücher, Zeitschriften und Zines findest du ausserdem in unserer Bibliothek, wo wir dich gerne bei der Suche nach Literatur für queer/feministische Haus- und Abschlussarbeiten unterstützen.

Im Rahmen der Beratung unseres Referats, der Lesbisch/trans*- feministische Info und Support (LIS) stellen wir dir einen Pool von Kontakten und Adressen be-

Kontakt/Sprechstunde

Tel.: 030 839091-22
Dienstag: 14 - 16 Uhr
web: www.astafu.de
mail: lesbitransintera@astafu.de

reit. Die LIS ist eine Anlaufstelle fuer (gender)queere, lesbische, poly-/bi-/pan/asexuelle Trans*, Inter*, Lesben, genderqueers und Frauen. Wenn du Informationen und Ansprechpartner_innen zu queeren Veranstaltungen und Örtlichkeiten in Berlin, Coming Out, Safer Sex, Gruppen und Beratungsangeboten etc. suchst oder über deine Erfahrungen sprechen möchtest, findest du hier Unterstützung. In Fällen von Homo- und Trans*feindlichkeit und sexualisierter/sexueller Gewalt findest Du bei der LIS und beim LesBiTrans*InterA-Referat Unterstützung. Wir freuen uns auf Deinen Besuch!!!

„AusländerInnen“referat

Wer wir sind, was wir tun und was wir wollen!

Das AusländerInnenreferat ist ein Autonomes Referat des AStA FU und wird jedes Jahr neu von der Vollversammlung der „ausländischen“ FU- Studierenden gewählt. Das AusländerInnenreferat vertritt die politischen und rechtlichen Interessen der ausländischen Studierenden, leistet praktische Unterstützung für die ausländischen Studierenden und organisiert eine Reihe von politischen und kulturellen Veranstaltungen mit multikulturellem Bezug wie die Internationalen Filmwochen der FU, spezielle Fachseminare für den Bedarf der ausländischen Studierenden sowie informative Begegnungen mit Studierenden im Rahmen der Präsentation der Aktivitäten am Beispiel des Frühstücks, Sommergrillfestes und der Orientierungswoche für die ausländischen Erstsemesterstudierenden. Darüber hinaus setzt sich das AusländerInnenreferat unter anderem für Erleichterung und Transparenz der Zulassungsbedingungen für BildungsausländerInnen und für eine umfassende Reform der Studienvorbereitungs- und -eingangphase und Bekämpfung des offenen und strukturellen Rassismus an der FU Berlin, sowie die Beseitigung der Diskriminierung von MigrantInnen und BildungsausländerInnen im Hochschulbereich ein.

Zu unseren Aufgaben gehört auch eine Beratung für die ausländischen Studierenden über die Studienvorbereitung und Zulassungsverfahren, Klärung bzw. Verlängerungsprozeduren des rechtlichen Aufenthaltstatus, sowie Hilfe beim Zugang zum deutschen/europäischen Arbeitsmarkt nach dem Studium und die aktuellsten gesetzlichen Bestimmungen für alle Studierenden und Promovierenden insbesondere aus Nicht-EU-Staaten. Wir fordern den freien Zugang zu Bildung unabhängig von Geschlecht, sozialer oder nationaler Herkunft und die Förderung einer emanzipatorisch-kritischen und international ausgerichteten Wissenschaft. Wir denken, dass auch die Hochschule als Teil der Gesellschaft nicht frei von strukturellem und

Kontakt:

Tel.: 030 839091-17
web: www.astafu.de
mail: arefberatung@astafu.de

offenem Rassismus ist, daher setzen wir unser Ziel auf die Verbesserung der Lebens- und Studiensituation ausländischer Studierender und die Beseitigung des Rassismus auf allen Ebenen ein. Darüber hinaus fordern wir die Abschaffung der gesetzlich verankerten Einschränkung der Aufenthaltsgenehmigung der ausländischen Studierenden mit der Vorbereitungszeit für das Gesamtstudium auf Zehn Jahre, die Lockerung der Zulassungsbedingungen für BildungsausländerInnen, die Gleichstellung der ausländischen Studierenden mit deutschen Studierenden bei der Arbeitserlaubnis in Deutschland, die Abschaffung der bürokratischen Hürden, Uni-Assist und ein ausreichendes Angebot an Sprachkursen. Wir fordern auch konsequente Maßnahmen gegen Dozierende und andere Uni-Angehörige, die sich rassistisch und sexistisch verhalten und äußern.

Sozialreferat

Das Sozialreferat befasst sich mit den sozialen Belangen der Studierenden an der FU. Wir sammeln Informationen über soziale Schwierigkeiten und Probleme denen Studierenden an unserer Hochschule ausgesetzt sind. Dies tun wir freilich nicht (nur) für den eigenen Erkenntnisgewinn, sondern wir möchten selbstverständlich unser Wissen an die Betroffenen weitergeben. Wir wollen den Studierenden helfen, mit den Widrigkeiten denen sie allzu oft ausgesetzt sind, besser fertig zu werden. Wir erreichen die Studierenden auf verschiedenen Wegen: Einerseits durch Publikationen wie das Sozialinfo (wird derzeit neu aufgelegt), in denen wir den Studierenden z.B. Tipps und Tricks zum günstigeren Leben und studieren geben und andererseits durch die Unterstützung der Sozialberatung des AstAs der FU, mit der wir eng zusammenarbeiten. Gerade vor dem Hintergrund der anstehenden unsozialen Reformen (Änderung der Rahmenprüfungsordnung) an der Uni, wollen wir auch unsere Vernetzung mit anderen Referaten und studentischen Beratungsangeboten vertiefen, vor allem mit dem HoPo/ LuSt -Referat.

Selbstverständlich stehen wir für direkte Nachfragen durch FU Studierende jederzeit zur Verfügung, denn ein gemeinsames Eintreten für die sozialen Belange an der Hochschule ist uns wichtig. Diese Arbeit wird ergänzt durch ein zweites Betätigungsfeld des Sozialreferats, denn die soziale Lage der Studierenden wollen wir nicht losgelöst von der Universität und ihrer gesellschaftlichen Rolle begreifen. Deshalb veranstalten wir regelmäßig politikwissenschaftliche Diskussionsveranstaltungen als Ergänzung zum regulären Wissenschaftsbetrieb.

Kontakt:

Tel.: 030 839091-12
mail: sozialreferat@astafu.de

Öffentlichkeitsreferat

Das Öffentlichkeitsreferat, oder kurz „Öff-Ref“, oder noch kürzer „Öff“, ist verantwortlich für die Publikationen (außer dem Buch in deinen Händen) des AstA und die Koordinierung der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit.

Mit der „Out of Dahlem“ und dem „AstA-Info“ möchten wir alle Studierenden kritisch über aktuelle Entwicklungen in Hochschulpolitik, Universität und darüber hinaus informieren und den studentischen Interessen eine Stimme geben. Außerdem geben wir einmal pro Jahr in Zusammenarbeit mit dem RefRat der HU den AstA-Kalender „stud_kal“ heraus. Der Newsletter informiert in regelmäßigen Abständen über wichtige Termine und Neuigkeiten. Alle gedruckten Publikationen findet ihr im AstA-Aufsteller vor der Mensa in der Silberlaube oder im AstA selbst.

Kontakt:

Tel.: 839091-19
web: www.astafu.de
mail: oeffref@astafu.de
Newsletter: [https:// lists.spline.inf.fu-berlin.de/mailman/listinfo/asta](https://lists.spline.inf.fu-berlin.de/mailman/listinfo/asta)

(Hoch-) Kulturreferat

Schwerpunkt des Aufgabenbereichs des Kulturreferats ist die Organisation von Parties und die Unterstützung der FSin bei kulturellen Projekten. Die wichtigste Aufgabe ist dabei vor allem die Vorbereitung des legendären AstA-Hoffests. Im Gegensatz zu anderen Referaten beschäftigt sich das Kulturreferat nicht mit banalen Theorien, sondern wagt unerschrocken den Schritt in die Praxis, die folgendermaßen aussieht: Filme! Lesungen! Diskussionen! Rauschende Feste! Klassenkampf!

Kontakt:

Tel.: 030 839091-0
mail: kultur@astafu.de

Schwulenreferat

Das Schwulenreferat im AstA der FU versteht sich als politische Interessenvertretung der schwulen Studenten dieser Uni. Als autonomes Referat sind wir ausschließlich der jährlich stattfindenden Schwulen Vollversammlung rechenschafts-

Kontakt

Tel.: 030 839091-18
web: www.astafu.de/schwule
mail: schwule@astafu.de

pflichtig. Im Gegensatz zu der weit verbreiteten Ansicht, dass Schwulenpolitik im Allgemeinen und erst recht innerhalb der Universität, heutzutage überflüssig sei, meinen wir, dass die begrenzte Duldung Schwuler und ihre Stilisierung zu Trendsettern nicht darüber hinwegtäuschen kann, dass diese Gesellschaft in ihren Grundstrukturen homophob und sexistisch ist.

Im Sommersemester 2009 jährte sich zum 28. Mal die Gründung des FU-Schwulenreferats. 1981 steckte die zweite deutsche Schwulenbewegung in ihren Jugendjahren. Die Aufbruchstimmung der 70er sah sich nach der konservativen Wende durch die Notwendigkeit verdrängt, das Erreichte gegen einen zunehmenden Druck zu erhalten. Dabei sollten Schwulenreferate an den Universitäten eine nicht unbedeutende Rolle spielen. Das erste von ihnen in der Bundesrepublik war das im AStA der FU. Begründet vom Arbeitskreis Homosexualität der „Aktionsgemeinschaft der Demokraten und Sozialisten“ (ADS), wurde dem Schwulenreferat die Aufgabe zuteil, Hilfestellung für schwule Studierende zu leisten. Das vor allem für Neuberliner und Schwule im Coming-out belastende Doppelleben zwischen dem subkulturellen Ghetto und der heterosexuellen Uniwelt sollte, wie das im Jahrzehnt zuvor gesamtgesellschaftlich mit der neuen Schwulenbewegung begonnen wurde, kollektiv überwunden werden. Es ging schlicht um das Recht, sich nicht verbergen zu müssen. Das Schwulenreferat mit Treffs, Fetten und Infos wurde als ein erster Schritt in diese Richtung angesehen. Über diese klientelbezogene Arbeit hinaus wollte man der Diskriminierung von Homosexualität in Wissenschaft und Medien entgegentreten. Vieles von dem, was am Beginn der Referatsarbeit stand, hat nichts von seiner Aktualität verloren. Teils weil es, wie das Bestreben, die Vereinzelung an der Massuniversität zu überwinden, jedes Semester von neuem wichtig ist, teils weil sich dem gesteckten Ziel bisher nur wenig angenähert werden konnte. Dies gilt im Besonderen für die Forderung, die heteronormative Dominanz in den Wissenschaften zu brechen, wenn auch an einzelnen Fachbereichen Veranstaltungen zu lesbisch-schwulen und transgener Themen vielleicht weniger schockierend geworden sind. Sie sind aber nach wie vor erschreckend selten. Für Unterstützung, Anregungen und Kritik sind wir jederzeit dankbar.

Internationalismus- und Antifaschismusreferat

Die Aufgabenbereiche des Referats unterteilen sich in die Themen Internationalismus und Antifaschismus.

Internationalismus: Wir sehen es als unsere Aufgabe den Kontakt zu internationalen Studierendengruppen aufzubauen und uns mit diesen zu vernetzen.

Kontakt:

web: www.astafu.de
mail: antifa_internationalismus@astafu.de

Arbeitsschwerpunkte liegen derzeit auf der Situation von Studierenden in Ägypten, Griechenland und Lateinamerika.

Antifaschismus: Des Weiteren ist es unser Ziel antifaschistische und antirassistische Politik in der Universität zu verankern und Studierende für den Umgang mit Unterdrückungs- und Herrschaftsmechanismen wie u.a. Antisemitismus, Rassismus, Patriotismus und Sexismus zu sensibilisieren. Außerdem wollen wir die Studierenden der FU über weiterhin existente rechtskonservative Verbindungen informieren und uns kritisch mit geschichtsrevisionistischen Tendenzen in Lehre und Studium befassen.

Wir verstehen uns als Ansprechpartner_innen für Studierende die in ihrem Uni-Alltag von faschistischen oder rassistischen Grenzüberschreitungen betroffen sind. Im Falle von Diskriminierungserfahrungen oder Beobachtungen sind wir jederzeit per mail zu erreichen und treffen uns auch gern persönlich mit euch. Eure Daten werden vertraulich behandelt und auf Wunsch auch anonymisiert.

13tes Referat für Kommunikation und Antirepression

Dieses Referat hat zwei Schwerpunkte. Zum einen den großen und schwer durchdringbaren Bereich Datenschutz und zum anderen das weite Feld der Antirepression. Die Antirepression beginnt bei der direkten Hilfe von Betroffenen, die von Repressionsorganen drangsalieren werden, bis hin zu Unterstützung und Beratung bei (Hörsaal)- Besetzungen. Aber auch die theoretischen Hintergründe von Repression und die schleichenden Repressalien der Universität (Maluspunktandrohungen, Exmatrikulationsandrohungen, Anwesenheitslisten...) sind Themen mit denen wir uns auseinandersetzen. Wir wollen damit:

- die Handlungsfähigkeit der Einzelnen an der Universität stärken indem sie sich der Wirkung von Repression bewusst sind
- Autoritäten untergraben und Ängste abbauen, damit Repression nicht mehr durch ihre Androhung wirken kann
- Repression zur Vermittlung politischer Inhalte nutzen, z.B. Debatten um eine Universität ohne Polizei, Anwesenheitslisten, Sicherheitsdienste und Kameras.

Es ist nicht ein Mensch betroffen, sondern Sie meinen uns alle. Eine andere Universität ist möglich! Zusammen mehr erreichen! Der andere Schwerpunkt der Referatsarbeit liegt in der Auseinandersetzung mit Datenschutzhematiken. Diesen Bereich lässt die Freie Universität oft unbeachtet. Hier sehen wir uns in der Aufgabe Datenschutz zu verbreiten und an die Studierenden zu bringen, damit jede/jeder

Kontakt:

web: www.astafu.de
mail: datenschutz@astafu.de
Sprechstunde: Mittwoch 17 Uhr

Einzelne sich seiner/ihrer Rechte bewusst ist und diese auch gegen vermeintliche Autoritäten Vorbringen kann. Wir unterstützen Vorgehen gegen Datenschutzverletzungen und Beraten in unserer Sprechstunde zu Datenschutzfragen und Computerproblemen.

DAS ASTA HAUS

Wenn ihr Interesse an der politischen Arbeit des AstA habt, selbst mitreden wollt, Infos zu Veranstaltungen, Studium, Bafög, Wohnung, Jobs etc. benötigt oder ein eigenes politisches Projekt vorstellen wollt, dann ist die Otto-von-Simson-Straße 23 die richtige Adresse. Wenn ihr ins Haus kommt und gleich links ins Büro schaut, müsst ihr ein_e „Serviceangestellte_r« antreffen die_der sich gerne um euch kümmert und eure Fragen nach bestem Wissen beantwortet. Sollte mal gerade keine_r

da sein, dann könnt ihr auf dem gemütlichen Sofa Platz nehmen. Im Vorraum liegen außerdem immer die neuesten Nachrichten und aktuellsten Berichte über die wichtigsten Ereignisse an der Uni aus und ihr findet die aktuellen Beratungszeiten und Veranstaltungshinweise mitzugestalten. Es geht uns zum einen darum, Studienbedingungen zu verbessern, zum anderen wollen wir für uns und alle anderen Studierenden Freiräume schaffen, in denen der Alltag von Anwesenheitspflicht und Auswendiglernen und auch die Anonymität an einer Massenuniversität durchbrochen werden kann.

ASTA der FU Berlin:

Otto-von-Simson-Str. 23,
14195 Berlin
Telefon: (030) 839 091-0
web: www.astafu.de
mail: info@astafu.de





DAS FSI KONZEPT

AUS DER SICHT EINIGER FACHSCHAFTSINITIATIVEN

Was sind eigentlich Fachschaftsinitis und was machen sie?

Wir sind für alle Leute offen, die Lust haben, an der Uni nicht nur ihre Scheine und Prüfungen abzulegen, sondern die sich auch für das interessieren, was meist hinter den Kulissen ohne uns entschieden wird: Von der Besetzung von Professuren und der Einführung von Bachelor und Master über die immer repressiveren Studienordnungen bis zur Überwachung und Kontrolle via Campus Management und RFID-Technologie. Veränderungen also, die auch die Hochschullandschaft im Sinne des Neoliberalismus umstrukturieren und ökonomisieren. Um mit den politischen Entscheidungen der Unileitung oder des Berliner Senats nicht jeweils einzeln konfrontiert zu sein und alles einfach nur hinzunehmen, müssen wir Studierende uns selbst organisieren. So können wir unsere Meinung zu den verschiedenen universitären und gesellschaftlichen Veränderungen auch und gerade dann mit Kraft zum Ausdruck bringen, wenn uns niemand fragt. Fachschaftsinitis sind dafür eine geeignete Organisationsform für Studierende, gerade an einer Massenuniversität wie der FU, denn sie sind parteipolitisch unabhängig, aber natürlich nicht unparteiisch.

Wir Studierende in den Fachschaftsinitiativen gehen nicht von der seltsamen Vorstellung aus, dass es auf der einen Seite die Uni und auf der anderen Seite die Gesellschaft gibt. Für uns ist die Universität ein gesellschaftlicher Teilbereich, der während des Studiums einen Großteil unseres Alltags und deshalb auch unseren Ausgangspunkt für politische Auseinandersetzungen und Einflussnahme darstellt. Wir beschäftigen uns mit hochschulpolitischen oder fachspezifischen Themen, aber selbstverständlich auch immer wieder darüber hinaus.

Aktiv an den Instituten und Fachbereichen

Die Fachschaftsinitis treffen sich in der Regel wöchentlich zum Plenum um die jeweils anstehenden Themen, Probleme und Aktionen zu besprechen. Durch Organisation von Erstsemestereinführungen, Partys, Wochenendfahrten, Studienberatung,

alternativen Veranstaltungen etc. bereichern wir den Studienalltag. Wir bereiten Vollversammlungen vor und unterstützen Aktionsgruppen (z. B. studentische Cafés und Fachschaftszeitungen). Das Lehrangebot, die Studien- und Prüfungsordnungen sowie die Entwicklung der Fachbereiche versuchen wir im Rahmen unserer Möglichkeiten mitzugestalten. Es geht uns zum einen darum, Studienbedingungen zu verbessern, zum anderen wollen wir für uns und alle anderen Studierenden Freiräume schaffen, in denen der Alltag von Anwesenheitspflicht und Auswendiglernen und auch die Anonymität an einer Massenuniversität durchbrochen werden kann. Fachschaftsinitis verstehen sich jedoch nicht als Service-Einrichtungen. Sie leben vom Engagement vieler Studierender, die sich alle auf ihre Art und Weise einbringen können und sollen.

... und darüber hinaus

In der Fachschaftskoordination (FaKo) treffen sich regelmäßig Vertreter_innen aus den Initis, die Lust haben, sich über die Arbeit in den jeweiligen Fachbereichen auszutauschen. Dies ist insofern wichtig, als dass es angesichts der drängenden Probleme, vor welche uns nicht zuletzt die Unileitung bzw. der Senat stellen, entscheidend ist gemeinsam zu agieren. Denn gemeinsam sind wir stärker!

In den Organen der Verfassten Studierendenschaft

Die Fachschaftsinitis sind die einzigen Gruppierungen an der Freien Universität, die über ein gut funktionierendes Netz an Basiskontakten verfügen und als kontinuierliche Ansprechpartner_innen für Studierende darstellten. Im Gegensatz zu diversen Hochschulgruppen der großen Parteien, von denen die meisten genau einmal im Jahr auf den politischen Plan treten, sind Fachschaftsinitis unabhängig von der Wahlkonjunktur das ganze Jahr aktiv. Uns geht es vor allem darum, eine kontinuierliche Arbeit vor Ort zu leisten und nicht als Repräsentant_innen im StuPa herumzuhängen, um das später im Lebenslauf zu vermerken. Mit unseren Positionsbestimmungen können wir eben genau die Inhalte vertreten, Bündnisse eingehen und Aktionen durchführen, die wir für richtig und durchsetzungsfähig halten, ohne dabei permanent die Interessen der „Mutterpartei“ im Auge behalten zu müssen. Seit die FSI in der AStA mitarbeiten, konnten wir einige strukturelle Veränderungen bewirken. Die zentralistisch-repräsentative Form der Interessenvertretung widerspricht eigentlich dem Initiativgedanken, allerdings wollen wir diese Institutionen nicht einfach den anderen überlassen. Daher haben wir die ehemals leitende Rolle des AStA-Vorsitzes auf ein Minimum beschnitten - das AStA-Plenum, an dem alle Referate gleichberechtigt mitwirken, ist jetzt oberstes Entscheidungsgremium. Das AStA-Plenum achtet unter anderem darauf, dass euer Geld (7,50 Euro, die ihr jedes Semester zusammen

mit der Rückmeldegebühr und den Beiträgen für das Studentenwerk bezahlt) sinnvoll eingesetzt und ordnungsgemäß verwaltet wird. Praktisch sind vor allem die Publikationen des ASTAs, hier gibt es neben der Informationsbroschüre für Erstsemester (Mein Erstes Semester - MES) den aktuellen ASTA Kalender und das hochaktuelle Mitteilungsblatt „ASTa Info“. Besonders wichtig ist natürlich auch das umfassende Beratungsangebot, welches der ASTa aufrecht erhält. Zu fast jedem Problem gibt es hier die passende Beratung.



... ebenso wie in den Gremien der akademischen Selbstverwaltung

Als Fachschaftsinitiativen streben wir auch danach, die studentischen Vertreter_innen in den akademischen Selbstverwaltungsgremien (Institutsräten, Fachbereichsräten, Akademischer Senat, Kuratorium, Konzil und verschiedenen Kommissionen) zu stellen. Wir sind uns zwar der Gefahr bewusst, dadurch undemokratische Entscheidungsprozesse zu legitimieren. Dennoch halten wir es für notwendig, den Entscheidungsträger_innen auf die Finger zu schauen und die dort erhaltenden Informationen weiterzugeben, um eine kritische Öffentlichkeit zu schaffen. Leider ist es nicht damit getan, bei den Wahlen an der richtigen Stelle das Kreuz zu machen. Auf sich alleine gestellt können die studentischen Gremienmitglieder keine wirklichen Veränderungen bewirken. Nur wenn sich viele Studis aktiv in den politischen Prozess an der Hochschule einbringen, ist Gremienarbeit als ein Element der politischen Arbeit sinnvoll. Wir wollen eine Uni, die nicht nur eine Ausbildungsstätte ist, sondern auch Raum für eigenes Erleben, Gestalten, Erleben und Verändern bietet.

Wenn du mitmachen willst, wende dich an die FSI deines Vertrauens!

EINIGE INIS STELLEN SICH VOR...

FSI WiWi

Das Kürzel „FSI“ steht für Fachschaftsinitiative, kurz Fachschaftsini oder einfach nur Ini. Fachschaftsinitiativen sind Gruppen von Studierenden, die sich an ihren jeweiligen Fachbereichen und Instituten zusammgefunden haben, um die Universität politisch mitzugestalten, studentische Interessen aufzunehmen, zu diskutieren und diese zu vertreten. Für eure Probleme sind wir die richtigen Ansprechpartner am Fachbereich. Wir sind eine linke, basisdemokratische studentische Interessenvertretung, die auf offenen, wöchentlichen Plena Entscheidungen trifft, die unsere gewählten Mitglieder in die unterschiedlichen universitären Gremien tragen. Dieser basisdemokratische Grundsatz geht einher mit einer Parteiunabhängigkeit. Wir versuchen die Universität unmittelbar zu gestalten. Deshalb haben wir uns die offene und schlagkräftige Organisationsform der Fachschaftsini gewählt und nicht die einer gewählten Fachschaft oder eines hochschulrechtlich verankerten Fachschaftsrates, in dem nur ein paar gewählte Funktionäre aktiv (oder auch inaktiv) sich ihrer Posten erfreuen und genau einmal pro Jahr - nämlich zur Wahl - in Erscheinung treten. Am Fachbereich bieten wir eine ganze Reihe von Aktivitäten mit und für euch an, etwa die Einführungstage für Erstsemester, studentische Studienberatung, das Ersti-Grillen, einen Blog und noch einiges mehr. Wir freuen uns immer über Verstärkung! Kommt einfach mal vorbei, die Kaffe-Maschine läuft fast immer und auch ein Tee stellt uns nicht vor zu große Herausforderungen.

Für die Student_innen des FB WiWi haben wir einige Angebote parat:

- Klausurenservice: Bis vor einiger Zeit - für einen Zeitraum von immerhin knapp 30 Jahren - haben wir jedes Semester Klausuren der jeweiligen Dozenten aus den vorherigen Semestern zum Kopierpreis zur Verfügung gestellt. Alte Klausuren sind sehr gut zur Vorbereitung auf die Prüfungen geeignet. Da viele Lehrstühle Altklausuren mittlerweile selbst online bereitstellen oder aber vom Bereitstellen alter Klausuren zur Prüfungsvorbereitung Abstand genommen haben, war es uns leider nicht mehr möglich den Klausurenservice weiter aufrecht zu erhalten. Wir haben dennoch weiterhin die eine oder andere Diplom Grundstudiums-Klausur bei uns zur Einsicht im Archiv zu liegen, die auch für Bachelor-Studierende interessant sein könnte.
- Das fsi-Brett: Hier findet ihr Aktuelles von unserem Fachbereich und über unsere Aktivitäten (Termin des Plenums, Neuigkeiten aus den Gremien etc.).

Kontakt:

web: www.fsiwiwi.de

mail: fsiwiwi@googlemail.com

- Ersti-Begrüßung: Jedes Wintersemester engagieren wir uns bei der Organisation der Erstsemester-Woche. Wenn unsere Ressourcen es zulassen, geben wir auch eine Erstsemesterinfo-Broschüre heraus und organisieren eine Ersti-Fahrt.
- Gremienarbeit: Einige von uns engagieren sich in hochschulpolitischen Gremien (sowohl der studentischen als auch der akademischen Selbstverwaltung), wie zum Beispiel dem Studierendenparlament, den Institutsräten oder den Fachbereichsräten. Auch an der Organisation von Vollversammlungen sind wir oftmals beteiligt.
- Mitorganisation von Partys: Von Zeit zu Zeit werden gemeinsam mit den anderen fsi'n oder dem AstA Partys organisiert.
- News: Wir versuchen euch auf unserem Blog immer mit aktuellen Informationen rund um den Fachbereich zu versorgen. Hier findet ihr auch Ankündigungen von Veranstaltungen sowie allgemeine Informationen zu Hochschulpolitik.

Ihr seht - wir treten nicht wie einige andere Organisationen am Fachbereich nur kurz vor der Wahl in Erscheinung, sondern versuchen euch das ganze Semester über einige Services zu bieten. Leider kostet es uns oftmals viel Mühe und Nerven, dies alles neben unserem Studium hinzukriegen. Daher suchen wir ständig nach neuen und engagierten Mitgliedern, die bei uns mitmachen. Wenn Ihr Interesse habt uns zu unterstützen, kommt einfach vorbei und bringt Euch ein!

FSI OSI

Wir von der FSI*OSI sind ein bunter Haufen von 20-25 Leuten. Die meisten von uns studieren Politikwissenschaft, einige Menschen aber auch Lehramt / Soziakunde. Als offene und hierarchiefreie Gruppe setzen wir uns für eine demokratische und freie Universität ein. In diesem Sinne hinterfragen wir die bestehenden Strukturen kritisch und sehen unser Ziel in einem gleichberechtigten Diskurs zwischen und unter Lehrenden und Studierenden. Für alle Studierenden am OSI soll die INI eine Plattform für Infos, Austausch, Aktionen und Protest sein. Konkret bedeutet das für uns beispielsweise, Einfluss auf die Lehrplanung zu nehmen, um sie vielfältiger zu gestalten und kritische Lehre zu erhalten. Außerdem sorgen wir mit Diskussionsveranstaltungen zu kritischer Wissenschaft für einen Gegenpol zum bestehenden politikwissenschaftlichen Mainstream. Weil wir der Überzeugung sind, dass freies Studieren innerhalb des bestehenden Bachelor/Master-Systems nur noch begrenzt möglich ist, wollen wir die aktuellen Strukturen verändern. Das heißt zum Beispiel eine Öffnung des Masterzugangs und die Mitarbeit an der Entwicklung eines neuen, studiefreundlicheren Bachelorstudien-

Kontakt:

web: fsiosi.blogspot.de
mail: fsiosi@web.de

gangs Politikwissenschaft. Dies haben wir mit der Studienreform zum BA2012 auch erreicht.

Fester Bestandteil der INI-Arbeit sind außerdem die Einführungstage für Erstsemester, das Ersti-Info-Heft, und die Mitarbeit an der Semesterauftaktparty der Fachschaftsinitis. Außerdem veranstalten wir jeden 4. Montag im Monat einen Tresen im Kneipenprojekt Bandito Rosso.

Initiative Lehramt

Wir, die Initiative Lehramt, sind eine Gruppe von Studierenden verschiedenster Fachrichtungen mit dem gemeinsamen Ziel eines späteren Lehrer_innen-Daseins. Auf dem Weg dahin haben wir es uns- so dreist wie wir sind- zur Aufgabe gemacht, die Interessen aller Lehramtsstudis im hochschul- (politischen) Alltag zu vertreten. Sowohl durch unser Engagement in universitären Gremien, z.B. der gemeinsamen Kommission und dem Prüfungsausschuss des ZfL (Zentrum für Lehrerbildung), als auch mit unseren zwei Sitzen im StuPa (Studierendenparlament) versuchen wir, in möglichst vielen Bereichen aus der Sicht angehender Lehrer_innen zu agieren. Wir verstehen uns als Bindeglied aller Lehramtsstudis: Wir vernetzen und halten euch über unseren Blog, den Newsletter und unsere Facebookgruppe mit Infos auf dem Laufenden. Zu unseren (großartigen Leistungen und) Aktionen gehören die alljährliche Erstifahrt, die gemütlichen Info-Frühstückstage in der O-Woche, unsere Erstzeitung, die Weihnachtsfeier, (bildungskritische!) Veranstaltungen mit (hochkarätigen) interessanten Referent_innen und und und...

Vom ersten bis zum letzten Semester könnt ihr mit euren kleinen und großen Sorgen zu uns kommen und wir versuchen, eben diese mit euch zusammen aus der Welt zu schaffen. Wenn ihr also als Erstis nicht genau wisst wie, was, wann, wo und warum, wenn ihr Fragen oder Ideen habt, wenn ihr euch auch engagieren wollt und/oder einfach Lust auf ,nen netten Schnack habt, dann kommt doch einfach bei uns vorbei oder schreibt uns. Für kalten Kaffee und warmes Bier, ob im Ini-Raum KL 24/141 oder in der Stadt, sind wir immer zu haben!

FSI Informatik

Die Fachschaftsinitiative (FSI) Informatik besteht aus einer Gruppe von Studierenden am Fachbereich Mathematik/Informatik. Wir treffen uns alle zwei Wochen zu einem Plenum, auf dem wir uns austauschen und organisieren. Ebenfalls im zweiwöchigen Rhythmus gibt es einen „Stammtisch“ in wechselnden Kneipen, um den

Kontakt:

web: lehramt.blogspot.de/
mail: lehramt-fu@gmx.de

informellen Umgang zu pflegen. In der Vergangenheit haben wir Parties organisiert, sind auf Ersti-Fahrt oder Sommerfahrt gefahren, haben Vorträge und Diskussionsrunden initiiert, und waren im Rahmen des Bildungsstreiks aktiv. Außerdem vertreten wir die Belange der Studierenden in zahlreichen universitären Gremien und Kommissionen. Zur Vernetzung im Fachbereich stehen wir in regem Kontakt mit der FSI Mathematik. Wir legen Wert auf basisdemokratische Entscheidungsfindung, bei der eine Beschluss im Konsens oder zumindest ohne Missmut einzelner Personen gefällt wird. Seit neuestem haben wir einen eigenen Raum im Keller der Informatik. Dort bieten wir auch studentische Studienberatung an. Die Sprechzeiten, aktuelle Termine und Infos findet ihr auf unserem Blog.

Kontakt:

web: fsi.spline.de
mail: fsi@lists.spline.de

FSI TheFiMu

Die fsi thefimu ist die Fachschaftsinitiative des Instituts für Theater-, Film- und Musikwissenschaft. Wir sind eine dynamische Gruppe von Leuten, die es sich zur Aufgabe gemacht haben, das Uni- und Institutsleben zu erleichtern, zu verbessern und vor allem bunter zu gestalten. Wir informieren über wichtige Ereignisse am Institut und der Uni, unterstützen eure Projekte, indem wir sie publik machen und organisieren Institutsfeste und die Orientierungstage für die Erstis. Als Informationsplattformen dienen dafür unser Blog (thefimu.de), des weiteren das glorreiche Facebook, unsere Pinnwand im Institut (auf dem Weg zum Hörsaal links an der Außenwand von SR II) und unser Newsletter. Ansonsten stehen wir euch natürlich jederzeit bei allen Problemen oder Lösungen mit Rat und Tat persönlich zur Seite! Sprecht uns im Insitut an, besucht unser Standquartier (Raum 025 im Anbau) oder schreibt eine Mail. Ihr wollt euch beteiligen? Fabelhaft, da sind euch keine Grenzen gesetzt! Neue Gesichter und Ideen sind immer gern gesehen, kommt einfach beim nächsten Konzil vorbei. Wann und wo das stattfindet, steht auf dem Blog.

Kontakt:

web: thefimu.wordpress.com/
mail: thefimu@gmx.de

Wir freuen uns auf euch
Die fsi thefimu

FSI Anglistik

Ursprünglich dachten wir mal, unser Hauptbetätigungsfeld sei die Organisation von Ersti-Fahrten, Weihnachtsfeiern und Filmvorführungen im englischen Original. Inzwischen sitzen wir aber auch im StuPa, kümmern uns darum, dass Berufungsverfahren am Institut nicht im Sande verlaufen und damit im Institutsrat auch mal kritische Stimmen zu hören sind. Um uns zu erreichen kannst du entweder im Café vorbeikommen (JK 29/231) oder bei der studentischen Studienberatung klopfen (JK 29/202). Alle Menschen, die du dort hinter Tresen bzw. Schreibtisch antriffst, sind auch Teil der FSI. Du kannst auch direkt mitmachen, denn wir arbeiten nach dem Initiativprinzip, d.h. wenn du ein Anliegen hast und dich dafür (oder dagegen) einsetzen willst, dann bist du auch die richtige Person dafür. Wir helfen dir dabei und sorgen dafür, dass dein Engagement nicht zum Ritt gegen Windmühlen wird. Aber auch ohne konkretes Anliegen bist du auf unseren Treffen gern gesehen. Schließlich organisieren sich Ersti-Fahrten, Weihnachtsfeiern und Filmvorführungen nicht von allein. Es gibt viel zu tun, mach mit!

Kontakt:

Raum: JK 29/231, JK 29/202
web: fsianglistik.wikispaces.com
mail: fsi_anglistik@lists.spline.de

Caledonian Café: Bei uns gibt es Kaffee, Kekse, Mate und Ruhe auf der Couch. Da wir eher abgeschieden sind vom Trubel in der Silberlaube, verirren sich doch vergleichsweise wenige Menschen zu uns. Die Schilder auf dem K-Gang sollen euch nicht nur den Weg weisen, sondern zeigen auch an, dass wir gerade offen haben. Wir sind nämlich ein Freiwilligen-Café und haben daher nur offen, wenn sich jemensch gefunden hat um das Café zu dieser Zeit regelmäßig zu öffnen. Unseren aktuellen Schichtplan findest du an unserer Tür oder unter fsianglistik.wikispaces.com/CafeSchedule. Falls du gern eine Schicht übernehmen willst, schreib uns eine Mail und wir vereinbaren ein Treffen. Raum: JK 29/231

FSI Niederlandistik

Wir sind Studenten aus dem Bachelor der niederländischen Philologie und aus dem Master Komparative Niederlandistik. Die Niederlandistik inspiriert jedes Mitglied der FSI auf eine andere Art und begleitet jeden von uns auf dem Weg vom Studium in den Beruf. Auf diesem Weg stellen sich eine Menge Fragen - diese betreffen Organisation, das Studentenleben in Berlin und die Perspektiven der einzelnen Studiengänge. Gemeinsam möchten wir diese Fragen beantworten und schnell wie möglich Hilfestellung bieten. Desweiteren wollen wir die Studenten der Niederlandistik versammeln und gemeinsam die schöne Studentenzeit genießen und die Leidenschaft

für die niederländische Kultur teilen. Wir wollen uns einsetzen für:

- das (weitere) Erstellen einer Homepage mit Infos über den Studiengang, Jobchancen, Berufsbilder usw. (siehe unten) eine Einführungswoche bzw. -tag für die nächsten Erstis im WS 2011 Flyer für neue Studenten mit Einladung zu Einführungsveranstaltungen, Kurstreffen usw.
 - Vermittlung zwischen Studenten und Dozenten bei Anregungen, Kritik & Lob
 - einen Briefkasten, den Studenten (ggf. anonym) nutzen können, um Kritik zu üben o.ä.
 - eine Studienfahrt
 - Spiel, Spaß & den Austausch unter den Niederlandistikstudenten (z.B. durch Niederl. Filmreihen, Praatavonden, Sintfeier etc.)und
 - noch vieles mehr (neue Vorschläge sind immer willkommen)
- Jedn zweiten Mittwoch treffen wir uns in der Roten Harfe (Oranienstraße 13, Kreuzberg) ab 19 Uhr. Das Treffen ist für jeden öffentlich zugänglich.

Kontakt:

web: fsiniederlandistik.blogspot.de
mail: fsi.niederlandistik@gmail.com

FSI EWI

Die Fachschaftsinitiative Erziehungswissenschaft (INI EWI) besteht aus Studierenden des Bachelors/Masters Erziehungswissenschaft und des Masters Bildungswissenschaft, die sich regelmässig im INI-Raum KL 24/141 in der Silberlaube treffen, um gemeinsam am Fachbereich etwas zu verändern und diverse Veranstaltungen (mit) zu organisieren (AG Bachelor - Reform, Orientierungswoche, ...). Wir freuen uns immer über Zuwachs und neue Ideen.

Kontakt:

web: fsiewi.wordpress.com/
mail: fsiewi@zedat.fu-berlin.de

FSI PuK

„Kannst Du mir bitte mal die Mate geben, ich brauch das zum Nachdenken.“ - Kopf an Kopf liegen wir zu siebt an der Havel. Mate, Kekse, jetzt kann's losgehen: Unser Selbstfindungstrip. Wer sind wir? Was machen wir? Und warum tun wir uns das eigentlich an?

Wer sind wir? Wir verstehen uns als offene Gruppe und freuen uns, wenn auch Du das nächste Mal mit uns am Fluss liegst. Als wir 2010 alle zusammen angefangen

haben PuK zu studieren, haben wir uns entschieden die FSI PuK neu zu beleben. Wir sind weder Club noch Verbindung, noch Klüngel noch Verein, noch Haufen, vielleicht sind wir ein bisschen wie eine Bande aus verschiedenen Leuten, die Lust haben, die Uni aktiv mitzugestalten. Uni ist in diesem Sinne aber nichts abgeschlossenes, sondern vor allem ein Teil der Gesellschaft. Entscheidungen werden bei uns gemeinschaftlich getroffen. Das heißt aber nicht, dass es immer die eine richtige Meinung gäbe. gerade unsere verschiedenen Erfahrungen, Ansichten und Einstellungen machen die Identität unserer Gruppe aus. INI ist für uns nicht nur selbst gewählte Arbeit, sondern auch Freundschaft, Meinungs- und Getränkeaustausch. Apropos Getränke: Die Mate ist fast alle und wir sind immer noch nicht fertig. Dabei waren wir in den letzten Monaten doch so produktiv: Erkämpfen, renovieren und neueröffnen des Cafe Trickys, aktive Mitarbeit in akademischen und studentischen Gremien, Vernetzung mit anderen Ini...Aber von vorn.

Kontakt:

web: www.polsoz.fu-berlin.de/
kommwiss/service/stud-
einrichtungen/ini/index.html
mail: fsipuk@web.de

Was machen wir? Wir machen nur das, wozu wir Lust haben. Das bedeutet für die einen sich eher mit Hochschulpolitik auseinander zu setzen, andere stecken mehr Energie in die Unterstützung der Erstis oder Cafe Tricky. Aber eigentlich machen wir alles zusammen. In der Hochschulpolitik ist es vor allem wichtig, dass nicht einer für alle entscheidet. Auch wenn Gremienarbeit fordert, finde wir es besonders wichtig unsere Meinungen in den parteipolitisch geprägten Unialltag zu bringen. Wir haben dabei nicht den Anspruch, die komplette Fachschaft zu repräsentieren, sondern beziehen unsere Positionen aus dem Diskurs mit den Leuten, die Lust haben mitzumachen.

Warum tun wir uns das eigentlich an? Es gibt nicht den Grund, aber gefühlte 100.000 tolle Vorteile: Freundschaft, Mate, Verbundenheit, Kaffee, Erstifahrten, zusammen zelten, Einblick in die Uni, Bier, gute Gespräche, eigenes Engagement, Wein, Geborgenheit, Partys, Chaos, Bandenhaftigkeit, grillen, necken.

FSI Prähistorische Archäologie

„Archäologie ist nicht das, was sie glauben. Noch nie hat ein X irgendwo, irgendwann einen bedeutenden Punkt markiert.“ (Indiana Jones) Doch stimmt das? Finde es heraus und komm zu uns in den Seminarraum der Altensteinstraße 15, wo wir alle 2 Wochen nicht nur solch wichtige archäologische Fragen diskutieren, son-

dern auch hochschulpolitische und institutionelle Angelegenheiten.

Üblicherweise organisieren wir:

- einmal im Semester eine gemeinsame Party mit den anderen altertumswissenschaftlichen Instituten
- alle 2 Wochen einen Filmabend
- sowie Exkursionen zu wichtigen archäologischen Orten für Funde und Befunde
- Dazu kommt eine internationale Vernetzung durch eine Mitgliedschaft im DASV. Neugierig geworden oder hast du Fragen und brauchst Hilfe? Dann melde dich bei uns!

Kontakt:

web: fsipa.blogspot.de
mail: fsipa@zedat.fu-berlin.de

FSI AVL

Die FSI AVL (Fachschaftsinitiative des Peter-Szondi-Instituts für Allgemeine und Vergleichende Literaturwissenschaft) versteht sich als basisdemokratische Vertretung der Studierenden des Instituts. Die Arbeit

der Initiative stellt eine Alternative zur institutionalisierten Studierendenvertretung dar. Wir sind also keine feste Institution, sondern eine offene Gruppe von Studierenden, die das Institut mitgestalten und das Studieren angenehmer machen wollen. Derzeit tun wir dies in folgenden Bereichen:

- Hochschulpolitische Einflussnahme, Wahrnehmung der Mitsprachemöglichkeiten im Interesse der Studierenden
- Durchführung selbstverwalteter Seminare
- inhaltliche Auseinandersetzung mit Kunst und Gesellschaft
- inoffizielle Studienberatung/Unterstützung für derzeitige oder angehende Studierende (siehe Kontakt)
- Sommerfeste, Weihnachtsfeiern, Partys
- Einführungen für neue Studierende (Erstfrühstück, Erstifahrt, Kneipenabende,...)

Die FSI AVL sieht sich als losen Zusammenhang, der die Interessen der Studierenden am Institut vertritt. Dabei haben wir in der Regel nicht alle die gleichen Ansichten, wir gehen nicht in einer höheren Gruppenposition auf. Kritik, Widerspruch und Dissonanz erachten wir als Notwendigkeit für eine weiterführende Arbeit. Kontaktdaten und mehr Infos über uns findet ihr auf unserem Blog.

Kontakt:

fsiavl.wordpress.com
mail: fsiavl@zedat.fu-berlin.de

FSI Mathematik

Wir bemühen uns, dass es Spaß macht, an der FU Mathe zu studieren. Das fängt damit an, dass wir uns ab und an treffen, um gemeinsam einen Apfelsaft zu trinken, geht über die Organisation verschiedener Fahrten und Parties bis in den Fachbereichsrat, in dem wir mit Professor_innen und anderen über die Studienordnung oder das Lehrangebot diskutieren. Es ist also für alle was dabei. Es gibt einen kleinen FSI-Raum in der Arnimallee 3 ganz oben, in dem ein paar Sofas und eine Kaffeemaschine stehen und eine entspannte Atmosphäre herrscht. Dort finden auch alle zwei Wochen unsere Treffen statt. Wir bemühen uns, eine offene Gruppe zu bleiben und neuen Leuten einen Raum zu bieten, ihre eigenen Ideen umzusetzen. Also komm vorbei und bring dich ein! Wir würden uns sehr darüber freuen!

Kontakt:

web: fsi.spline.de/mathe
mail: fsmathe@lists.spline.de

FSI Geschichte

antisexistisch | antirassistisch | antifaschistisch

Wir sind die FSI Geschichte. Wir haben uns am Geschichtsinstitut, dem FMI, zusammengefunden um die Universität politisch mitzugestalten, studentische Interessen zu diskutieren und zu vertreten. Unsere Aktivitäten umfassen die Mitarbeit in den Gremien der Studentischen Selbstverwaltung und der Akademischen Selbstverwaltung, wir sind jedoch keine Partei oder eine Clique von FunktionärInnen. Uns eint das Prinzip der Basisdemokratie, und eines unserer Ziele ist die Demokratisierung der Uni von unten. Deshalb haben wir uns die offene und schlagkräftige Organisationsform der Fachschaftsini gewählt, und nicht die einer gewählten Fachschaft oder eines Fachschaftsrates, in dem nur sieben gewählte Funktionäre aktiv (oder auch inaktiv) sich ihrer Pöstchen erfreuen können. Basisdemokratie – das bedeutet, wir kommen einmal die Woche zum Plenum zusammen und diskutieren und entscheiden alle gemeinsam, was zu tun ist. Bei unseren Entscheidungen gehen wir nach dem Konsensprinzip vor, das bedeutet wir diskutieren strittige Fragen aus, anstatt Minderheitenpositionen einfach niederzustimmen. Wenn sich Probleme und politische Fragen einmal nicht auf lokaler Ebene am Institut klären lassen, werden

wir gemeinsam gemeinsam mit anderen FSI's aktiv, sei es im AStA, der Fachschaftskoordination oder einer uniweiten Vollversammlung. Antifaschistisches Engagement ist für uns als Geschichtsstudierende selbstverständlich, aber auch vor Rassismus und Sexismus verschließen wir natürlich nicht die Augen, sondern schreiten ein wenn's nötig ist. Und auch Kapitalismuskritik hat bei uns in Veranstaltungen und Diskussionen immer einen festen Platz. Unser Gruppenkonsens ist daher basisdemokratisch-links, aber bewußt auch undogmatisch und offen.

Konkrete Aktivitäten unsererseits sind die Unterhaltung des gemütlichen Histo-Café, die Organisation der Erstsemestertage und der Erstsemesterfahrt, der FSI-Newsletter, die Organisation von Themenfahrten (etwa zu Globalisierung und Postkolonialismus) sowie die Ausrichtung des zweimal im Monat stattfindenden Histo-Kinos. Zudem haben wir tausend gute Ideen für weitere Projekte – endlich mal wieder eine gute Institutszeitung machen, endlich mal wieder einen guten Lesekreis organisieren, endlich mal einen handfesten Protest auf die Beine stellen ... jedoch fehlen uns oft die Leute für derlei Aktivitäten, und oft kostet es uns sehr viel Mühe und Nerven, auch nur unsere wichtigsten Aufgaben und Projekte hinzukriegen. Daher suchen wir ständig nach neuen und engagierten Mitgliedern, die bei uns mitmachen. Das FSI-Plenum ist eine offene Veranstaltung, Du kannst einfach vorbeikommen und dich einbringen!

FSI Grundschulpädagogik

„Drei mal drei macht vier, widdewiddewitt und drei macht neune.“

Wir machen uns die Welt widdewidde wie sie uns gefällt. Wie geht das? Die Ini GSP hat sich im Frühjahr 2009 aus dem Bildungsstreik heraus gegründet und daraufhin mit Erfolg die Prüfungsordnung überarbeitet. Wir bleiben auch weiterhin dabei, Reformen in der GSP für Studis voranzutreiben. Auch hochschulpolitisch sind wir vertreten, u.a. in der Fachschaftskoordination (FaKo) und im Studierendenparlament (StuPa). Erstsemester wollen wissen was geht?! Wir betreuen eure Orientierungswoche und organisieren die Erstifahrt zusammen mit der Ini Lehramt. In diesem Jahr gabs zum zweiten Mal die Aktionstage/-woche. Wir haben inhaltliche Workshops und Vorträge organisiert, um das Studium zu erweitern und zu ergänzen. Wenn du Lust hast, dich in dieser netten Runde aus unterschiedlichen Semestern bei

Kontakt:

web: fsigeschichte.blogspot.de
mail: fsigeschichte@riseup.net

unserem wöchentlichen Treffen zu engagieren und die Aktionen mit uns zusammen zu gestalten und weiter zu entwickeln, dann schreib einfach eine Mail, erfahre mehr auf unserem Blog oder auf Facebook.

FSI Psychologie

Die Fachschaftsinitiative Psychologie ist ein lockerer Zusammenschluss von Studierenden, die sich kritisch mit den Entwicklungen am Fachbereich und an der Uni auseinandersetzen. In gegebenen Fällen stellen wir uns diesen entgegen, um aufzuzeigen, dass auch andere Wege möglich sind. Wir sind ; und wo wir's nicht sind, versuchen wir's zu sein offen für alle, basisdemokratisch, kritisch-emanzipatorisch und unumstoßbar. Regelmäßige Treffen finden jede Woche am Donnerstag um 14h im Raum I 25/26 statt. Neben dem Austausch, der Diskussion und dem Kaffeetrinken gehören zu unseren konkreten Aktivitäten die Erstellung und Herausgabe des Piranhas, der Zeitschrift der FSI Psychologie, die Beratung und Unterstützung von Studierenden in Problemoder Konfliktsituationen, die Organisation des Fachbereichstages und der Ersti-Tage und vieles mehr. Aktive der FSI Psychologie befinden sich sowohl im Fachbereichsrat als auch in allen Kommissionen (Prüfungsausschuss, Lehrplankommission, Haushaltskommission etc.) des Fachbereichs Erziehungswissenschaften und Psychologie. Die in den Kommissionen gewonnen Informationen gilt es in der FSI zu bündeln jnd gemeinsame Aktionen zu planen und zu durchzuführen. Außerdem ist die FSI Psychologie mit ihrer Liste im StuPa durch zwei Personen vertreten und ist Teil der ASiJMCoalition. Bei Interesse oder/und Fragen bist Du jederzeit bei uns willkommen.

Kontakt:

web: fsipsychologie.wordpress.com/
mail: fsipsy@zedat.fu-berlin.de

FSI JFK

Die FSI des JFK-Instituts trifft sich ungefähr einmal im Monat auf Pizza, Snacks, Bier, Tee und Kaffee und bespricht dabei Institutsinterne Veranstaltungen, Probleme, Lob und Anregungen. Dabei arbeitet man häufig eng mit dem Cafeten-Team zusammen: Wir organisieren Sommer- und Winterfeste, „movie nights“, Projekte bei der „Langen Nacht der Wissenschaften“ und alle anderen Events, die Anlass zum Diskutieren oder Feiern geben. Die Stimmung ist ausgelassen, jeder Willkommen, und die neuesten LOLcat Bilder ausgetauscht – während die Internet-affinen Amerikanisten seufzen, wie veraltet das schon ist. Als „Student's Board“ ist die FSI erste Anlaufstelle für Engagement am Institut, aber auch gerne eine helfende Hand und eine Plattform zur Diskussion bei Problemen mit dem Studium.

Die Cafété des JFKI: Wenn die renommierte John-F-Kennedy Bibliothek der Kopf unseres familiären Instituts ist, so ist unser studentisches Café dessen Herz. Liebevoll wird es die Cafété genannt und ist von Studenten für Studenten. Von Montag bis Freitag kann man hier wunderbar in den zahlreichen Sofas und Sesseln versinken und bei Musik, Kaffee, Tee, belegten Brötchen, sowie süßen Leckereien, die Uni mal Uni sein lassen. Falls du also eine kleine Oase der Ruhe und Zufriedenheit im hektischen FU-Alltag suchst, dann komm einfach vorbei. Wir freuen uns auf dich!

FSI-Sinologie

Die FSI-Sinologie besteht jetzt seit 4 Jahren. Wir veranstalten jedes Semester eine kleine Party, im Winter indoor und im Sommer eine Grillparty im Garten des OAS. Am Einführungstag findet ihr uns am Kaffee- und Kuchenstand. Ihr könnt uns gerne ansprechen, wir helfen euch gerne und wenn ihr Lust habt kommt einfach zu unseren Fachschaftstreffen, die im Semester alle 2-3 Wochen stattfinden. Das kleine aber feine Sino-Café ist im kleinen Anbau des Ostasiatischen-Instituts (Ehrenbergstrasse 26-28) zu finden. Es befindet sich gleich hinter den Seminarräumen, wenn ihr durch den Glaskorridor hindurchgeht. Ihr seid herzlich dazu eingeladen Euch einen Tee oder Kaffee zu machen. Für kleine Snacks ist auch gesorgt.

Bio INI

Wir, die Bio-INI bilden das "offizielle Sprachrohr" der Studierenden der Biologie. Derzeit sind wir 12 Mitglieder aus verschiedenen Semestern. Bei studentischen Problemen und Fragen stellen wir einen Ansprechpartner dar, der eure Interessen vertritt und durch direkten Kontakt zu Professoren das studentische Mitspracherecht sichert. So sind Mitglieder von uns in verschiedenen Gremien wie dem Institutsrat oder dem Fachbereichsrat vertreten. In diesen Gremien geht es z.B. um Stellenbesetzungen, die Verteilung von Geldern oder die Reformierung eines Studienganges. Zur Verbesserung der Lehre findet am Ende jedes Semesters eine Lehrevaluation statt, an der ihr euch möglichst engagiert beteiligen solltet. Denn ihr wisst ja, je größer die Stichprobengröße desto repräsentativer das Ergebnis Zur Motivation der

Kontakt:

web: www.jfki.fu-berlin.de/students/fsi/index.html
mail: jfkistudents@yahoo.de

Kontakt:

mail: fsisinologie@googlemail.com

Professoren wird mit Hilfe der Evaluation der Preisträger für den, jährlich verliehenen, "Preis für gute Lehre" ermittelt. Außerdem organisieren wir weitere Veranstaltungen wie den "Tag der Biologie" oder unterstützen das StudBüro bei der Organisation der Ersti-Tage. Aktuelle Informationen rund ums Studium und über die INI könnt ihr auf unserer Homepage finden! Wir versuchen diese Internetseite immer rechtzeitig mit wichtigen Neuigkeiten aufzufrischen, also schaut doch gelegentlich mal wieder rein! Um über all diese Dinge und noch viel mehr zu beraten treffen sich die Mitglieder der INI ca. alle 2 Wochen im StudBüro in der Pflanzenphysiologie oder bei einem Mitglied zu hause. Für Fragen könnt ihr uns immer per E-Mail erreichen!

Kontakt:

web: www.bioini.wordpress.com
mail: ini@biologie.fu-berlin.de

FSI Ethnologie

Wir sind eine offene, basisdemokratische Gruppe von Studierenden, die es sich zur Aufgabe gemacht hat, den Studienalltag aktiv mit- und umzugestalten. Gemeinsam wollen wir die Uni und das Institut zu einem sozialen Ort machen und studentische Freiräume schaffen und vergrößern. Wir veranstalten unter anderem die Ersti-Orientierungstage, jedes Semester eine Ethnofahrt, verschiedene Partys und andere Veranstaltungen wie Kleinkunstabende, um euch die Gelegenheit zu geben, sich auch außerhalb der Vorlesungen zu treffen. Außerdem sind wir Anlaufstelle bei hochschulpolitischen Fragen und versuchen, die studentischen Interessen gegenüber dem Institut und anderen universitären Gremien zu vertreten. Wir sind stets offen für alle, die Lust haben mitzumischen und wollen jedem die Gelegenheit bieten, sich gemäß seiner eigenen Interessen und Fähigkeiten in die Fachschaftsarbeit einzubringen. Wenn ihr Fragen habt oder Lust, aktiv zu werden – schreibt uns eine Mail, informiert euch über aktuelle Treffen und Themen am FSI-Board im Institut oder schaut einfach mal im Café Goldfisch vorbei, wir freuen uns auf euch!

Ethno-Café Goldfisch: Das Café Goldfish ist ein studentisches Wohnzimmer im Institut für Ethnologie, ein sozialer und kultureller Ort mit Kaffee, Couch, Gesprächen und viel Gemütlichkeit. Alle können hier kochen, essen, trinken, lesen, quatschen, tanzen, Musik hören und machen und Filme schauen, Workshops oder VoKü veranstalten und alles, was sonst noch einfällt und Spaß macht. Mensch kann

Kontakt:

mail: fsiethnologie@lists.spline.inf.fu-berlin.de

sich auch an den zwei Elektrokochplatten, Töpfen und jeglichen Basics, die man so braucht, austoben. Wir haben eine Gitarre, eine kleine Anlage, eine Filmleinwand zum Ausrollen und eine Müsli-cke. Im Sommer kann man im Garten picknicken oder das Gemüsebeet pflegen. Im Goldfish findet einmal in der Woche eine VoKü statt und es werden regelmäßig Parties, Kleinkunstabende oder Workshops veranstaltet. Das Goldfish ist ein Ort, der von allen Anwesenden mitgestaltet und auf Spendenbasis getragen wird, also freut es sich vor allem über Besuch und Mitmachen. Ihr findet uns im Keller des Instituts für Ethnologie im Landoltweg 9-11. Schaut vorbei, nehmt teil und beobachtet. Sätze und zufriedene Grüße von und aus und zu dem Goldfish

Die kritischen Jurist_innen an der FU

Wir sind eine politische Gruppe - die einzige am Fachbereich Rechtswissenschaft. Wir sehen uns ausdrücklich nicht als politisch neutrale „Servicedienstleistende“. Im Gegenteil halten wir es für wichtig, das Studium nicht lediglich als erste Sprosse der Karriereleiter zu begreifen, sondern die politischen Hintergründe von scheinbar objektiv-juristischen Entscheidungsprozessen sowie Studieminhalte und -Wertungen zu hinterfragen. Das Spektrum unserer Aktivitäten ist breit gefächert und nicht auf den Fachbereich beschränkt. Neben reichlich Arbeit in den Gremien der akademischen (Prüfungsausschuss, Fachbereichsrat, diverse Kommissionen) und studentischen Selbstverwaltung (StuPa, AStA) geben wir die Zeitschrift „Der StreiT“ heraus, sind Teil des Bundesarbeitskreises Kritischer Juragruppen (BAKJ) und engagieren uns in der Antirassismus- und Antirepressionsarbeit, z.B. durch Beobachtung von politischen Strafprozessen oder die Dokumentation von Polizeigewalt auf Demonstrationen. Weil Recht und Politik untrennbar sind, fordern wir außerdem ein Studium, das uns nicht zu reinen Werkzeugen der Gesetze und zu Paragrafenautomaten macht, sondern uns dabei unterstützt kritisch und selbstständig zu lernen.

Kontakt:

Treffen: Jeden 1. und 3. Montag im Monat im Projektraum (Hermannstr. 48, 2. Hinterhaus, 1. OG)
Raum: Neben dem Café Tatort am Fachbereich Jura
web: www.rechtsskritik.de
mail: kritischejuristinnen@gmx.net

Weitere Fachschaftsinitiativen findet ihr unter:

www.fachschaftsinitiativen.de/vu

Weitere Cafés findet ihr auf dem alternativen Lage gant hinten!!!!

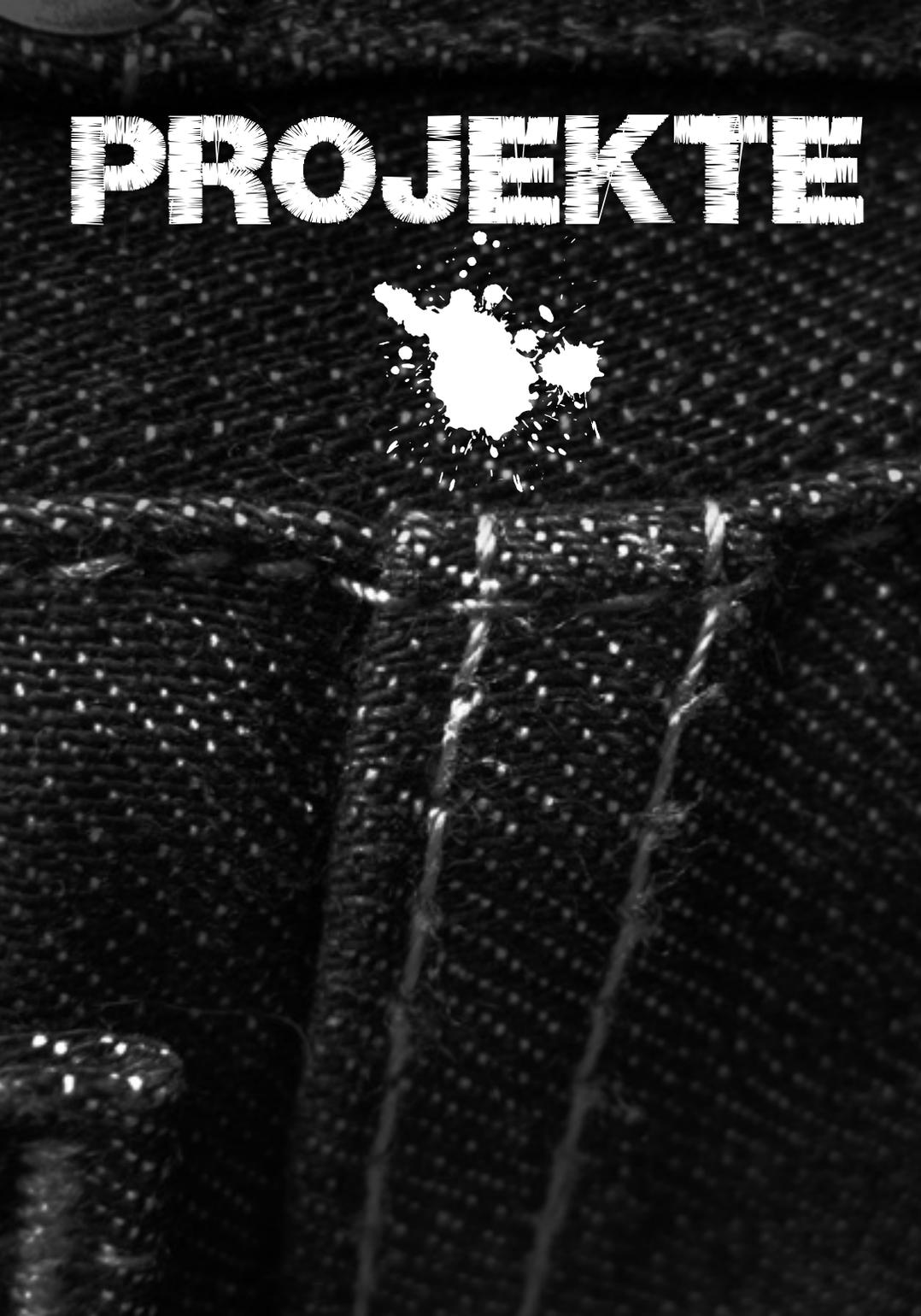
DIE AKADEMISCHE SELBSTVERWALTUNG

Du kommst an die Uni, und hast erstmal alle Hände voll damit zu tun, die Organisation deines eigenen Fachs zu verstehen. Was willst Du lernen, wo kriegst Du wichtige Informationen, wie ist dein Studiengang strukturiert, usw. Es kann aber auch immer ganz nützlich sein, die Struktur der Uni zu kennen. Spätestens, wenn Du wichtige Diskussionen und Entscheidungen mitbekommen willst, die oft direkten Einfluss auf deinen Studiengang haben, oder auf das Uni-Leben überhaupt. Die freie Universität ist eine Gruppenuniversität, d.h. ihre Angehörigen werden in vier Statusgruppen unterteilt (Professor_innen, Wissenschaftliche Mitarbeiter_innen, Sonstige Mitarbeiter_innen, Student_innen) denen jeweils Sitze in den Universitätsgremien nach einem feststehenden Schlüssel zustehen. 1968 wurde zwar kurzfristig eine paritätische Besetzung der Gremien erkämpft (d.h. alle Gruppen hatten gleich viele Sitze), ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts von 1973 und das Hochschulrahmengesetz drehten das Rad jedoch zurück: In so gut wie allen Gremien haben Professor_innen die absolute Mehrheit. Die Mitsprachemöglichkeiten der Student_innen sind dementsprechend gering; trotzdem lohnt es sich immer, die wichtigsten Gremien zu kennen.

Das wichtigste Gremium der Universität ist der Akademische Senat (AS). Hier werden die meisten Entscheidungen zur laufenden Politik an der Uni getroffen. Der Akademische Senat wird alle zwei Jahre gewählt und ist nach dem Schlüssel 25 Mitglieder = 13 Profs, 4 WiMi's, 4 SoMi's, 4 Studis zusammengesetzt. Die letzten Wahlen fanden im Januar 2007 statt. Bei grundsätzlichen Angelegenheiten, wie der Wahl des Präsidiums tritt er in erweiterter Form (61 Mitglieder) als Erweiterter Akademischer Senat (EAS) zusammen. Das Präsidium besteht aus dem/der Präsident_in und 4 Vizepräsident_innen. Es vertritt die Universität und regelt deren laufende Geschäfte. Der/ die Kanzler_in wird jedoch auf Vorschlag des Kuratoriums vom Senat des Landes Berlin gewählt. Die Stimmenverteilung im EAS ist 31:10:10:10. Der Name des aktuellen Präsidenten ist Prof. Dr. Dieter Lenzen. Der Präsident ist sozusagen der Regierungschef der Universität. Der/ die Präsident_in wird alle vier Jahre auf Vorschlag des Akademischen Senates vom Erweiterten Akademischen Senat gewählt. Weitere wichtige Figuren sind der/die Kanzler_in, der/die sich mit der Haushaltsführung beschäftigt und der/die Leiter_in des Präsidialamtes, welche_r die Koordinierung der Leitungsverwaltung obliegt.

Neben den universitätsweiten Gremien bestehen an den einzelnen Fachbereichen und Instituten noch entsprechende Strukturen. Hier entscheiden die Fachbereichsräte (FBR) über wichtige Dinge wie Studien- und Prüfungsordnungen und das Lehrangebot in den einzelnen Fächern. Aber auch hier gibt es immer eine professorale Mehrheit. Denn wo kämen wir denn da hin, wenn wir Studierende selbst bestimmen dürften, was wir studieren...

PROJEKTE



Thema	Seite
Das Rote Café	129
reflect! Assoziation für politische Bildung	130
Assoziation Kritische Psychologie	132
AK Datenschutz	133
FaKo – Die Fachschaftskoordination	134
Wissenschaft und Kritik	134

DAS ROTE CAFÉ? WAS SOLL DAS DENN SEIN?

Anders Kaffee trinken, oder gar nicht...

Das Café zählt zu den letzten selbstverwalteten, nicht-kommerziellen Freiräumen an der Uni. Selbstverwaltet soll hier Autonomie vom herkömmlichen, konservativen Uni-Alltag bedeuten. Das Café finanziert sich ausschließlich über eure Unkostenbeiträge und durch Partys. Ihr werdet relativ schnell feststellen, dass im Café niemensh hinterm Tresen steht. Nich' wundern, das ist hier so gewollt. Es soll versucht werden, das Café als hierarchiefreien Raum zu gestalten. Deshalb ist Eigeninitiative gefragt und das heißt konkreter: Kaffee ruhig mal selbst kochen, selbst abspülen!!! (auch du spülst deine Tasse, Genoss_in!) und auch den „Kapital-I-II-III-Topf“ füllen. Mensch schaut mensch im Café nicht auf die Finger und je nach Geldbeutel kann mal mehr, mal weniger bezahlt werden. Das Rote Café ist ein im Uni-Streik 1988/89 erkämpfter Freiraum. Rassistische, sexistische, antisemitische und homophobe Verhaltensweisen und Umgangsformen werden nicht geduldet; das Café soll für alle Mensch_innen ein linker und undogmatischer Wohlfühlraum sein. Neben den eigentlichen Räumen (großer Café-Raum, raucher_innenraum, Kicker-Keller) finden sich im Café auch ein Autonomer Frauenraum (Frauenraum bleibt männerfrei!) und ein Arbeitsraum, der emanzipatorischen Gruppen zur Verfügung steht. Übrigens gibt es nicht nur leckeren fair-trade Kaffee und Tee, sondern auch super Säfte, Müsli und Brot, den Kuchen-Donnerstag, und hoffentlich auch dieses Semester einmal in der Woche eine tolle vegane VoKü (also Essen gegen Spende für alle). Hierfür werden noch Leute gesucht, die Lust am Kochen haben und eine Alternative zum Mensafraß bieten wollen! (Meldet euch persönlich im Café oder schreibt an vokue@rotescafe.de.) Ein hin und wieder nicht überschaubarer Wust an Info-Flyern und Zetteln auf den Café-Tischen versorgt euch mit aktuellen Informationen und Veranstaltungankündigungen. Darüber hinaus könnt ihr euch mit den neuesten Ausgaben u.a. der Jungle World, Interim und Graswurzelrevolution die Zeit vertreiben. Alte Ausgaben dieser Zeitschriften werden im Café-Archiv aufbewahrt. Mensch kann nicht nur gemütlich auf den Sofas, sondern auch auf der „immer“ grünen Sonnenwiese abhängen. Die Erstis werden jedes Semester mit Sekt empfangen und irgendwann folgt dann auch die Semesteranfangs-Party. Wir, das Café Plenum, stellen die Strukturen zur Verfügung, kaufen ein und kümmern uns um sonstigen Kram. Darüber hinaus verstehen wir uns aber auch und vor allem als politische Gruppe. Wer Interesse hat, kann gerne beim Plenum vorbeikommen. Fragt doch einfach nach (oder meldet euch unter plenum@rotescafe.de) und schaut mal in die auf den Tischen ausliegenden FAQs. Ach ja, geöffnet haben wir meist so ab 12 Uhr und manchmal sogar freitags. Online gibt's uns auch: <http://www.rotescafe.de>

Euer Plenum des Roten Cafés





REFLECT!

ASSOCIATION FÜR POLITISCHE BILDUNG UND GESELLSCHAFTSFORSCHUNG

... ist der Name eines seit Oktober 2004 bestehenden Vereins mit Sitz in Berlin, der versucht, Kräfte gegen die sich im Bildungssektor ausbreitenden Prekarisierungstendenzen zu bündeln. Wir sind ein Netzwerk von Studierenden, NachwuchswissenschaftlerInnen und bildungspolitisch Interessierten. Der Schwerpunkt der Vereinsarbeit liegt einerseits auf kritischer Jugend- und Erwachsenenbildung durch eigene Seminare und Veranstaltungen, andererseits auf der Selbstorganisation und Selbsthilfe von prekären Bildungsarbeiterinnen.

Warum gibt es reflect?

reflect! ist eine Reaktion auf gesellschaftliche Veränderungen, in denen sich die Rufe nach einem Mehr an Wettbewerb, an Eigen- bzw. „Selbstverantwortung“ des/der Einzelne/n (in der Bildung, der Gesundheit, der Arbeit, der individuellen Lebensgestaltung etc.) und nach „Freiheit“ zunehmend als zynisch entpuppen: die Freiheit, die gemeint ist, bedeutet nur allzu oft Prekarisierung, Vereinzelung, Isolation und Konkurrenzkampf. Unbezahlte Praktika und Lehraufträge sind inzwischen an der Tagesordnung, während die öffentliche Bildung zusammengespart wird.

Im Bildungssektor, und dort vor allem an den Universitäten, lässt sich dieser Formwandel auch inhaltlich festmachen: Kritische Wissensproduktion wird zunehmend verdrängt; für ein Denken, das nicht nur fragt, sondern auch hinterfragt, scheint an der ‚Schönen Neuen Universität‘ kein Platz mehr. So bezieht man sich z.B. in den Regionalwissenschaften zunehmend und unhinterfragt auf dubiose Labels wie „Sicherheitspolitik“ oder den „Kampf gegen den Terror“, feministisches Denken wird immer mehr auf „Gender-Mainstreaming“ reduziert, aus der Kritik der Politik wird Politikberatung - die Liste ließe sich erweitern. Ob Paradigmenwechsel oder Restauration: Vieles weist darauf hin, dass widerständiger Wissenschaft gegenwärtig ihre Basis entzogen wird, sei es an den Universitäten, in der politischen Erwachsenenbildung oder auch an den Schulen. In dem Maße, wie sich der Bildungs- und Forschungssektor bemüht, wettbewerbsfähiger und marktförmiger zu werden, wird der Schritt aus den Institutionen heraus und in die Selbstorganisation zunehmend notwendig.

Wer und was ist reflect!

reflect! ist ein Versuch, diesen Schritt zu gehen: Die tendenzielle Prekarisierung und Vereinzelung junger AkademikerInnen zu durchbrechen, die vorhandenen Potentiale zu bündeln und so innerhalb des bildungspolitischen Feldes handlungsfähig zu werden, um ein Gegengewicht zu den derzeitig hegemonialen neoliberalen Paradigmen zu bilden. Selbstorganisation bedeutet allerdings nicht, einen herrschaftsfreien Raum zu betreten. Alte Spannungsfelder bleiben bestehen, z.B. zwischen den politischen Ansprüchen an kritische Bildungsarbeit und Wissensproduktion und andererseits der Notwendigkeit, finanzielle Träger zu finden, reflect! wird diese Spannungsfelder nicht auflösen, soll aber die Möglichkeit bieten, gemeinsam besser mit diesen umzugehen.

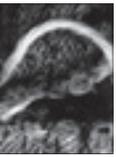
reflect! ist ein Zusammenschluss junger AkademikerInnen, die von den gegenwärtigen Veränderungen betroffen sind, weil sie im Feld der politischen Bildung und Forschung arbeiten oder arbeiten wollen, reflect! will in inhaltlichen Debatten kritische Theorie- und Wissensbildung weiterentwickeln, dieses an andere weitergeben und in den Wissenschaftsbetrieb intervenieren.

Was macht reflect?

Die inhaltliche Hauptarbeit von reflect! findet in eigenständigen Arbeitskreisen bzw. Projektgruppen statt. Der Verein selbst dient als Rechtsform und Netzwerk, um diese Aktivitäten zu bündeln und die dabei gemachten Erfahrungen auszutauschen. Zur Zeit laufen folgende Arbeitskreise und Projekte:

- AK Intersektionalität
- AK Migration
- AK Staatstheorie • AK Kritische Lehre
- Ringvorlesung „Reflectures“ zu kritischer Wissenschaft und linker Bewegungspraxis
- Seminare zu Themen wie Rassismus, Globalisierung, politische Theorie usw. an der FU und HU Berlin
- Drei selbstorganisierte Colloquien für Promotionsstudierende mit gesellschaftskritischen Themen und Fragestellungen

Ausführliche Beschreibungen zu all unseren Arbeitskreisen und Projekten finden sich auf unserer Homepage: www.reflect-online.org. Alle Arbeitskreise sind offen und freuen sich auf Interessierte! Nach außen hin liegt der momentane Schwerpunkt der Vereinsarbeit in Angeboten zur politischen Bildung. Über reflect! bietet sich zudem die Möglichkeit, AnsprechpartnerInnen zu finden für Vorträge, Podiumsdiskussionen, Workshops, Konferenzen etc. zu diversen Themen und Problemfeldern, wie z.B. Staat und Ökonomie, Rassismus, internationale politische Entwicklungen, Globalisierung und vieles mehr - einfach anfragen unter: info@reflect-online.org.



ASSOZIATION KRITISCHE PSYCHOLOGIE

Die Assoziation Kritische Psychologie ist eine offene Gruppe bestehend aus Studis und Nicht-Studis, die zur Kritischen Psychologie arbeiten. Konstituiert hat sich der Arbeitszusammenhang im April 2009 aus Studierenden, die bereits an der Uni Seminare zu Kritischer Psychologie besucht und organisiert hatten. Ein äußerst sympathisches Wochenendseminar, auf dem vertiefende Texte zur Kritischen Psychologie gelesen und diskutiert wurden, führte dann zur Gründung der Assoziation, die sich ursprünglich monatlich getroffen hat, derzeit allerdings eher in AGs arbeitet. Wir kommen nicht alle aus der Psychologie, aber teilen zumeist eine gewisse Enttäuschung über das mangelnde Verständnis der „konventionellen“ Psychologie über gesellschaftliche Verhältnisse. Dies ist unserem Erachten nach aber unabdingbar für die angemessene Erforschung und den Umgang mit Kognitionen, Emotionen und Verhalten von Individuen. Ein weiterer zentraler Punkt der Kritischen Psychologie ist, dass Menschen nicht als Forschungsobjekte, sondern vielmehr als Subjekte gesehen werden, die nicht nur passiv auf ihre Umwelt reagieren können, sondern diese aktiv gestalten. Aus dieser Perspektive wird zum Beispiel ein Experiment der mainstream-Psychologie, in dem das Verhalten lediglich als abhängige Variable gefasst wird, als wenig Erkenntnis bringend angesehen. Wir versuchen die Kritische Psychologie in der Theorie und Praxis weiterzuführen, sie an der Uni zu vermitteln und im psychologischen Berufsleben zu verankern. So gab es im Wintersemester 2009/10 eine Ringvorlesung über die Kritische Psychologie und im Sommer 2012 fand bereits die zweite Ferienuniversität Kritische Psychologie statt, an deren Organisation sich die Assoziation ebenfalls beteiligt hat (mehr Infos: 2012.ferienuni.de).

Kontakt: Da unsere Treffen zu unterschiedlichen Terminen stattfinden, trägt euch am Besten in unsere Mailingliste ein, um über die Kritische Psychologie an der FU informiert zu werden: https://lists.spline.inf.fu-berlin.de/mailman/listinfo/Kritische+psycholog_innen oder besucht unseren Blog unter <http://kritischepsychologie.blogspot.de>.

AK-DAT



ARBEITSKREIS DATENSCHUTZ

Der Arbeitskreis Datenschutz ist ein freier Zusammenschluss von Studierenden verschiedener Fächer. Wir versuchen den Datenschutz an der Universität und im normalen Leben zu stärken. Unsere Arbeit besteht zum großen Teil darin, Datenschutzthemen in das Bewusstsein der Menschen zu rücken. Schwerpunkte unserer Arbeit waren bisher Kameraüberwachung, Notenveröffentlichung und der Bereich des Web2.0. Über unsere Arbeit hinaus sind wir stark mit dem Referat für Kommunikation und Antirepression des AstA FU vernetzt. Mit dem Referat zusammen bieten wir eine Datenschutz und technische Sprechstunde im AstA an, die wahrscheinlich wieder mittwochs 17Uhr sein wird. Hier könnt ihr uns treffen und eure Fragen an uns richten. Auch wenn ihr Interesse habt mitzuarbeiten wendet euch gerne an uns.



FACHSCHAFTSKOORDINATION

Die Fachschaftskoordination (FaKo) besteht aus einer wechselnden Anzahl von Menschen, die in Fachschaftsinitiativen aktiv sind und sich auch über ihren Fachbereich und ihr Institut hinaus mit Hochschulpolitik befassen wollen. Die FaKo ist eine Konsequenz daraus, dass viele Probleme nicht nur an einzelnen Instituten auftreten und sich auch auf Institutsebene nicht beilegen lassen, sondern auf universitärer Ebene angesprochen werden müssen. Neben dem Austausch über hochschulpolitische Probleme und Ärgernisse organisiert die FaKo auch immer wieder Veranstaltungen und Ringvorlesungen zu kritischer Wissenschaft und außerdem legendäre Semesterauftaktparties. Wir treffen uns alle 2-4 Wochen, je nachdem wieviel auf Uni-Ebene geschieht und wieviel wir geschehen lassen wollen. Wir plenieren meistens in der Uni in verschiedenen studentischen Cafés und manchmal auch in Kneipen und Cafés in der Stadt (also in Neukölln...) und freuen uns immer über neue Fachschaftsinitiativen, die sich uns anschließen möchten. Die aktuellen Treffen weiß meist das Fachschaftsreferat des AStAs. Das erreicht ihr unter FSRef@astafu.de.

WISSENSCHAFT UND KRITIK

In den letzten Jahren veranstaltet die Fachschaftskoordination der FU Berlin zum dritten Mal die Vorlesungsreihe „Wissenschaft und Kritik“. Die Veranstaltungen werden von verschiedenen Fachschaftsinitiativen organisiert.

Die Veranstaltungen bringen kritische Standpunkte bezüglich ihrer eigenen Fachdisziplin im Besonderen und Wissenschaft im Allgemeinen zur Sprache. Sie finden an den jeweiligen Instituten der FU statt und legen ihren Fokus auf die Produktion und Reproduktion gesellschaftlicher Machtstrukturen, Verhältnisse und Ideologien durch die Wissenschaft und ihre fachliche Deutungshoheit.

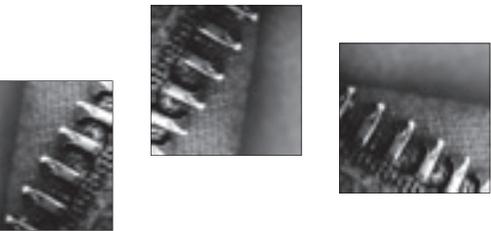
Haltet Ausschau nach dem Programm oder erkundigt euch bei den Fachschaftsinitiativen!



SERVICE



Thema	Seite
Beratungen	138
Das Semesterticketbüro	143
Zedat	144
Mensen und Cafeterien	146
Studentische Cafés	149
Berlin Umsonst	150
Bibliotheken	154
Wohnunssuche	158
Wenn die Musi spielt	161
Raus in Berlin	162
Alternative Campus-Karte	169



BERATUNGEN

Hier findet ihr kurze Übersicht und Beschreibung der Beratungen, die der AstA zur Zeit anbietet. Die Beratungen finden, falls nicht anders angegeben, im AstA-Haus (Otto-von-Simson-Str. 23, gegenüber Mensa II in der Silberlaube, U3 Thielplatz) statt. Die aktuellen Beratungszeiten könnt ihr unter www.astafu.de erfahren oder ihr ruft im Info-Büro 030 839091-0 an.

AusländerInnenberatung

Von A wie Ausländerbehörde bis Z wie Zulassung zum Studium: Der Weg „ausländischer“ Studierender durch das Studium ist mit besonderen Hindernissen gepflastert. Das fängt bei der Sprache an, geht über die besonderen Situationen der Studienfinanzierung, bei der Wohnungssuche und hört bei Problemen des Aufenthaltsrechts und rassistischer Diskriminierung lange nicht auf. Wir bieten Informationen und praktische Unterstützung in allen Bereichen, die speziell „ausländische“ Studierende betreffen. Die Beraterinnen können euch bei allen diesen Problemen unterstützen und euch eventuell auch bei schwierigen Behördengängen begleiten. Wenn wir euch selbst nicht helfen können, empfehlen wir euch spezialisierte Beratungsstellen.

Kontakt:

Tel.: 030 839091-17
mail: arefberatung@astafu.de

BAföG-Beratung

Leider müssen Leute, die BaföC erhalten, immer wieder mit Problemen und kleinen Schikanen rechnen. Ob Verlängerung der Regelstudienzeit oder Zwischenprüfungszeugnis: hier erhaltet ihr kompetente Hilfe bei allen BaföG-Fragen.

Kontakt:

Tel.: 030 839091-12
(keine telefonische Beratung)
mail: bafoegberatung@astafu.de

Beratung für behinderte und chronisch kranke Studierende

Dies ist eine Beratung von Studierenden für Studierende und richtet sich an Studierende mit Beeinträchtigungen oder chronischen Erkrankungen. Auch auf spezielle Fragen zum BaföG (zum Beispiel Verlängerung aufgrund chronischer Erkrankung oder aufgrund von z.B. Schwerbehinderung) kann in diesem Rahmen eingegangen werden. Die Beratung findet in Raum K 25/16 der Silberlaube, Habelschwerdter Allee 45 statt.

Kontakt:

Tel.: 030 838-56203
mail: astabehindertenberatung@astafu.de

Lesbisch-feministische Information und Service (LIS)

Die LIS ist eine Beratungs- und Informationseinrichtung für Lesben. Neben Infos, die von Ausgehtipps über Workshops bis zu speziellen Beratungsstellen reichen, gibt es hier vor allem die Möglichkeit, sich Anregungen für wissenschaftliche Arbeiten (inklusive Referate und Hausarbeiten) mit lesbisch-feministischem Schwerpunkt zu holen. Dafür stehen eine kleine Bibliothek, zahlreiche Zeitschriften und eine Sammlung mit Haus- und Examensarbeiten bereit.

Kontakt:

Tel.: 030 839091-22
mail: lesben@astafu.de

Hochschulberatung

Die Hochschulberatung berät bei Problemen mit der Uni und dem Studium. Typische Themen sind Zwangsberatung, das Einklagen auf einen Studienplatz, Urlaubssemester, Studienabschluss, Fachwechsel sowie jede Art von Inkorrektheit oder Verstoß gegen die FU-internen Satzungen und Studienordnungen durch Lehrende oder Organe der FU, sofern diese zu Nachteilen im Studium führen.

Kontakt:

Tel.: 030 839091-12
mail: hochschulberatung@astafu.de

Frauenberatung

In der Frauenberatung stellen wir unseren feministischen Erfahrungsschatz zur Verfügung. In Fällen von sexualisierter Gewalt bieten wir Hilfe, Adressen und Kontakte an. Außerdem helfen wir bei der Konzeption von feministischen Hausarbeiten und stehen Studentinnen, die ein Projekt mit feministischem Inhalt planen oder durchführen mit Rat und Tat zur Seite. So steht eine kleine, aber feine Büchersammlung zur Verfügung, zu der auch Zeitschriften, Flyer und Infomaterialien gehören. Die Sprechstunde dient darüber hinaus als Kontakt- und Informationsstelle für die Interessen studierende Frauen. Fragen, Diskussionen und Anregungen rund um feministische Themen sind herzlich willkommen. Des weiteren organisieren wir ein für Studentinnen kostenloses Sportprogramm.

Kontakt:

Tel.: 030 839 091-23
mail: frauen@astafu.de

Rechtsberatung

Immer Freitags, 16 - 18 Uhr. Keine telefonische Beratung, keine Mieterinnenberatung, ansonsten könnt ihr mit allen rechtlichen Problemen vorbei kommen. Allerdings müsst ihr euch wegen des großen Bedarfs vorher telefonisch oder persönlich im AStA anmelden.

Kontakt:

Freitag 16 - 18 Uhr
Tel.: 030 839091-0

Schwulen-, Bisexuellen- und Transgenderberatung

Seit dem Sommer 2000 bietet das Schwulenreferat im AStA FU eine Beratungsstunde an. Das Angebot richtet sich nicht nur an schwule Studenten, sondern auch an Transgender, Intersexuelle und Bisexuelle.

Kontakt:

Tel.: 030 839091-18
(Anrufbeantworter vorhanden)
mail: schwulenberatung@gaycampus.de

Sozialberatung

Die Sozialberatung ist eine äußerst vielfältige Beratung, hier könnt ihr euch zu den unterschiedlichsten Bereichen informieren und bei Entscheidungen in schweren Zeiten und bei schwierigen Fragen helfen lassen. Diese Fragen stellen sich oft schon zu Beginn des Studiums: z.B. in welchem Fall kann das Begrüßungsgeld von 110 EUR beantragt werden und wo? Oder: ist es sinnvoll sich zu Beginn des Studiums von der Krankenversicherungspflicht befreien zu lassen, wann macht das Sinn, was sind die Nachteile familienversichert über die private Beihilfe der Eltern zu bleiben? Krankenversicherung (KV) ist auch im weiteren Verlauf des Studiums ein weites Feld: Wie viel darf dazu verdient werden, um trotzdem familienversichert zu bleiben, wie kann die Mitgliedschaft in der Familienversicherung bzw. in der studentischen Krankenversicherung verlängert werden? Einen großen Teil der Beratung macht mittlerweile die Beratung zum Arbeitslosengeld II (ALG II) aus: ALG II kann im Urlaubssemester bezogen werden. Im Urlaubssemester können zwar keine Scheine gemacht werden, aber scheinfrei können in den meisten Fächern Prüfung gemacht werden, d.h. (Vor) Diplom-, Magister-, oder Bachelorarbeit geschrieben, wie auch mündliche Zwischen- und Abschlussprüfungen abgelegt werden. -> Dazu am besten im Prüfungsbüro des jeweiligen Fachbereiches nachfragen. Außerdem kann während der Promotion ALG II bezogen werden, auf welche Argumentationen hier geachtet werden muss, wird euch in der Beratung erklärt. Auch nach Beendigung des Studiums hat ja nicht jede_r Student_in einen Arbeitsplatz und ist auf ALG I/II verwiesen. Außerdem ist es in diesem Fall allein schon sinnvoll sich arbeitslos zu melden, um Rentenansprüche zu erwerben. ALG II berechtigt sind meistens auch Eltern und Alleinerziehende für ihr/e Kind/er. Hier sei besonders auf den Mehrbedarf für Alleinerziehende hingewiesen, den auch Studierende bekommen und der außerdem eine Krankenversicherungspflicht über das Jobcenter auslöst, d.h. es muss nicht mal der studentische Krankenversicherungsbeitrag gezahlt werden (wenn kein Beschäftigungsverhältnis vorliegt). Auch zur Begründung und sonstigen Implikationen (bspw. volle Sozialversicherungspflicht) des Urlaubssemesters könnt ihr euch beraten lassen. Ein weiteres Thema ist Wohngeld. Dieses ist eigentlich für alle Studierende erhältlich, welche kein Bafög/Unterhalt mehr bekommen. Wohngeldämter sind aber sehr schwierig, sie versuchen in vielen Fällen Studierende aufzuschrecken. Um Wohngeld zu beantragen müsst ihr

Kontakt:

Tel.: 030 839091-12
(keine telefonische Beratung)
mail: sozialberatung@astafu.de

allerdings Einkommen in Höhe von ca. 450-500 Euro vorweisen können, eine Bafög-Negativbescheinigung und dürft schon einige Zeit nicht mehr im Haushalt eurer Eltern wohnen. Ohne Probleme bekommen Studierende Eltern Wohngeld, sogar zusätzlich zum Bafög. Besonders schwierig wird es dann häufig gegen Ende des Studiums: Wie kann der Verbleib in der Familienversicherung oder generell in der studentischen Versicherung hinausgezögert werden, welche Darlehen kommen in Frage? Oder wie ist es möglich Abschluss zu machen ohne gleichzeitig noch viel arbeiten zu müssen oder jede Menge Schulden zu machen (s.o. Urlaubssemester und ALG II)? Weitere Bereiche sind folgende: Kindergeld, Zuverdienstgrenzen bei KV und Kindergeld, Arbeitsverhältnisse (zu diesem Gebiet berät euch allerdings wesentlich kompetenter die Arbeitsrechtliche Anfangsberatung der Humboldt Uni), Unterhalt, Miet-, Wohnungs- und Studiwohnheimangelegenheiten (für die Wohnungssuche ein kleiner Internet-Tipp: www.wgcompany.de), Erst- und Zweitwohnsitz, kostenlose Verhütung über den Sozialmedizinischen Dienst, GEZ-Befreiung (hier ein kleiner Tipp: wenn GEZ-Leute klingeln müsst ihr sie nicht rein lassen!!), Telekom-Sozialtarif, Beratungshilfeschein und Prozesskostenhilfe, Halb- und Vollwaisenrente, Teilzeit- und Zweitstudium, Stipendien. Nicht beraten wird zu Bankkrediten, Ausnahmen sind der Studien- und der Bildungskredit der KfW-Bankengruppe. Alle Angaben sind ohne Gewähr! Die Sozialberatung ist keine Rechtsberatung! Die Beratung für Studierende mit Kind wird derzeit ausgebaut. Solltet ihr also Fragen speziell zum Studieren mit Kind haben, seid ihr herzlich willkommen! Ein besonderes Interesse bestünde auch daran studierende (alleinerziehende) Eltern (mit chronisch kranken Kindern) zusammenzubringen und zu beraten. Außerdem versteht sich die Sozialberatung als Ansprechpartnerin für all diejenigen, die Probleme mit der Arbeitsvermittlung Heinzelmännchen haben!

Kassenstunde des Finanzreferats

Zwar keine Beratung im vorherigen Sinne, aber trotzdem gut zu wissen für z.B. die Abrechnung von genehmigten Finanzanträgen.

Kassenstunden:

Mo, 12.00- 13.30 Uhr
Do, 16- 17.30 Uhr

Alle Beratungszeiten findet ihr in der Beratungsbroschüre des AstAs oder im Internet



DAS SEMESTERTICKETBÜRO

Seit dem Wintersemester 2005/ 2006 wird das Semesterticketbüro nicht mehr vom Studentenwerk, sondern vom AstA organisiert. Wir hoffen für euch unbürokratischere und einfachere Lösungen bei Problemen zu finden, damit zum Beispiel der Sozialfonds besser ausgeschöpft werden kann. Das Semesterticketbüro findet ihr in der Thielallee 36 direkt unter dem Kino Capitol. Zum Semesterticketbüro solltet ihr gehen, wenn ihr aus Gründen sozialer Härte vom Sozialfonds bezuschusst werden wollt, wenn ihr euch - zum Beispiel wegen eines Urlaubssemesters - von der Beitragspflicht zum Semesterticket befreien lassen oder einen Antrag auf Ausnahme von der Zahlungspflicht stellen wollt. Die Antragsformulare und alle weiteren wichtigen Informationen sind auch auf der Homepage des Semesterticketbüros zu finden.

Kontakt:

Thielallee 36
(unter dem Kino-Capitol)
Tel.: 839091-40
mail: semtixbuero@astafu.de
web: semtix.blogspot.de/

Sprechzeiten:

Dienstag: 10 - 14 Uhr
Mittwoch: 14 - 18 Uhr
Donnerstag: 14 - 18 Uhr

DIE ZEDAT

ZENTRALEINRICHTUNG FÜR DATENVERARBEITUNG

Die Zentraleinrichtung für Datenverarbeitung (ZEDAT) ist das Hochschulrechenzentrum der Freien Universität Berlin (FU). Mit ihren Mitarbeiterinnen entwickelt und betreut die ZEDAT die DV-Infrastruktur der FU und erbringt Dienstleistungen auf dem Gebiet der Informations- und Kommunikationstechnik für die Hochschulangehörigen und die universitären Einrichtungen in Forschung, Lehre und Verwaltung. Durch Einsatz moderner Technik und Eigenentwicklung innovativer Software gewährleistet die ZEDAT ein hohes Niveau des DV-Einsatzes im Wissenschaftsbereich. Die Zedat bietet den Studierenden einen PC-Pool in der Silberlaube an. Außerdem gibt es in den meisten Fachbereichen noch weitere PC-Pools. Beim Benutzerinnenservice der Zedat könnt ihr euch kostenlos einen Account mit Mail-Adresse einrichten lassen, den ihr für das Kontrollsystem CampusManagement braucht. Mit diesem Account könnt ihr auch die PC-Pools und die elektronischen Datenbanken der FU nutzen.

PC-Pool in der Silberlaube Raum JK 27

Öffnungszeiten:

Montag - Freitag 08.00 Uhr - 21.30 Uhr
Samstag 08.00 Uhr - 17.30 Uhr

Öffnungszeiten in den Monaten März, August, September:

Montag - Freitag 08.00 Uhr - 19.30 Uhr
Samstag 10.00 Uhr - 17.00 Uhr

web: www.zedat.fu-berlin.de

HOCHSCHULSPORT

Die FU Berlin bietet für Studierende ein umfangreiches Sportprogramm an. Wenn es nicht gerade Golfen oder Segeln sein soll, können die Kurse für erschwingliche Preise am Anfang des Semesters gebucht werden. Was es so im Angebot gibt, erfährst du im aktuellen Programm oder auf der Homepage der Zentraleinrichtung Hochschulsport. Sollte dir das Angebot nicht gefallen oder du Kurse aus verschiedenen Gründen nicht wahrnehmen kannst, dann schau doch mal in die Sportprogramme der anderen Hochschulen.

Websites:

www.hs-sport.fu-berlin.de
www.zeh.hu-berlin.de/angebot.html
www.tu-sport.de/
www.htw-berlin.de/Service/Hochschulsport.html

Nur für Frauen:

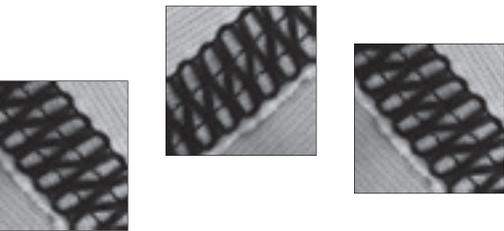
www.astafu.de/frauensport

SPRACHENZENTRUM

Im Sprachenzentrum finden viele der Sprachkurse für die Sprachpraxismodule der Bachelor- und Masterstudiengänge sowie des Moduls zur Allgemeinen Berufsvorbereitung statt. Außerdem können alle Studierenden der FU Berlin das Selbstlernzentrum (Silberlaube, KL 26/225) zum selbstbestimmten Sprachenlernen benutzen, wo zahlreiche unterschiedliche Medien zur Verfügung stehen. Das Selbstlernzentrum ist Montag - Freitag 09:00 - 19:00 Uhr sowie Samstag 10:00-17:00 Uhr und in der vorlesungsfreien Zeit Montag - Samstag 10:00 - 16:00 Uhr geöffnet.



web: www.sprachenzentrum.fu-berlin.de/



MENSEN UND CAFETERIEN

Um den kleinen oder großen Hunger zu stillen, kann mensch eine der FU Mensen oder Cafeterien besuchen. Je nach Standort des Fachbereichs an dem ihr studiert, sucht ihr euch einfach den nächstgelegenen Snack- Ort auf. Ob Salat, belegte Brötchen, ein warmes Tagesessen oder eine vegetarische Mahlzeit, es gibt an jedem Standort eine kleine oder große Auswahl. In allen Einrichtungen des Studentenwerks könnt ihr mit einer Mensakarte bezahlen. Diese kauft ihr euch an den Kassen und müsst sie, bevor ihr essen wollt, an den jeweiligen Automaten aufladen. Damit könnt ihr also nicht nur in der FU Mensa bezahlen und essen, sondern auch in den anderen Mensen und Cafeterien der Berliner Hochschulen.

Die Speisepläne und weitere Informationen findet ihr im Internet:

www.studentenwerk-berlin.de/mensen/mensen_c3feterien/index.html
www.studentenwerk-berlin.de/mensen/speiseplan/index.html

Mensa FU Lankwitz (Malteserstr. 74; 12249 Berlin)

Mo - Fr 11:00 - 14:30 Uhr Mensa
Mo - Fr 08:00 - 16:30 Uhr Coffeebar
in der vorlesungsfreien Zeit: 08:00 - 15:30 Uhr

Mensa FU Zahnklinik (Aßmannshauser Str. 2-6; 14197 Berlin)

Mo - Fr 08:15 - 15:15 Uhr

Cafeteria FU Rechtswissenschaft (Van't-Hoff-Str. 8; 14195 Berlin)

Mo - Do 08:30 - 18:00 Uhr
Fr 08:30-16:00 Uhr
Sa 10:00 - 15:00 Uhr
So 11:00 - 16:00 Uhr

Cafeteria FU Koserstraße (Koserstr. 20; 14195 Berlin)

Mo - Fr 08:00 - 16:00 Uhr

Cafeteria FU Otto-Suhr-Institut (Inhnestraße 21; 14195 Berlin)

Mo - Do 08:30 - 15:30 Uhr
Fr 08:30 - 14:30 Uhr

Mensa FU II (Otto-von-Simson-Str. 26; 14195 Berlin)

Mo - Fr 08:00 - 18:30 Uhr
11:000 - 14:30 Uhr Mittagstisch
Coffeebar
Mo - Fr 10:00 - 19:00 Uhr
Sa - So 11:00 - 17:00 Uhr

Mensa FU Herrenhaus Düppel (Oertzenweg 19b; 14163 Berlin)

Mo - Fr 09:00 - 15:00 Uhr

Cafeteria FU Wirtschaftswissenschaften (Garystr. 21; 14195 Berlin)

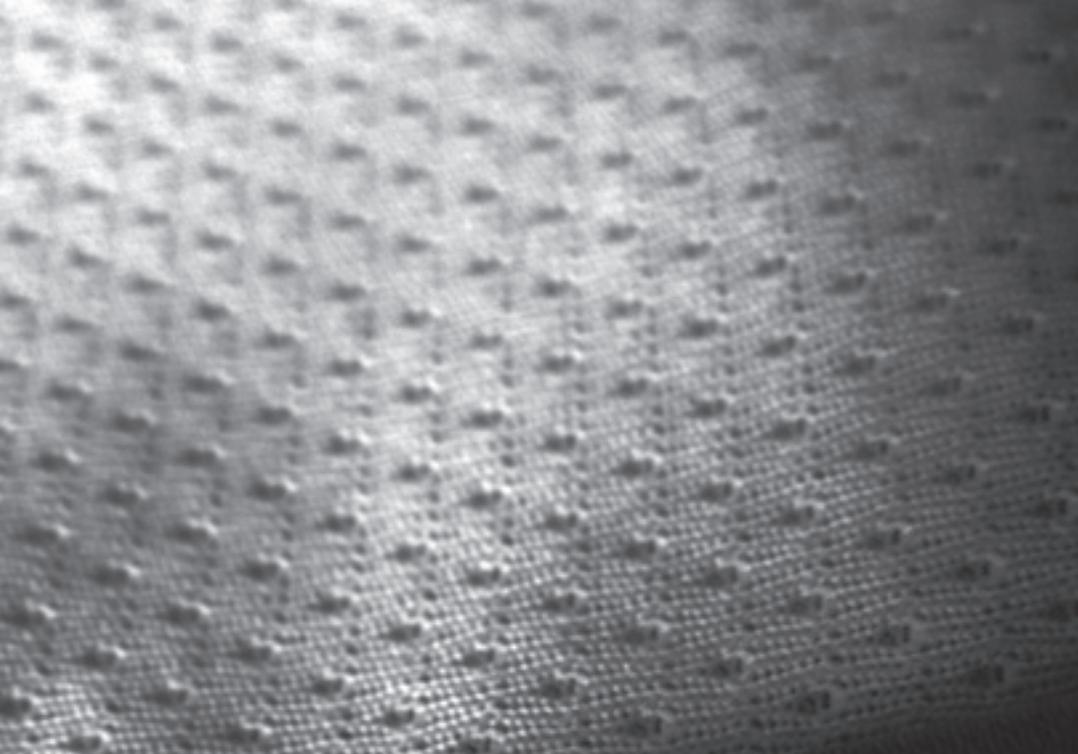
Mo - Do 08:30 - 16:15 Uhr
Fr 08:30 - 15:00 Uhr

Cafeteria FU Pharmazie (Königin-Luise-Str. 2; 14195 Berlin)

Mo - Fr 08:00 - 14:00 Uhr
Warme Speisen werden bis 13.30 Uhr angeboten.

Veggie № 1 - die Grüne Mensa (Van't-Hoff-Str. 6; 14195 Berlin)

Mo - Fr 10:00 - 16:00 Uhr
11:00 - 14:30 Uhr Mittagstisch



STUDI-CAFÉS

Daneben gibt es aber noch zahlreiche Cafés, welche von Studierenden selbst organisiert werden. Diese sind oft näher und gemütlicher, aber vor allem findet ihr dort meistens Informationen und Leute, mit denen ihr euch über eure Studiengänge, über Unipolitik und Freizeit austauschen oder einfach nur rumhängen könnt. Die Cafés sind ganz unterschiedlich - manche sind die ganze Woche über offen, andere nur hin und wieder; in manchen bestellt ihr an der Theke, in anderen schmiert ihr euch die Brötchen selbst. Das Angebot reicht von Kaffee, Tee und Saft über Obst, Bananenquark, belegte Brötchen, einzelne Zigaretten und Fairtrade-Schokoriegel bis hin zu Börek, selbstgebackenem Kuchen und warmer VoKü, im Ceromat könnt ihr sogar Bücher kaufen. Eins jedoch haben sie wohl alle gemeinsam: Die Menschen, welche sie betreiben, freuen sich über eure Anregungen und brauchen eure Unterstützung - durch den Kaffee, den ihr dort trinkt, oder indem ihr selbst eine Café-Schicht übernehmt. Die folgende Liste ist unvollständig. Schaut euch um, vielleicht findet ihr auch an eurem Institut ein solches Cafe. Oder zumindest eine Teeküche, welche ihr mitbenutzen könnt. Und wenn nicht, dann versucht doch selbst ein Café zu organisieren. Die meisten Cafés wurden irgendwann erkämpft, manchmal reicht aber auch ein wenig Nachhaken und Eigeninitiative...

Cafe Kauderwelsch: Silberlaube, EG, Straße L, gegenüber der Bibliothek Erziehungswissenschaften

Cafe Tricky: (PUK) Garystraße 55 (direkt am Foyer)

CaféGoldfisch: (Ethnologie) Landoltweg 9-11

Geo-Café: Lankwitz C-Bau, Raum C010

Geromat: Silberlaube, EG, JK28/10

Histo-Café: (Geschichte) Koserstr. 20, Räume A112

Café der Religions- Islamwissenschaft: Altensteinstr. 40, Raum 013

Pi-Café: Silberlaube 3.0G, K23/239

JFK: Lansstr. 7-9, Keller

Rotes Café: (OSI) Harnackstr. 1a (hinter dem altem OSI Gebäude)

Sportler Café: Silberlaube, 1.0G, K25/21

Theaterwissenschaft: Grunewaldstr. 31

Café der Informatik: Takusstr. 9 im Keller

Caledonian Café: (Anglistik) Silberlaube JK 29/231

Café Tatort: Van't-Hoff-Str. 8 (Flachbau).



ALLES FUER ALLE BERLIN UMSONST

Begrüßungsgeld:

Das Land Berlin zahlt allen Studierenden, die an den Hochschulen der Stadt eingeschrieben sind und ihren Hauptwohnsitz nach Berlin verlegt haben, ein einmaliges Begrüßungsgeld in Höhe von 110 Euro. Voraussetzung ist, dass die Hauptwohnuni nach dem 19. März 2002 (dem Tag des Senatsbeschlusses) in Berlin angemeldet wurde und zuvor eine Hauptwohnung in einem anderen Bundesland oder im Ausland bestanden hat. Ihr müsst dazu einen Antrag stellen, den ihr zum Herunterladen im Internet oder in dem Bürgeramt eures Bezirks finden könnt. Ihr geht damit zur Meldebehörde eures Bezirksamtes und lasst euch die Anmeldung eures Hauptwohnsitzes in Berlin sowie die Erklärung zu eurem bisherigen Hauptwohnsitz außerhalb von Berlin bestätigen. Mit der Auszahlung des Geldes sind die Hochschulen beauftragt. Informiert gegebenenfalls vorher eure Eltern über die Ummeldung, da es für sie manchmal (steuerlich) günstiger ist, wenn ihr mit eurem Hauptwohnsitz bei ihnen gemeldet seid. Allerdings gibt es in vielen Bundesländern - so zum Beispiel in Berlin - Zweitwohnungssteuern, so dass es für euch wahrscheinlich ratsam ist, euren Hauptwohnsitz nach Berlin zu verlegen und bei euren Eltern auch keinen Zweitwohnsitz angemeldet zu haben.

www.fu-berlin.de/studium/studienorganisation/bewerbung/formulare/antrag_begrueesungsgeld.pdf

GEZ-Gebühren:

Leider gibt es seit März 2005 eine neue Regelung, was die Befreiung von den GEZ-Gebühren (das sind die Gebühren für Fernsehen und Radio, die an die Gebührenzugszentrale gezahlt werden müssen, zurzeit sind das 17,98 € im Monat für beides, nur Radio 5,76€) betrifft. Das bedeutet, dass ihr die Befreiung jetzt direkt bei der GEZ beantragen müsst, was wohl auch zu restriktiveren Entscheidungen führt. Am wahrscheinlichsten ist eine Befreiung für BAföG-Empfänger_Innen, die nicht bei den

Eltern wohnen, da sie in den Regelungen zur Gebührenbefreiung ausdrücklich genannt werden. Für Studierende, die kein BAföG erhalten, wird es dagegen praktisch unmöglich, noch eine Befreiung zu erhalten, darunter fallen auch Stipendiatinnen. Sie können nur in einem „besonderen Härtefall“ doch eine Befreiung bekommen. Laut Auskunft der GEZ-Befreiungs-Hotline fällt hierunter NICHT geringes Einkommen - es müssten schon noch weitere besondere Härten dazukommen. Den Antrag könnt ihr direkt per Post bei der GEZ stellen, dazu müsst ihr aber eine beglaubigte Kopie des BAföG-Bescheids beilegen (oder das BAföG-Amt auf dem Befreiungs-Antrag bestätigen lassen, dass die normale Kopie mit dem Original übereinstimmt). Es empfiehlt sich darüber hinaus, den Antrag per Einschreiben einzusenden. Es gibt auch eine weitere Möglichkeit (die mehr Zeit kostet, dann habt ihr aber einen Beweis, dass der Antrag abgegeben wurde, ohne Einschreibegebühren zahlen zu müssen): Laut GEZ-Hotline könnt ihr in Zukunft auch zum Sozialamt gehen. Dann genügt die Vorlage des Original-BAföG-Bescheids, den ihr wieder mitnehmen könnt, da die GEZ der Bestätigung des Sozialamtes vertraut. Kleine Warnung: Wer vergisst, die Befreiung zu verlängern, ist bis zum Monat, in dem die Verlängerung (oder Kündigung) beantragt wird, dran: Für die Monate zwischendurch muss gezahlt werden. Grundsätzlich gilt aber: wenn GEZ-Leute an der Tür klingeln, müsst ihr sie nicht hereinlassen - also nicht überrumpeln lassen!

www.gez.de

Museen:

Früher war Donnerstagabend der Museumsabend, da es in allen staatlichen Museen jeweils vier Stunden vor Schließung in den sogenannten Schausammlungen und Dauerausstellungen freien Eintritt gab. Dies wurde jedoch abgeschafft. Die meisten Gedenkstätten, regionale und historische Museen sowie Sammlungen gewähren generell freien Eintritt. Eine Liste findet ihr hier:

www.berlin.de/orte/museum/freier-eintritt/
www.smb.spk-berlin.de

Pille und Kondome:

In Berlin könnt ihr beim jeweiligen zuständigen „Sozialmedizinischen Dienst“ (der ist zuständig für „Partnerberatung, Familienplanung und Schwangerschaft“) eures Bezirksamtes eine sogenannte Kostenübernahme für die Pille oder für Kondome bean-

tragen. Meistens gibt es bestimmte Sprechzeiten, bei denen ihr auftauchen könnt. Ihr müsst nachweisen, dass ihr ein geringes Einkommen habt, also am besten einfach mal ausprobieren.

Folgende Unterlagen sind mitzubringen:

- Bescheinigung über euer Einkommen (BAföG-Bescheid, Lohn, Unterhalt der Eltern; Kindergeld wird eigentlich automatisch mitberechnet)
- Mietvertrag
- Immatrikulationsbescheinigung
- Für die Kostenübernahme der Pille: Das Rezept

Frauen müssen sich entscheiden, ob die Kosten für Pille oder Kondome übernommen werden sollen. Männer können die Kostenübernahmen für Kondome erhalten. Das Pillenrezept muss immer mitgebracht werden, da es beim Sozialmedizinischen Dienst abgestempelt wird, bevor ihr es an der Apotheke „einlöst“. Die Kostenübernahmen im Nachhinein sind so gut wie unmöglich. Auch wird ungern gesehen, dass man die Pille zum Teil in der Apotheke holt und wegen dem Rest zum Amt kommt.) Bei jeder neuen Kostenübernahme (bei der Pille also alle drei Monate oder ihr versucht, ein Rezept für sechs Monate zu bekommen) muss ein aktueller Einkommensnachweis erbracht werden. Das angegebene Einkommen sollte nicht zu niedrig (aber natürlich auch nicht zu hoch!) sein, sonst wird der Antrag wegen Unglaubwürdigkeit abgelehnt. Alle Unterlagen müssen bei jedem Besuch mitgebracht werden.

Gesundheitszentren:

Charlottenburg/Wilmersdorf	Hohenzollerndamm 174
Friedrichshain/Kreuzberg	Urbanstraße 24
Marzahn/Hellersdorf	Etkar-Andre Straße 8
Mitte	Ruheplatzstraße 13
Steglitz/Zehlendorf	Klingsorstraße 95a (Haus IV, 1. Etage)

Telefon:

Bei der Telekom gibt es einen Sozialtarif, den ihr bekommen könnt, wenn ihr BAföG erhaltet oder von den Rundfunkgebühren befreit seid. Es genügt also, den BAföG-Bescheid oder eben die GEZ-Gebührenbefreiung in einem Telekomladen, einem sogenannten T-Punkt, vorzulegen. Vorsicht ist jedoch bei WGs geboten - ihr solltet alleinige/r Anschlussinhaber_in sein, damit es problemlos eine Vergünstigung geben kann. Ihr bekommt dabei allerdings nicht die Anschluss-Gebühren, sondern lediglich Gesprächs-Gebühren bis zu 6,94 Euro (nur Festnetz) im Monat erlassen. Es spielt dabei keine Rolle, ob es ein ISDN- oder Analog-Anschluss ist, die Gutschrift ist in

beiden Fällen gleich. Telefoniert ihr für weniger als 6,94 Euro im Monat oder über eine andere Anbieterin als die Telekom, verfällt die Gutschrift.

Videokino:

Diverse Kneipen zeigen alte und neue Klassiker, thematische Filmreihen, Filme, die ihr immer schon mal sehen wolltet oder von denen ihr noch nie gehört habt – umsonst und drinnen auf Leinwand. Zum Beispiel donnerstags abends in der Kastanie85 (Kastanienallee 85) und Sonntagabends im BAIZ (Torstraße/Ecke Christinenstraße 1). Für andere Termine: Augen offen halten nach Flyern!

Volxküchen:

Keine Lust auf Mensaessen, Imbissbuden oder Kochen? In diesen Fall seien die Volxküchen (abgekürzt Voküs) empfohlen. Leckeres, warmes und gesundes Essen, zwar nicht umsonst, aber doch für wenig Geld. Meist vegetarisch oder vegan, aber es gibt auch welche, die explizit mit Fleisch kochen.

Montag:	New Yorck im Bethanien 20:00 Uhr (vegan) Mariannenplatz 2
Dienstag:	X-B-Liebig 21:00 Uhr (vegan) Liebigstr. 34 Køpi 20:00 Uhr Köpenicker Str. 137
Mittwoch:	Subversiv 20:00 Uhr (vegan) Brunnenstr. 7
Donnerstag:	Kreuziger 19 20:00 Uhr Kreuztigger Str. 19 Lunte 20:00 Uhr Weisestr. 53
Freitag:	Bandito Rosso 20:00 Uhr Lottturnstr. 10A
Sonntag:	Scherer8 13:00 Uhr (veganer Brunch) Scherer Str. 8 Projektraum H48 13:00 Uhr (veganer Brunch) Hermannstr. 48 Zielona Gora 19:00 Uhr Grünberger Str. 73

eine sehr guten und aktuellen Überblick findet ihr unter:
<http://stressfaktor.squat.net/vokue.php>

Und ansonsten gilt:

Immer den Studi-Ausweis dabei haben, dann kann es ermäßigte Preise geben, in Museen, im Schwimmbad, im Theater usw. In Kinos leider nur sehr selten, hier empfehlen sich die Kinotage, die sind - je nach Kino - von Montag bis Donnerstag, am besten vorher erkundigen.

BIBLIOTHEKEN

In den nächsten Monaten wird es vermutlich sehr unübersichtlich an den Bibliotheken der FU. Grund dafür ist der Neubau „für die sogenannten kleinen Fächer“. Die Holzlaube soll mehrere Institute und deren Bibliothek zusammenfassen. Ob dein Institut betroffen ist, kann dir deine lokale Fachschaftsinitiative sagen und dir bei Einschnitten und Ausweichmöglichkeiten weiterhelfen. Damit du trotzdem bei der Literaturrecherche für Referate, Klausuren und Hausarbeiten den Durchblick behältst, haben wir hier einen kleinen Überblick über die Bibliothekenslandschaft der FU und von ganz Berlin für dich zusammengestellt.

Die Zentrale Universitätsbibliothek der FU

Viele der etwa zwei Millionen Bücher der UB findest du frei zugänglich in den Magazinen, welche du über den Katalogsaal der Ausleihe im 1. OG des Gebäudes erreichst. Da sie nach dem Zeitpunkt des Erwerbs geordnet und nicht nach Themen sortiert sind, ist das wichtigste Hilfsmittel bei der Literaturrecherche der Online-Katalog (OPAC), wo du nicht nur nach den Titeln und Autorinnen von bestimmten Büchern suchen kannst, sondern in dem die meisten auch über Stichwörter und Themenfelder aufzufinden sind. Außerdem kannst du über die digitalen Datenbanken Literaturrecherche betreiben. Ein Vorteil von diesen ist, dass hier auch einzelne Aufsätze und Zeitschriftenartikel verzeichnet sind, während du im OPAC häufig nur das Werk findest, in dem diese publiziert wurden. Bei älteren Beständen musst du manchmal noch zu den Zettelkatalogen greifen, dazu musst du allerdings den Namen der/des Autorin wissen. Die Bücher der ÜB können größtenteils länger ausgeliehen werden, es sei denn sie gehören zum Präsenzbestand, welcher nur im Lesesaal (2. OG) benutzt werden darf. Über die ersten Schwierigkeiten helfen zahlreiche Merkblätter hinweg und bei spezielleren Fragen kannst du dich an die Auskunftsstellen im Katalogsaal, im Lesesaal und bei der bibliographischen Auskunft wenden. Außerdem gibt es zu Beginn eines jeden Semesters Bibliotheksführungen (nicht nur) für Studienanfängerinnen, welche den Umgang mit Online- und Zettelkatalogen sowie die Ausleih- und Benutzungsbedingungen erklären.

<http://www.ub.fu-berlin.de/>
OPAC: opac.fu-berlin.de

Instituts- und Fachbereichsbibliotheken

Die meisten Institute haben eine eigene Bibliothek, auch wenn inzwischen an einigen Fachbereichen die Institutsbibliotheken zusammengefasst wurden und die neue philologische Bibliothek in der Rost- und Silberlaube neben dem Bestand sämtlicher philologischer Bibliotheken auch noch den der Philosophie beherbergt. In manchen Bibliotheken könnt ihr Bücher ausleihen, viele sind dagegen Präsenzbibliotheken, so dass du im Lesesaal arbeiten oder die Texte kopieren musst. Auf der Suche nach Literatur ist es übrigens sinnvoll, ruhig mal über den Rand der eigenen Fachbibliothek hinaus und sich an den anderen Instituten um zu sehen - häufig findest du auch dort passende Literatur zum Thema. Eine Übersicht über die Teilbibliotheken der FU Berlin und deren Benutzungsbedingungen findest du unter dem Link:

<http://www.ub.fu-berlin.de/fbb/fb>

Die Bibliotheken der anderen Universitäten

Solltest du ein Buch nicht bekommen oder finden, dann lohnt es sich, auch mal in den Bibliotheken von HU, TU, UdK oder den Berliner Fachhochschulen zu suchen. Auch wenn du gar nicht an der HU oder TU studierst, kannst du dort kostenlos ausleihen, wenn du dir in den Zentralen Universitätsbibliotheken mit deinem Studierendenausweis einen Bibliotheksausweis ausstellen lässt. Gerade wenn mensch nicht in Dahlem wohnt, sind andere Bibliotheken oft eine bequeme Alternative. Den Buchbestand anderer Uni-Bibliotheken kannst du über die einzelnen Uni-Homepages abrufen oder in den Datenbanken des KOBV (s.u.) suchen.

Universitätsbibliothek HU

Jacob-und-Wilhelm-Grimm-Zentrum
Geschwister-Scholl-Str. 1-3 10117 Berlin
<http://www.ub.hu-berlin.de/>
OPAC: opac.hu-berlin.de

Universitätsbibliothek TU

Fasanenstr. 88 10623 Berlin
<http://www.ub.tu-berlin.de/>
OPAC: opac.ub.tu-berlin.de

Die Staatsbibliothek Berlin

Die Staatsbibliothek Berlin hat zwei Häuser, wo du einen riesigen Bestand von Büchern finden kannst. Allerdings lohnt sich ein Bibliotheksausweis der Stabi nur, wenn du diesen auch wirklich benutzt und die Bücher nicht in anderen Bibliotheken finden kannst, denn inzwischen kostet dieser für ein Jahr 25 EUR und für einen Monat 10 EUR, egal ob du ausleihen oder den Lesesaal benutzen willst.

<http://staatsbibliothek-berlin.de/>
<http://www.stabikat.de>

Ibero-Amerikanisches Institut

Mit einem Bibliotheksausweis der Stabi bekommst du übrigens kostenlos einen weiteren für das Ibero-Amerikanische Institut, welches sich gleich nebenan befindet. Dieses ist vor allem für Menschen interessant, die sich mit Portugal, Spanien und portugiesisch-/spanischsprachigen Ländern in Lateinamerika beschäftigen.

<http://www.iai.spk-berlin.de/>
OPAC: www.iaicat.de/

Die öffentlichen Berliner Bibliotheken

Eine günstigere Alternative zur Stabi sind z.B. die öffentlichen Berliner Bibliotheken, welche neben Literatur auch einen erstaunlich großen Bestand an Texten (nicht nur) aus den Sozial- und Geisteswissenschaften bereit halten, die ausgeliehen werden können. In allen Ecken und Enden Berlins gibt es Stadtteilbibliotheken. Eine Übersicht findest du unter:

<http://www.berlin.de/boeb/>

KOBV (Kooperativer Bibliotheksverbund Berlin-Brandenburg)

Alle diese Bibliotheken und noch weitere sind über das Portal des KOBV erreichbar, wo du online nach Büchern recherchieren kannst:
<http://www.kobv.de>

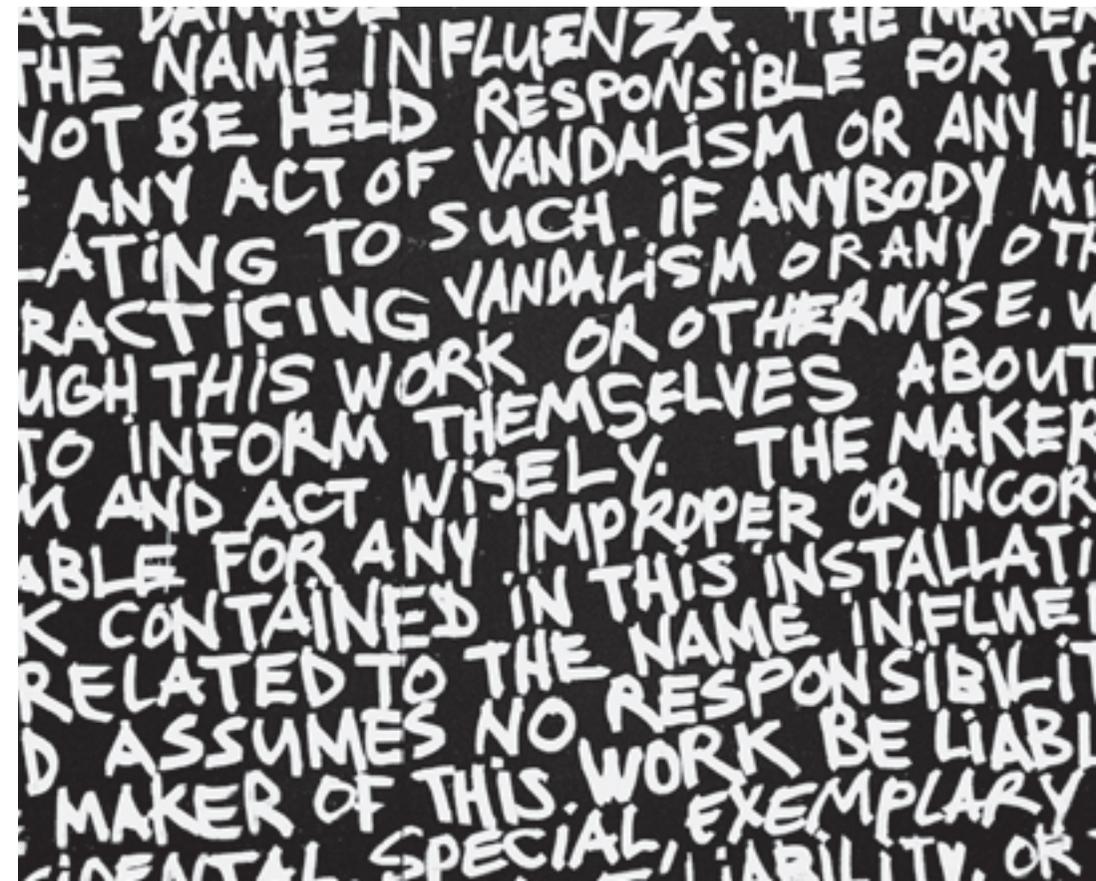
Weitere Fachbibliotheken findest du in Bibliothekenverzeichnissen des Instituts für Bibliothekswissenschaften an der HU:
<http://www.ib.hu-berlin.de/forschung/datenbanken/bbvz/bbvzinfo.htm>

Archive

Papiertiger: Cuvrystr. 25, Telefon: 6183051, Mo 14:30-18:00 Uhr
Spinnboden: Anklamer Straße 38, Mi-Fr: 14:00-19:00 Uhr
<http://www.landesarchiv-berlin.de/lab-neu/start.html>
<http://www.bundesarchiv.de>
Eine gute Übersicht von Archiven findet ihr unter:
<http://bak-information.ub.tu-berlin.de>

Antiquariate

Bücherhalle: Hauptstr. 154, Mo-Fr, 10:30-19:00 Uhr, Sa 10:30-15:00 Uhr
Anti-Quariat: Oranienstr. 45, Mo-Fr, 14:00-18:00 Uhr, Sa 11:00-15:00 Uhr
Müßiggang: Oranienstr. 14a, Di-Fr 10:00 -19:00Uhr, Sa 14:00-19:00 Uhr



TIPPS ZUR WOHNUNGSSUCHE UND WOHNUNGSFINDUNG

»Aber hier leben, nein danke«

Vermutlich habt ihr sie schon hinter euch, doch wahrscheinlich wird es nicht das letzte Mal gewesen sein: Die Suche nach einer optimalen Wohnung oder nach einem Zimmer in der perfekten Wohngemeinschaft (WG). Vielleicht wohnt ihr erst mal auf Zeit in einem Studiowohnheim, in einem möblierten Zimmer oder bei Freund_Innen, vielleicht geht euch eure neue WG schon nach wenigen Wochen auf die Nerven oder ihr habt doch keine Lust auf eine einsame Einzimmerwohnung in Uni-Nähe. Dann geht es wieder los, ein neuer Umzug steht bevor. Doch vorher habt ihr euch auf die Suche gemacht nach eben diesem super Zimmer, in dem ihr euch restlos wohl fühlt. Die Umzugsquote bei Berliner Studierenden ist hoch, was unter anderem immer wieder daran zu merken ist, dass jede_r mehrere Tage im Jahr damit verbringt, Freundinnen und Freunden beim Kartonschleppen zu helfen. Damit es im Vorfeld bei eurer eigenen Wohnungssuche nicht zu stressig wird, im Folgenden ein paar Tipps.

Wohnungssuche

Am kostengünstigsten ist es, selbst Zettel aufzuhängen, auf denen eure Vorstellungen und Wünsche für ein WG-Zimmer stehen und diese an diversen Schwarzen Brettern in der Uni und in Kneipen und anderen netten Locations, in dem von euch präferierten Stadtteil, aufzuhängen. Oder ihr spart euch selbst das Kopiergeld und geht auf die Suche nach diesen Zetteln, die von anderen Menschen in der Stadt und an der Uni verbreitet wurden, weil sie Mitbewohnerinnen oder Nachmieter_Innen suchen. Eine andere Variante, die wenig Geld kostet, ist die „Internetrecherche“. Es gibt diverse Seiten im Internet, auf denen ihr euch kostenlos Anzeigen von WGs ansehen oder selbst eine Anzeige aufgeben könnt. Achtet aber im Internet darauf, dass der Service wirklich kostenlos ist, da es auch Seiten gibt, die Geld für dasselbe verlangen, was andere umsonst anbieten!

Wenn ihr kein Zimmer in einer Wohngemeinschaft, sondern eine Wohnung sucht, könnt ihr euch eine Tageszeitung kaufen und den Wohnungsmarkt durcharbeiten. Diesen findet ihr in den Mittwochs und Samstag-Ausgaben der Berliner Ta-

Websites:

www.wg-gesucht.de/
www.wgcompany.de



geszeitungen, welche teilweise in Kneipen und am Bahnhof schon in der Nacht vorher zu erwerben sind.

In den Veranstaltungszeitschriften „Zitty“ und „Tipp“, die alle zwei Wochen erscheinen, gibt es ebenfalls die Möglichkeit, zu inserieren oder sich Wohnungsanzeigen durchzulesen. Falls ihr selbst inseriert, spart euch besser das Geld für die Chiffre-Nummer und gebt eure Telefonnummer an. Hier könnt ihr auch versuchen, euer Zimmer zwischen zu vermieten, falls ihr länger im Urlaub seid oder in einer anderen Stadt ein Praktikum macht. Dies gilt ebenso für die „Zweite Hand - Immobilien“, einem reinen Anzeigenblättchen das immer samstags neu erscheint, in dem ihr privat kostenlos Kleinanzeigen aufgeben könnt. Außerdem kann mensch kostenlose „Newsletter“ abonnieren, so kommt (fast) täglich ein Wohnungsangebot direkt an eure E-mail- Adresse, beispielsweise bei immobilienscout24.de oder immowelt.de. Oft sind dies aber auch Angebote von Maklern, die eine Provision verlangen- also Augen offen halten!

Wohngeld

Es gibt die Möglichkeit, beim Bezirksamt Wohngeld zu beantragen. Wohngeld ist ein Zuschuss zur Miete, also keineswegs die Bezahlung der vollen Miete. Er kommt nur in Frage, wenn ihr keine sogenannten Transferleistungen, also kein Arbeitslosgeld

II erhaltet und auch keinerlei BAföG-Anspruch mehr besteht. Wohngeld wird nur für „angemessenen“ Wohnraum gewährt, die Wohnung darf also nicht zu groß sein. Bei Wohnungsgemeinschaften mit nicht Wohngeld-Berechtigten darf es (offiziell) nur eine Zweckgemeinschaft sein. Für Wohngeld müssen regelmäßige Einkünfte (ob vom Jobben, den Eltern oder durch Aufbrauchen von Vermögen ist egal) in Höhe von etwas mehr als dem Bedarf für die bedarfsgerechte Grundsicherung laut SGB XII nachgewiesen werden. Sonst nehmen die Behörden nämlich oft einfach an, dass ihr falsche Angaben gemacht habt, will sagen, Einkommen verschweigt. Umgekehrt dürft ihr aber natürlich auch bei Wohngeld nicht zu viel eigenes Einkommen oder Vermögen haben. Einen Antrag könnt ihr bei der Wohngeldstelle eures Bezirksamtes stellen. Ausführlichere Angaben zu der ganzen Prozedur und beispielsweise zur Berechnung des Wohngeldes findet ihr im „Sozialinfo“ vom AstA, in der auch andere hilfreiche Sozialinfos zu finden sind. Formulare und aktuelle Informationen zum Wohngeld gibt es außerdem unter www.bmvbw.de (auf Städtebau und Wohnungswesen und dann auf Wohnraumförderung klicken), der offiziellen Seite des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen.

Wohnberechtigungsschein (WBS)

Manche Wohnungen könnt ihr nur mieten, wenn ihr einen sogenannten Wohnberechtigungsschein vorzeigt. Dass bedeutet, dass es sich bei diesen Wohnungen um Sozialwohnungen handelt. Ihr beantragt ihn bei dem Bezirk, wo ihr euren Wohnsitz habt und zwar bei der Abteilung Sozialwesen des Bezirksamtes. Adressen und Telefonnummer dieser Ämter findet ihr im Telefonbuch unter „L“ wie „Landesregierung“ oder unter www.berlin.de/verwaltungsfuehrer. Mitbringen müsst ihr euren Personalausweis/Anmeldebescheinigung sowie Einkommensnachweise, wie eure Lohnsteuerkarte oder einen Brief von euren Eltern, in dem steht, wie viel sie euch monatlich überweisen. Wenn euer Gesamteinkommen eine bestimmte Höhe nicht übersteigt, erhaltet ihr nach ungefähr zwei Monaten Bearbeitungszeit euren WBS. Kleiner Tipp: Falls ihr schon eine Wohnung an der Hand habt, ihr nächste Woche unterschreiben könntet und nur noch den Wohnberechtigungsschein braucht, könnt ihr versuchen, dies den Sachbearbeiter_Innen zu erklären - und dann mal schauen, ob es funktioniert. Für Leute mit Behinderung oder mit Nachwuchs gibt es noch den „WBS mit Dringlichkeit“, was die Chance auf Vermittlung einer Wohnung um ein Vielfaches erhöht.

WENN DIE MUSI SPIELT...

Vom Akkordeonensemble über das Nasenflötenorchester bis zum sinfonischen Blasorchester hat die Berliner Orchester- und Chorlandschaft alles zu bieten, was das Musikerherz von Studierenden begehrt. In den meisten Fällen erfreut es sogar den Geldbeutel, da viele der Angebote beitragsfrei sind.

Vielleicht sind euch auf dem Campus schon Plakate des „Collegium Musicum“ oder des „Jungen Orchester der FU“ begegnet - natürlich haben auch die anderen Hochschulen ihre eigenen Sinfonieorchester. Gerade für Holz- und Blechbläser ist es dabei nicht immer leicht dort einen der begehrten Plätze zu bekommen - doch auch dafür gibt es Auswege aus der Misere: Verschiedenste Orchester auch außerhalb der Hochschulen, mit denen ihr auftreten könnt und sogar auf Probenfahrt fahrt. Dabei sind besonders die diversen Angebote der Berliner Musikschulen hervorzuheben, die stets beitragsfrei und offen für alle Musikfreudigen verschiedenster Niveaus sind. Ihr könnt euch auch einfach mal auf der Website der Berliner Musikschulen umschauen:

www.berlin.de/sen/bildung/fort_und_weiterbildung/musikschulen/adressen.html

Ansonsten findet ihr eine übersichtliche Sammlung der Sinfonischen Orchester unter folgendem Link:

www.bratschentratsch.de/BerlinerLaienorchester.htm

Außerdem für alle Singfreudigen:

www.choere.de/choere_in/ort_b/berlin/a_z.html

RAUS IN BERLIN

Weil das Leben natürlich nicht nur aus dem Uni-Alltag besteht und wir uns alle mal entspannen, ein Bier trinken und ein wenig Kultur genießen wollen, an dieser Stelle ein paar ganz persönliche Empfehlungen für Kneipen, Cafés, Kinos und Theater im schönen Berlin.

www.stressfaktor.squat.net/

Theater

Volksbühne

(U-Bhf Rosa-Luxemburg-Platz)

Eigentlich kann mensch hier jeden Abend in ein anderes Theater gehen, so eine super Auswahl gibt es in Berlin. Ist sogar meistens billiger als Kino (ca. 6 bis 8 Euro, kommt aufs Theater an), bei beehrten Stücken empfiehlt es sich, vorher zu reservieren. Absolut empfehlenswert: Die Volksbühne am Rosa-Luxemburg-Platz und ihre zweite Spielstätte, der Prater in der Kastanienallee. An Tagen mit Studierendenrabatt kostet es 3-5 Euro. Modernes wildes Theater mit beeindruckenden Schauspielerinnen! Im Prater zum Beispiel die nur etwa einstündigen Stücke von Rene Pollesch, in der Volksbühne inszeniert Frank Castorf stundenlange russische Romane.

www.volksbuehne-berlin.de/

Grips

(U-Bhf Hansaplatz)

Obwohl das Grips oft als Kinder- und Jugendtheater betitelt wird, lohnen sich die hier aufgeführten Stücke für jede_n Berliner_in, wie beispielsweise „Linie 1“ oder „Eine linke Geschichte“.

www.grips-theater.de/

Prime Time Theater

(U-Bhf Wedding)

Das „Prime Time Theater“ findet ihr in der Osloer Str., Ecke Prinzenallee. Zu sehen ist dort unter anderem die Sitcom „Gutes Wedding Schlechtes Wedding“ mit wöchentlich wechselnden Folgen, ein Muss für alle aus dem Kiez.

www.primetimetheater.de

Kino

Lichtblick

(U-Bhf Eberswalder Str.)

Eines der wenigen Programmkinos. Hier werden sowohl thematische Filmreihen und Retrospektiven als auch andere anspruchsvolle Filme gezeigt, die mensch - den großen Kinos verpasst hat oder die dort erst gar nicht liefen. Sehr kleines Kino, dafür aber auch bezahlbar. Kastanienallee 77.

www.lichtblick-kino.org

Eiszeit

(U-Bhf Cörlitzer Bhf)

Das Eiszeit ist ein kleines Programm kino direkt am Görlitzer Bahnhof: Zeughofstr. 20. Dienstags ist Kinotag, das Programm findet ihr unter:

www.eiszeit-kino.de

FSK

(U-Bhf Görlitzer Bhf)

Noch ein nettes Programm kino, das FSK am Oranienplatz (Segitzdamm 2). Dort laufen meist Filme im OmU, Kinotag ist Montag und Dienstag.

Tel.: 030-614 24 64.

<http://home.snafu.de/fsk-kino/>

Kneipen

Resonanz

(S-Bahn Schöneberg, Ausgang Eberstraße)

Eine wunderbare Kneipe/Galerie mit ganz gemischtem Publikum: Hausfrauen und -männer, die Nachbarinnen, Studis... Bis 24 Uhr kann für drei Euro die Stunde gekickert werden. Wenn es warm ist, sind draußen Tische aufgestellt. Besonders die Spielesammlung ist nicht zu verachten und zu essen gibts auch... Ecke Ebersstraße/Gustav-Freytag-Straße.

Tristeza

(U-Bhf Hermannstr.)

Sehr coole Kollektiv-Kneipe, schick aufgemacht mit netten Menschen und immer wieder wechselndem Wandschmuck an der Pannierstr./ Ecke Sonnenallee. Hier fin-

det ihr regelmäßig Info- und Diskussionsveranstaltungen, ein Kneipenquiz oder einfach nur gute Musik. Im Sommer werden die Fenster geöffnet und es lässt sich draußen sitzen. Es lohnt sich immer auf aktuelle Veranstaltungen in der Trise zu schauen. www.tristeza.org

Syndikat

(U-Bhf Boddinstr.)

Kollektiv-Kneipe mit Kicker, Pool, billigem Essen und reichlich Brettspielen. Der legendäre „Cocktail der Woche“ hat hier Namen wie „Koks für Arme“ oder „Die Sonne scheint heut nacht nur für dich allein...“ Wenn du in Neukölln 44 wohnst, wird das Syndi sicher bald deine Stammkneipe!

Projektraum

(U-Bhf Boddinstr.)

Nicht so leicht zu finden, aber sehr nett: der Projektraum in der Herrmannstraße 48, 2. Hinterhof im 1.Stock. Jeden Donnerstag gibts Soli-Lounge mit Cocktails. 1x monatlich sonntags gibt es leckeren und günstigen Brunch. Ausprobieren! Mehr Infos unter:

projektraum.h48.de/

Silver Future

(U-Bhf Hermannplatz)

Sehr nette Kneipe in der Weserstr. 206, schenkt täglich ab 17 Uhr aus. Demnächst vielleicht auch mit Partykeller... For „Kings And Queens And Criminal Queens“.

www.silverfuture.net

Druzbar

(U-Bhf Cörlitzer Bahnhof)

Nette Abende verbringt mensch jeden 1. und 3. Montag ab 20 Uhr im New Yorck (Bethanien, Mariannenplatz 2, linker Seitenflügel) mit VoKü, Musik und Soli-Cocktails.

www.yorck59.net/nde/l1

Meuterei

Punkrock und Pirat_Innen - In der Reichenberger Straße 58 findet ihr auch ein Kneipenkollektiv. Oben ist eine gemütliche Kneipe und unten im Keller ein super Partyraum.



Cafe Morgenrot

(U-Bhf Eberswalderstrasse)

Kollektivbetrieb mit lecker vegan/vegetarischen Brunch am Samstag und Sonntag, der zwischen 6-9 Euro kostet, aber auch sonst gibt es lecker essen und trinken in der Kastanienallee 85,10435 Berlin, täglich ab 11 Uhr, außer Montag.

www.cafe-morgenrot.de

Tante Horst

(U-Bhf Moritzplatz)

Das gemütliche Likörchenkollektiv mit vegetarischen und veganen Leckereien findest du in der Oranienstr. 45. Täglich (außer montags) geöffnet ab 12:30 Uhr.

www.tantehorst.de

Clash

(U-Bhf Mehringdamm)

Kneipe mit punkigem Flair im berühmten Mehringhof (Cneisenaustraße 2a). Im Sommer kann man auch im Biergarten sitzen, am Wochenende sind oft Partys. Im Mehringhof findet ihr außerdem den Buchladen „Schwarze Risse“, einen Fahrradladen und noch einiges mehr... einfach mal vorbei schauen.

www.clash-berlin.de

Erreichbar

(U-Bhf Kottbusser Tor)

Über die Kellertreppe im letzten Hinterhof der Reichenberger Str. 63a findet ihr in die Erreichbar, wo ihr jeden 2. und 4. Montag mit Bionade, Bier und Cocktails in Sofas abhängen oder umsonst kickern könnt. Meistens gibt es auch VoKü, manchmal Filme.

Kulturfabrik

(am Hauptbahnhof)

Tja, Moabit kennt leider niemand von uns so richtig, aber soll ja Leute geben... Von der Kulturfabrik haben wir nur gutes gehört... zu finden in der Rathenowerstraße.

www.kulturfabrik-moabit.de/kufa/

X-B-Liebig

(U-Bhf Frankfurter Tor)

In der gemütlichen Bar im FrauenLesbenTransgender-Hausprojekt in der Liebigsstraße 34 finden neben den regelmäßigen Kneipenabenden mit VoKü an Mittwoch-

und Donnerstagabenden auch Partys und Veranstaltungen statt. Immer montags FrauenLesbenTransBar ab 21:00 Uhr.

K9

(U-Bhf Samariterstr.)

Wenn ihr erst mal raus gefunden habt, dass die „K9“ nicht die langweilige Kneipe im Vorderhaus sondern der nette Partyraum im Keller ist, den ihr nur durch lange Gänge vorbei an Heizungsrohren erreicht, dann wirts euch gefallen. Kinzigstraße 9, auch Infoveranstaltungen und Konzerte.

<http://kinzig9.de>

Supamolli

(U-Bhf Samariterstr.)

Mareks Lieblingskneipe in der Jessenerstraße 41. Ab und zu gibt es dort auch Konzerte.

www.supamolli.de/molli.sw

Köpi

(U-Bhf Heinrich-Heine-Str.)

In der Köpenickerstraße 137. Ein punkiger autonomer Hausblock mit Bands, Party, Kino, Kneipen, Wohnen, Fight-Club usw. Aktuelles findet ihr im Netz unter:

www.koeppi137.net/

Schokoladen

(U-Bhf Rosenthaler Platz)

Den Schokoladen findet ihr in der Ackerstraße 197, auch dort gibt es jede Menge toller Konzerte.

www.schokoladen-mitte.de

Subversiv

(U-Bhf Rosenthaler Platz)

Im Hausprojekt in der Brunnenstraße 7 findet ihr, wenn ihr durch den dunklen Hausgang gefunden habt, im 2. Hinterhof das „Subversiv“. Im Keller gibts einen Partyraum und oben wird gekickert und am Cocktaillresen gegessen...

<http://subversiv.squat.net/>

ALTERNATIVE CAMPUS-KARTE

Bandito Rosso

(U-Bhf Rosenthaler Platz)

Eine sehr nette, kleine und gar nicht schicke Kneipe, obwohl im hippen Mitte. Sonntags wird hier regelmäßig der „Tatort“ übertragen, mittwochs und donnerstags werden Filme gezeigt und jeden Abend kann hier günstig Bier getrunken und/oder kostenlos gekickert werden. Lottumstraße 10a, meistens ab 20.30 Uhr geöffnet.
<http://bandito.blogspot.de/>

Baiz

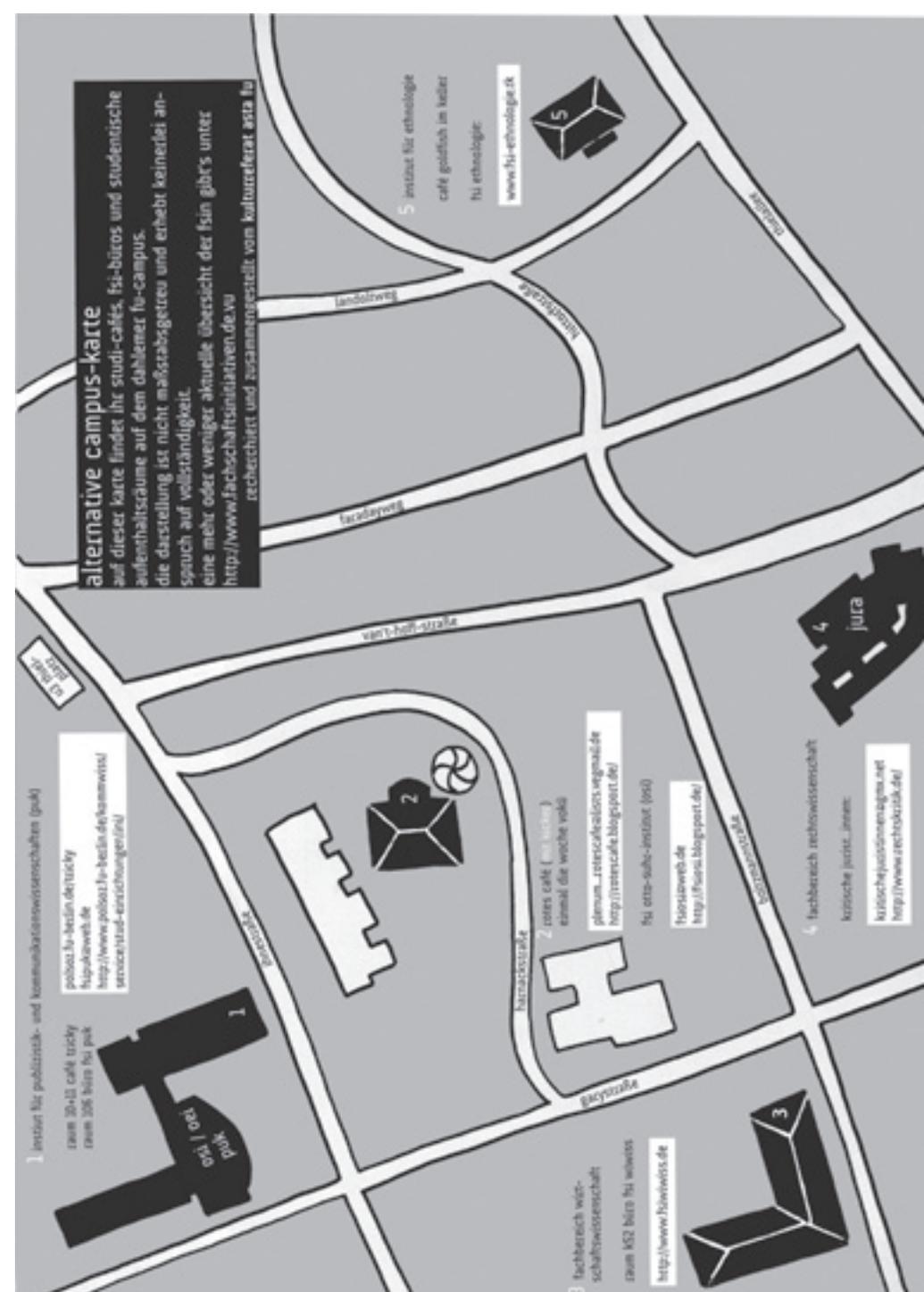
(U-Bhf Rosenthaler Platz)

Schöne Kneipe mit Hinterzimmer und viel Veranstaltungsprogramm, Kicker und netten Leuten. Sonntags abends werden gute Filme gezeigt und es gibt regelmäßig Lesungen oder Diskussionsveranstaltungen. Werft einen Blick in das schwarz-rote Veranstaltungsheftchen! Torstraße/Ecke Christinenstraße.
www.baiz.info/

Heikos Kneipe

(U-Bhf Leopoldplatz)

hat bestimmt einen anderen Namen, den wir aber nicht wissen. Dafür die Adresse: Schererstraße 6. Es gibt Kicker, Billard und Sessel zum Rumlummeln und angenehme Bierchen trinken.





SEWESTER MEMBERSHIP

2013
2013

MEMBERSHIP

WWW.ASTAFU.DE





ERSTSEMESTERINFO
DES ASTA DER FU BERLIN